

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis halbjährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 20 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Interfions-Gebühr
Betragt für die sechsgepaltenen Kolonietzeile oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichterstattungs-Konzepte 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengedichte und Schlußzeilen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 26. August 1908.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Weshalb stimmen wir gegen das Budget?

I.

Die Diskussion über die Frage, wie sich die Sozialdemokratie in den Landtagen der deutschen Einzelstaaten bei der Budgetabstimmung zu verhalten hat, schlägt allmählich eine Richtung ein, daß es fast scheint, als sei die Höhe gewisser Etatsposten, der in den einzelnen deutschen Bundesstaaten beliebige Steuermodus oder die größere oder geringere Höflichkeit der Regierungen gegenüber den sozialdemokratischen Landtagsfraktionen das Entscheidende, und als solle demnach die Höhe der einzelnen Etatsposten und die Aulanz der bundesstaatlichen Regierungen zum Kriterium für die Zulässigkeit der Budgetbewilligung gemacht werden. Gewiß, da die süddeutschen Genossen, die die Budgetbewilligung unserer bairischen und bayerischen Landtagsfraktionen verteidigen, deren Zustimmung nicht tiefer zu begründen wissen, als daß sie auf die sogenannten „Kulturaufgaben“ in ihren Landtagsbudgets hinweisen und die gelegentliche Toleranz süddeutscher Regierungen gegenüber Arbeiterveranstaltungen (Vereinsfesten, Umzügen, Kongressen und so weiter) preisen, so ist es durchaus notwendig, die Etats der betreffenden Einzelstaaten zu analysieren, den engen organischen Zusammenhang des Deutschen Reiches mit seinen einzelnen Bundesbestandteilen nachzuweisen und das Verhalten der süddeutschen Regierungen gegen sozialdemokratische Staatsbeamte und Staatsarbeiter klar zu stellen. Diese ganze Arbeit ist schon deswegen nötig, um die Fadenlosigkeit der von den Verteidigern der Budgetbewilligung aufgestellten Gründe und die eigenartige Genauigkeit mancher unserer süddeutschen Genossen im Vergleich zu den belgischen, holländischen, französischen Genossen nachzuweisen, in deren Ländern der Militarismus ohnmächtiger, und die Kirchenbudgets und Zivillisten geringer sind als in Baden, Bayern oder Württemberg, zum Teil sogar ganz fehlen, die aber trotzdem aus diesen „ganz speziellen Verhältnissen“ nicht das Fazit ziehen, daß sie aus Erkenntlichkeit für ihre väterlichen Landesregierungen die Budgets bewilligen müssen.

Aber so nötig auch die Kritik der Gründe ist, welche die aus Ostelbien nach Bayerns Fluren verschlagenen Bewilligungstheoretiker vorzubringen wissen, so trifft diese Kritik doch nicht das Wesentliche der Streitfrage; denn nicht deshalb verweigern wir das Budget, weil uns gewisse Etatsposten oder Apanagen zu hoch sind, sondern weil wir eine Klassenkampfpartei sind und von unserem Klassenkampfstandpunkt in dem heutigen bürgerlichen Staat, mag er nun etwas mehr feindal oder demokratisch ausgestaltet sein, nicht nach Hegels Definition die „Wirlichkeit der sittlichen Idee“ sehen, sondern eine Herrschaftsorganisation der Bourgeoisie: eine Herrschaftsorganisation, die mit allen ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln die heutige kapitalistische Wirtschaftsordnung aufrecht erhält und sich unserer Bekämpfung dieser sogenannten Ordnung mit ihrem ganzen staatlichen Apparat feindlich gegenüberstellt. Deshalb, weil dieser heutige Staat nicht unser Staat, weil seine Ordnung nicht unsere Ordnung ist, weil seine Regierung nicht unser Ausschuss zur Vertretung unserer proletarischen Interessen, sondern ein Verwaltungsausschuss der herrschenden Klassen ist — deshalb verweigern wir ihm die Mittel zur Aufrechterhaltung seiner selbst und seiner gegen unsere Bestrebungen gerichteten staatlichen Machtmittel. Ob das Budget etwas größere oder kleinere Summen für den Militarismus auswirft, ob das Kultusbudget fünf oder sieben Millionen Mark beträgt und die vom Regierungsausschuss der Bourgeoisie unterhaltene Polizei öffentlich Demonstrationen gestattet oder nicht, das mag in anderer Hinsicht nicht unwichtig sein; für die Frage, ob unsere Abgeordneten für oder gegen das Budget zu stimmen haben, ist es gleichgültig. Sie haben, wenn sie den Klassenkampfcharakter unserer Partei anerkennen und das Ziel unseres Kampfes in dem Sturz der heutigen Staats- und Wirtschaftsordnung, in der Vergesellschaftung der Produktionsmittel erblicken, auch dann gegen das Budget zu stimmen, wenn die Kirche vom Staat getrennt wäre, an die Stelle des stehenden Heeres ein Milizheer träte und das Budget gar keine Ausgaben für irgendwelche herzoglichen, königlichen oder kaiserlichen Hofhaltungen verlangte. Die Frage steht durchaus nicht anders wie im gewöhnlichen Privatleben. Wie ein Arbeiter, der sich seiner Klassenlage und seines Interessengegensatzes zum Unternehmertum bewußt geworden ist, in keinem Fall einen Arbeitgeberverband durch Geldbergabe unterstützen darf, der mit allen seinen Machtmitteln die Löhne niedrig zu halten und die gewerkschaftlichen Organisationen zu sprengen sucht, ebensowenig kann ein Sozialdemokrat für das Budget des Bourgeoisstaates stimmen; denn wie der Arbeitgeberverband nichts ist als eine Organisation zur Wahrung der Interessen der in ihm organisierten Arbeiterschaft, so ist auch der Staat nichts anderes, als die Organisation der herrschenden Klasse oder Klassen (es können sich natürlich auch mehrere Klassen zur Herrschaft vereinigen und meist ge-

schieht das auch) zur Wahrung ihrer Interessen. Oder ist vielleicht der bayerische, württembergische oder badische Staat eine Herrschaftsinstitution der Arbeiter, und die Regierung dieser Länder ein Verwaltungsausschuss zur Wahrnehmung proletarischer Interessen?

Wenn diese Sachlage nicht immer klar erkannt wird, so verdanken wir das zum größten Teil dem Ueberwuchern des bürgerlichen Parlamentarismus, der leider mit seinen Anschauungen über die Natur und Entwicklung des Repräsentativstaates, seinen Zweckmäßigkeits- und Lasterwägungen auch in unsere Reihen tiefer und tiefer eindringt. Ganz naturgemäß, jeder steht in gewissem Maße unter dem Einflusse seines Milieus, der geistigen und materiellen Umwelt, inmitten welcher er lebt, und je mehr unsere Partei in das parlamentarische Getriebe eindringt, je mehr sie in der parlamentarischen Sphäre lebt und wehrt, desto mehr lernt sie auch die auftauchenden Fragen unter dem parlamentarischen Gesichtswinkel betrachten, desto mehr färbt der bürgerliche Parlamentarismus ab — nicht nur auf die Abgeordneten, sondern nicht minder auf die Wähler, oft ohne daß diese sich der allmählichen Aenderung ihres Gesichtswinkels bewußt werden. Das ist eine Gefahr, die uns allen droht. Der Grad der Widerstandskraft gegen diese Einflüsse mag bei dem einzelnen verschieden sein, je nachdem, wie fest seine Anschauungen auf sicherem Grunde theoretisch verankert sind; bis zu gewissem Grade ist jedoch jeder der Einwirkung zugänglich. Je mehr aber diese Gefahr droht, desto notwendiger ist es, immer wieder den Blick auf die großen Richtlinien der Entwicklung zu richten und auf die Grundlagen der sozialdemokratischen Bewegung zurückzugreifen.

In der Entwicklungsgeschichte des bürgerlichen Parlamentarismus und besonders in der Stellungnahme der aufstrebenden Bourgeoisie zu dem Budget- und Steuerverweigerungsrecht früherer Zeiten finden wir manchen Beitrag zu der Streitfrage: Dürfen wir als Sozialdemokraten für das Budget stimmen?

Nehmen wir zunächst England. Sobald der Adel und die großen Städte eine gewisse Machtstellung gegenüber dem Königtum erlangten, suchten sie das Steuererhebungsrecht der Könige mehr und mehr einzuschränken, und schon in der „Magna charta“, der großen Verfassungsurkunde, die Johann ohne Land im Jahre 1215 erließ, mußte er in den Artikeln 14 bis 16 zugestehen, daß der König nur dann, wenn es sich um die Auflösung seiner Person, die Erteilung der Ritterwürde an seinen Sohn und die Verheiratung seiner ältesten Tochter handelte, eine „billige und gemäßigte Unterstützung“ erheben dürfe, daß er aber andere Erhebungen und Auflagen nicht anordnen dürfe ohne Einwilligung des gemeinen Rats. Im steten Kampfe gegen die Königsgewalt, die immer wieder dazu griff, eigenmächtig Steuern auszusprechen, suchte das Parlament sein Steuerbewilligungs- und -verweigerungsrecht immer mehr zu erweitern und, nachdem 1292 durch ein Gesetz auch der kleine Adel (die Gentry) und die Städte und Flecken das Recht erhalten, Abgeordnete in das Parlament zu senden, wurde 1297 in die Charta die Bestimmung aufgenommen, daß fortan auch ohne Zustimmung der bürgerlichen Abgeordneten keine Steuer mehr erhoben werden solle.

Eine Aufstellung des jährlichen Staatshaushalts wurde jedoch nicht verlangt; die Steuern wurden vom Parlament bewilligt, je nachdem sie ihm nötig schienen; nur wenn besonders große Subsidien vom Parlament begehrt wurden, forderte dieses den Nachweis des Bedürfnisses und eine Uebersicht über die Finanzlage. Gegen Ende des 15. Jahrhunderts wurde es zwar Sitte, daß die Schatzverwaltung jährliche Anschläge der Schatzehinnahmen und -ausgaben aufstellte, aber nur zu dem Zweck, selbst einen besseren Ueberblick über die finanziellen Verhältnisse zu gewinnen, nicht um die Uebersicht dem Parlament vorzulegen.

Die Könige aus dem Hause Tudor, besonders Heinrich VIII. und Elisabeth suchten in ihrem Bestreben, das Parlament zu schwächen, auch dessen Steuerverweigerungsrecht einzuschränken, indem sie sich durch Konfiskationen, Privilegienhacher, Defonomie im Haushalt Geld zu verschaffen trachteten und die Forderung neuer Subsidienverweigerung möglichst vermieden. Nachdem aber die Finanzlage sich immer mehr verschlechtert hatte, kam es unter Jakob I. und seinem Sohn Karl I. zum Konflikt mit dem Parlament. Als 1613 Jakob I. wieder neue Mittel forderte, opponierte das mit der Politik des Königs, besonders mit seiner Stellung gegenüber dem Katholizismus unzufriedene Parlament, beschwerte sich über die Willkür bei der Erhebung verschiedener Taxen und Zölle und verstand sich nur zu ganz unzulänglichen Geldbewilligungen. Energischer als sein Vater suchte Karl I. sich die von ihm geforderten Mittel zu verschaffen; doch das Parlament bewilligte die bisher gewöhnlich für die ganze Dauer der Regierungszeit gewährten Pfund- und Tonnengelder (Eingangszölle und Ausgangszölle) nur auf ein Jahr, und als Karl I. eigenmächtig diese Ausgaben weiter erhob, Zwangsanleihen auflegte, Geldbußen und Schiffsgelder einführte, protestierte das Parlament und erklärte sie für ungesetzlich. Mehrmals wurde das Parlament aufgelöst, doch das neugewählte opponierte regelmäßig noch energischer als das aufgelöste, und nachdem der Appell an die Waffen mit dem Siege der Parlamentstruppen über die „Kavaliere“ geendet hatte, bestieg Karl I. bekanntlich 1649 das Blutgerüst.

Unter Karl II. (1660—1688) erfuhr das Budgetrecht des Parlaments weitere Ergänzungen. Besonders wichtig ist, daß

1668, um die Verwendung der bewilligten Gelder für andere als für die vom Parlament bestimmten Zwecke zu verhindern, zum erstenmal die Appropriationsklausel eingeführt wurde, die genau den Zweck der Verwendung festsetzt: eine Klausel, die später, erweitert und verschärft, fester Parlamentsbrauch wurde. Zugleich mußte sich die Regierung dazu verstehen, dem jährlich zusammentretenden Parlament einen Vorschlag des vorausschätzlichen Jahresbedarfs vorzulegen.

Nach der Beendigung der „gloriosen Revolution“ im Jahre 1688 hat sich dieses Budgetrecht des Parlaments stetig erweitert, aber im Anschluß an die früheren alten Gesetze und Traditionen, so daß heute die betreffenden Bestimmungen ein Gemengel alter Formalitäten mit hochmodernen Rechtsbegriffen bilden.

Ein Teil der Ausgaben des englischen Budgets steht fest, das heißt diese Ausgaben sind durch frühere Gesetze als permanente festgelegt und zu ihrer Deckung die Einkünfte aus besonderten Abgaben und Steuern angewiesen. Solche gesetzlich festgelegten, nicht jährlich neu zu bewilligenden Ausgaben sind: die Aufwendungen für die Verzinsung der Staatsschuld, die Zivilliste, die Richtergehälter und gewisse Gerichtserhaltungskosten, die Kosten des diplomatischen Dienstes usw. Die wichtigsten Ausgaben, darunter die Ausgaben für Heer und Marine, die innere Verwaltung, Wissenschaft und Schule, öffentliche Arbeiten, Justizdienst sowie für den größten Teil des auswärtigen Amtes, das Handels- und Schahamt, das Kolonialwesen usw. werden jährlich bewilligt. Sie werden einzeln beraten und einzeln über sie abgestimmt, darauf — gewöhnlich erst gegen Ende der Session — die bewilligten Posten in einer Etatsliste zusammengestellt und die Appropriationsklausel hinzugefügt mit der Bestimmung, daß alle genannten Einnahmen ausschließlich und allein für den festgesetzten Zweck verwendet werden müssen. Dann wird das dieser Art zustandgekommene Finanzgesetz, Appropriationsbill genannt, dem Parlament nochmals zur Gesamt- abstimmung vorgelegt. Erst wenn in dieser das Gesetz die Mehrheit der Stimmen erhält, gilt das Budget als bewilligt.

Natürlich findet das Budget immer eine Mehrheit; denn die Regierung ist in England bekanntlich nichts anderes als der Regierungsausschuss der Parlamentsmajorität. Er regiert nur so lange, als sie will; denn jederzeit kann sie ihn dadurch, daß sie ihm ein Mißtrauensvotum ausstellt, zur Abdankung zwingen. Außerdem kann sie jeden Minister, der die ihm bewilligten Gelder für andere Zwecke gebraucht, als für welche das Parlament sie bestimmt hatte, zur Verantwortung ziehen. Eine Ablehnung des Budgets durch die regierende Parlamentsmehrheit wäre also infonsequent und unsinnig; denn wenn die Regierung nichts als die Sachwalterin der herrschenden Partei im Parlament ist und ständig deren Kontrolle unterliegt, so ist es ganz widersinnig, dieser Sachwalterin die Mittel zu versagen, deren sie zur Erfüllung ihrer Aufgabe bedarf. Das wäre ganz ebenso, als wollten wir zur Wahrung unserer Parteiinteressen einen Parteivorstand wählen, diesem genau im einzelnen vorschreiben, was er zu tun hat, einen ständigen Kontrollauschuss zur Ueberwachung seiner Arbeiten einsetzen und dann hinterher ihm doch die Mittel versagen, deren er zur Wahrung unserer Interessen bedarf.

Die Abstimmung über die Appropriationsbill ist deshalb im englischen Parlament eine reine Formalität. Der Vorsitzende stellt einfach die Frage, ob das Haus das Gesetz annehme, worauf aus den Reihen der Zustimmungenden mit „Ja“ geantwortet wird. Der Vorsitzende konstatiert darauf, daß die Bill angenommen sei — und damit ist die Sache erledigt. Es läßt sich deshalb auch nicht feststellen, wie die einzelnen Parlamentmitglieder stimmen. Nur in sehr bewegten Zeiten stellte hin und wieder die Opposition den Antrag auf Ablehnung des Budgets. Charakteristisch ist jedoch, daß die Irländer früher, besonders unter Parnells Führung, Wert darauf legten, ihre Ablehnung des Budgets zu bekunden und deshalb demonstrativ „Kein! Kein!“ schrien, das sie Englands Herrschaft über die grüne Insel nicht als rechtsgültig betrachteten.

Infolge der Tatsache, daß in England die Regierung lediglich der geschäftsführende Ausschuss der Parlamentsmehrheit und das Budget nur der Willensausdruck dieser Mehrheit ist, sind denn auch in den beiden letzten Jahrhunderten eigentliche Budgetverweigerungen durch das englische Parlament nicht mehr vorgekommen — mit Ausnahme eines nebensächlichen Falles im Jahre 1784. Als nämlich in jenem Jahre der Premierminister Pitt das englische Unterhaus aufzulösen drohte, verzögerte dieses die Beschlußfassung über die Appropriationsbill, um das Ministerium lahmzulegen. Pitt, der sich der Zustimmung des größten Teils der Wählermasse ziemlich sicher fühlte, löste aber trotzdem das Unterhaus auf, und die Wahlen brachten denn auch der Regierung eine gewaltige Mehrheit, die einfach die von der Regierung inzwischen ausgegebenen Summen gutieß, in die unerledigte Appropriationsbill aufnahm und diese genehmigte. Wäre die frühere Parlamentsmehrheit nicht von der Wählerschaft durch die Wahl desadoniert worden, hätte natürlich Pitt gehen müssen.

Zur Budgetabstimmung.

Aus Süddeutschland wird uns geschrieben: Die „Schwäbische Tagwacht“ hat sich in der Debatte über die Frage der Budgetbewilligung zu Anfang ziemlich reserviert verhalten, wozu sie wahrlich auch alle Ursache hatte. Denn gerade die schwäbischen Genossen haben durch ihr im vorigen Jahre gegebenes böses Beispiel die guten Sitten der Bayern und Wärdener verdorben. Daß ihnen ihr Disziplinbruch verhältnismäßig milde angerechnet wurde, ist dem Umstande zuzuschreiben, daß sie für ihre Abstimmung öffentlich keine Gründe angaben, sonst aber den Anschein erweckten, daß höhere politische Erwägungen ihnen ihre Stellungnahme aufgezogen hätten.

Da zur Zeit der Budgetabstimmung der in Stuttgart abzuhaltende internationale Kongreß bevorstand, so glaubte man, und glaubt heute noch, unsere Fraktion hätte sich ausschließlich von opportunistischen Erwägungen leiten lassen und deshalb für das Budget votiert, um der Regierung keinen Vorwand zu geben, der Abhaltung des Kongresses Schwierigkeiten zu bereiten. Eine brutale Antwort auf dieses Entgegenkommen gegen die Regierung war bekanntlich die Ausweisung des englischen Delegierten Duesch, der für einen Augenblick vergessen hatte, daß er sich nicht mehr im „persiden Albion“, sondern in der Hauptstadt des „freiesten deutschen Bundesstaats“ befand.

Jetzt bringt unser schwäbisches Parteiblatt einen W. K. gezeichneten Artikel, aus dem hervorgeht, daß der Verfasser auch bei unseren badischen Genossen antritt, ihr Votum für das Budget des Klassenstaates sei das Resultat „höherer politischer Erwägungen“. Ganz richtig sagt er zu Anfang, daß die von der Fraktion angegebenen Gründe keine Gründe seien, weil die Anforderungen für Arbeiter und Unterbeamte in jedem Budget wiederkehrten. Aber etwas anderes sei es, wenn man die allgemeine politische Situation in Betracht ziehe. Voraussetzung ist beim Genossen W. K., daß die Abstimmung für oder gegen das Budget eine rein taktische Frage ist, die mit unserer prinzipiellen Stellung für oder wider die bürgerliche Klassengesellschaft nichts zu tun hat. Von diesem Standpunkt aus findet er, daß unsere badische Landtagsfraktion aus wahltaktischen Gründen für das Budget gestimmt habe. Denn, so heißt es in dem Artikel, eine Verweigerung des diesjährigen Etats durch unsere Fraktion hätte mit großer Wahrscheinlichkeit eine Zentrumsmehrheit im nächsten badischen Landtag zur Folge gehabt. Stimmt die Sozialdemokraten gegen das Budget, so war die Regierung mit der Genehmigung des Etats — schrecklich zu sauen — auf das Zentrum angewiesen. Sie könnte mit dem Finger auf die Sozialdemokraten zeigen, die sie gezwungen hätten, sich an das Zentrum zu halten!

Man sollte eine solche Argumentation bei einem Parteiblatt für unmöglich halten! Was in aller Welt geht uns das an, wenn eine Regierung auf die Zentrumshilfe angewiesen ist? Ist es die Aufgabe der sozialdemokratischen Abgeordneten in den Parlamenten, der Regierung die Hilfstruppen zu stellen, nur damit sie zum Zentrum sagen kam, wir brauchen euch nicht, wir hätten unser Budget durch die Freundlichkeit der Sozialdemokraten auch ohne euch bewilligt erhalten? Daß unsere Stärke in der Kritik liegt und daß uns diese rückwärtslose Kritik vom proletarischen Klassenstandpunkt das Vertrauen aller Unterdrückten sichert, daran scheint der Verfasser des auffälligen Artikels nicht gedacht zu haben, als er der badischen Landtagsfraktion, um ihr zu Hilfe zu kommen, Motive untersagte, die direkt unsozialdemokratisch sind! Aber, so sagt Genosse W. K. weiter, wir müßten auch deshalb für das Budget stimmen, um den liberalen Parteien nicht einen Vorwand zu geben, den Großblod abzulehnen, richtig gelesen: abzulehnen. Ja, gibt es denn einen Menschen, der auch nur einen Moment annehmen kann, die Liberalen hätten den Großblod mit uns im Jahre 1905 geschlossen zu unserem Nutzen, nachdem wir uns Hilfe beischend an sie gewandt hatten?

Nein, die Liberalen sind zu uns gekommen, weil sie uns notwendig brauchten. Wir haben sie in der Stichwahl in zwölf Kreisen unterstützt, wovon ihnen elf Kreise zugefallen sind und nur einer durch die Unterstützung des Zentrums an die Bauernblinder fiel; unser Gewinn betrug aus dem Stichwahlabkommen zwei Mandate.

Sollte im nächsten Jahre der erste Wahlgang so ausfallen, daß wir den Liberalen nichts bieten können, oder daß eine Zentrums-konservative Mehrheit nicht mehr zu verhindern ist, so schließen die Liberalen mit uns scheinlich kein Bündnis ab. Denn dafür, daß sie sich mit uns kompromittieren, wollen sie Mandatsgewinne einstreichen. Ob wir dann in der Budgetfrage so oder so gestimmt haben, daran denkt niemand mehr in solchen Situationen!

Die einmütige Ablehnung des Budgets seitens unserer badischen Landtagsfraktion hat weder die Nationalliberalen in Freiburg und Heidelberg, noch das Zentrum in Karlsruhe und Lörrach abgehalten, für uns zu stimmen und uns zu Mandaten verhelfen, die sie sich gegenseitig nicht gönnten. Durch unsere schwächliche Haltung in der Budgetfrage haben wir selbst bei unseren Gegnern kaum an Ansehen gewonnen.

Aber selbst wenn dem nicht so wäre, wenn die bürgerlichen Parteien uns nicht für blödsinnig hielten, weil wir unseren sozialdemokratischen Standpunkt zu prinzipiell vertreten, so wäre das auch ein Grund für uns, diesen prinzipiellen Standpunkt nur um so nachdrücklicher zu vertreten! Denn sonst gerät die Partei gleich dem Liberalismus auf jene schiefle Ebene einer liebedienlichen Konzeptionspolitik, auf der es kein Halten mehr gibt!

Pluralwahlrecht in Ungarn.

Aus Wien wird uns unterm 23. August geschrieben: Endlich wird auch die ungarische Wahlreform das Licht der Welt erblicken müssen: der Entwurf wird dem Reichstag unmittelbar nach seinem Zusammentritt vorgelegt und er soll noch in diesem Jahre Gesetz werden. Zeit hat sich das Koalitionskabinet für seine erste und dringende Aufgabe, wie sie in der Vereinbarung mit der Krone bezeichnet wurde, auf Grund welcher den Koalitionsparteien die Regierung anvertraut wurde, ausreichend gelassen. Graf Andrássy, der Wahlreformminister, hat es zuwege gebracht, mit dem Entwurf zweieinhalb Jahre zu vertrödeln, die Reform, die bestimmt war, das feudale Regime im Magyarensstaat an der Wurzel zu treffen, solange zu verschleppen. Die lange Zeit ist allerdings gut angewandt worden, denn nach allem was man hört, ist unter den Händen der Koalitionsteile aus dem fruchtbaren und weittragenden Gedanken der Fejerváry und Krúdy ein reaktionärer Wechselbalg geworden, der alles andere sein wird als das allgemeine und gleiche Wahlrecht, das den Wählern in Ungarn so feierlich versprochen worden ist. Was das gegenwärtige Wahlrecht herbeibringt, ist zweierlei schweres Unrecht: einerseits eine schrankenlose, ungebundene Herrschaft der Magyarensstämme über die anderen Völker, die der Zahl nach zusammen fast die Mehrheit bilden; und die vor keiner Brutalität zurückschreckende Herrschaft einer schmalen Oberschicht über alle Klassen der Gesellschaft, d. h. also das unverhüllte Junkerregime, an dem die bourgeoisen Plutokraten als Teilhaber partizipieren. Als der Kaiser, von der junkerlichen Anmaßlichkeit, die mit bürgerlichem Unabhängigkeitssinn nicht verwehrt werden darf, in seinem eigenen dynastischen Besitze bedrängt, durch die Fejerváry'sche Regierung die Wahlreform, von der die Herren Magyarens nie hören wollten, in den Mittelpunkt des staatlichen Lebens stellte, wollte er uns der Allgemeinheit

und Gleichheit des politischen Rechtes die Junkerherrschaft ver-nichten; diese Wahlreform wäre ein Stück imperialistischer Politik im Innern geworden. Die Koalitionsregierung wird daraus eine Wahlreform machen, die zwar gewisse, gar zu arg Untraglichkeiten abkämpft, im Wesen den bisherigen Zustand aber unverändert beläßt, die Vorherrschaft der Grafen und Adulaten also konserviert. Vor allem soll das Wahlrecht auf die des Schreibens und Lesens Kundigen beschränkt werden; es würde also, da die Zahl der Analphabeten in dem als Ort des Fortschrittes getäuschten Ungarn ungemein groß ist (bis 37 Proz. der Bevölkerung), alles andere denn allgemein sein. Die schlimmste Verfälschung wird freilich die Pluralität sein: der Entwurf will das Pluralwahlrecht bis zu drei Stimmen einführen, den bürgerlichen Klassen damit etwa 1/3 Millionen fingierte Stimmen zuwenden, was vielleicht die Hälfte aller wirklichen sein wird. Die Einschränkung der Wahlberechtigung und die Pluralität würden in zwei Richtungen wirken: erstens den Magyarens ein künstliches Uebergewicht schaffen und zweitens in dem agrarischen Lande zur vollständigen Erzwörung der besitzlosen Klassen führen. Nicht genug davon, soll auch die öffentliche Abstimmung erhalten bleiben, dieses ärgste Vergewaltigungsmittel und dieser Urquell der so berüchtigten ungarischen Wahlcorruption; wenigstens überall dort, wo die nicht-magyarischen Wähler, die der magyarische Hochmut mit dem Sammelnamen „Nationalitäten“ belegt (wogegen die Magyarens die „Nation“ sind), angesiedelt sind. Das gegenwärtige ungarische Wahlsystem ist nämlich so eingerichtet, daß es im zivilisierten Europa einfach unverständlich bleibt — fast so unverständlich wie der preussische Anstalt. Jeder Wahlbezirk, wie groß immer er auch sei, kennt nur ein einziges Wahllokal; umfaßt er, wie etwa in Budapest, noch soviel Wähler: sie müssen in einem Wahllokal abstimmen, und besteht er, wie auf dem Lande, aus zahllosen, von einander sehr entfernten Dörfern: alle Wähler müssen sich in einem Ort versammeln und in demselben Wahllokal abstimmen. Diese Abstimmung ist aber öffentlich; sie bietet also zu Erpressungen und Bestechungen die herrlichste Gelegenheit. Die gemeindefreie Abstimmung soll in den nicht-magyarischen Bezirken gleichfalls nur in sehr reduzierter Form bewilligt werden; die geheime aber nur in den vorwiegend magyarischen Wahlkreisen. Die also die Reform vorbereitet wird, wird sie von den Grundsätzen der Demokratie und Gerechtigkeit wenig enthalten; da sie einen reifen Reformgedanken enthält, würde sie mehr ein Rückschritt, denn eine Entwidlung sein.

Die Frage ist nun, ob der Kaiser zu dieser Reform, die von dem, was er als königliches Reformprogramm verkündete, Himmelweit verschieden ist, seine Zustimmung, ohne die die Einbringung im Reichstage unmöglich ist, geben wird. Man darf diese Frage wirklich stellen, denn wenn gleich Dynastien für Grundzüge der Demokratie sonst blutwenig übrig haben und es sie wenig berührt, wenn Grundzüge der politischen Gerechtigkeit verletzt werden, so steht die Sache doch hier anders. Denn die ungarische Wahlreform braucht auch die Dynastie; braucht sie als Mittel zur Erhaltung ihrer Stellung, die von der Junkerherrschaft ausgeht und herabgedrückt wird. Zwar sind die einst so prächtigen Koalitionsherren nun sehr unterwürdig, und von dem frischgedöhnten Uebermut gegenüber „Wien“ ist in Budapest heute blutwenig zu spüren. Aber diese Veränderung in den Kräfteverhältnissen hat nur die Furcht vor der Wahlreform bewirkt, und ist erst die Furcht gebannt, so steht Habsburg wieder dort, wo es oft stand: vor der Kapitulation. Wird man in der Osburg die Situation verstehen? Viel Hoffnung besteht nicht, denn gegenüber der ewigen Jubelerei kommen ernsthaftige Erwägungen nicht auf — vorausgesetzt, daß man zu ihnen noch die individuelle Kraft besitzt. Die die Dinge steuern, könnte nur eine kraftvolle Erhebung der Arbeiterklasse das Schicksal wenden, das über die ungarischen Völker heranzieht und das ihnen zugebracht ist von denselben Faktoren, die ihre Befreiung als den rettenden „Königsgedanken“ vor zwei Jahren feierlich verkündet haben.

Russische Greuel.

Das „Russische Bulletin“ veröffentlicht ein offizielles Dokument, das einen Einblick gewährt in das „Reich der Toten“, das die Jarenregierung für die politischen Gefangenen in Sibirien hergerichtet hat.

Am 8. Juli d. J. erließ der Chef der Zwangsarbeitsanstalten in Nerstjinsk, Oberst Sabello, folgenden Befehl, Nr. 2997:

Am 11. Juni d. J. reichten 17 Inassen des Katurjew'schen Gefängnisses auf den Namen des Procurators des Zshitarer Bezirksgerichts ein Gesuch ein, in dem sie Klage erhoben gegen die Härte des Gefängnisregimes, und desgleichen dagegen, daß es den Chef der Gefängnisse in der Nerstjinsker Katorga laut Order vom 11. Mai d. J. ab. Nr. 2932 vorgeschrieben ist, das obligatorische Singen von Gebeten nach dem Morgen- und Abendappell in die Tagesordnung der Gefangenen einzustellen. Diese Gesuche wurden vom Herrn Procurator dem Militär-gouverneur des Transbaikalgebietes übermittel, worauf er folgende Resolution abfaßte: 1. Es gibt keine belästigenden Rund-schreiben, sondern nur solche, die strikte befolgt werden müssen. 2. Gebete gehören überall, wo Menschen leben, zur allgemeinen inneren Ordnung. 3. Wo das Gesetz es als zulässig betrachtet, Schuldige körperlich zu züchtigen, kann das die Erziehung des Ge-wissens nur fördern und stellt durchaus keine Verhöhnung des Christentums dar. 4. Auf der Katorga werden keinerlei politische Parteien anerkannt und darum nicht als zulässig betrachtet. 5. Die „Freiheit“ wird in der Freiheit und nicht im Zuchthaus verwirklicht, wo keine Freiheit gestattet wird. 6. In der Katorga gibt es keine „Politischen“, sondern bloß Arrestanten, die zur Verbannung und Zwangsarbeit verurteilt sind. 7. Jegliche „Komplikationen“, die im Gesuch erwähnt sind, dürfen von seiten der Administration derartige scharfe Mahregeln wahrufen, daß eben das Veten und Singen besser erscheinen dürfte. 8. Wo kein religiöser Glaube existiert, kann auch von religiöser Toleranz keine Rede sein. 9. Dem Procurator ist nicht das Recht verliehen, sich in die innere Ordnung der Gefängnisse einzumischen. 10. Wer infolge eines Staatsverbrechens ins Zuchthaus geraten ist, der sollte sich nicht auf das Allerhöchste Manifest vom 30. Oktober 1905 berufen; es wäre besser gewesen, die Wohlthaten desselben vor der Gefängnishaft zu genießen. 11. Gesuche über ein strenges Regime werden von niemand aus den Reihen der höheren Administration des Gebietes und Landes berücksichtigt werden. 12. Wer einmal ins Gefängnis geraten ist, soll dessen eingedenk sein, daß er sich nicht in Freiheit befindet. —

Die Beschwerden, die von den 17 Inassen des Katurjew'schen Gefängnisses, die diese Resolution gezeitigt hat, rügte entsehlige Zustände. Ein Brief, der vor einiger Zeit in der russischen Parteipresse veröffentlicht wurde, gibt folgende Schilderung:

Die Stimmung ist hier furchtbar. Zusammenstöße sind unvermeidlich. Aka tu ist jetzt ein Reich der Toten: kein Laut dringt von dort her. In Algasch sind Blut, Leichen, Körperstrafen an der Tagesordnung. . . Die Obrigkeit verlangte, daß man in den Zellen Gebete singen soll. Wir weigerten uns, dies zu tun. Alle werden in den Korzer geschleppt. In je einem sitzen 4—5 Personen. Vor den Korzer sind Soldaten postiert. Einige Genossen sind erkrankt. Aus dem Korzer wurde einer in den Korzer geschleppt. Er brach einige Bretter vom Fenster ab. Der älteste Aufseher wollte ihm Handfesseln anlegen und verjagte ihn, als er Widerstand leistete.

einige Schläge und führte 7 Konbolsolaten ein: die Gefangen be-gann. Alle Gefangene sind gefesselt. Der Direktor drohte, alle durcspesschen zu lassen.“

Nebrigens sind die Zustände in den Gefängnissen des europaischen Rußlands nicht besser. Eine Liste, zusammen-gestellt aus den Notizen der russischen Presse in der letzten Woche des Juli und der ersten Augustwoche zeigt, daß kaum ein Tag vergeht, da nicht irgendwo der Hungerstreik be-gonnen wird, Gefangene hingemordet werden, Selbstmordversuche unter den Gefangenen stattfinden oder Gefängnisepidemien ausbrechen. Selbst während der finsternen Reaktion unter Alexander III. waren die Zustände nicht so entsehlig, wie unter dem „konstitutionellen“ Nikolaus II. Nach dem bekannten Hundschreiben des Chefs der Hauptgefängnisverwaltung Kurlow sind die Ermordungen von Gefangenen an der Tagesordnung. Im Lu-fjano-Gefängnisse zu Riew wurden hier von den Schilbmachen ohne jeden Anlaß ermordet: Ende Februar der Bauer Abram Jndyt (Mitglied der sozialrevolutionären Partei), 28. Febr. — der Student Jossilewitsch (Sozialdemokrat), 29. März — der Student Spiridon Schut und Fräul. Verlmann, 11. Juni — Rabinowitsch (Bundist), 28. Juni — Fräulein Schemigonow. Im Verlaufe von vier Monaten also sechs Ermordete. Was Wunder, wenn die Gefangenen, anstatt einzeln hingschachtet zu werden oder dem Wahnsinn oder Gefängnisepidemien zum Opfer zu fallen, es vorziehen, entweder ihrem Leben frei-willig ein Ende zu machen oder — auf die Gefahr hin, in ungleichen Kampfe zu fallen — gewaltsame Flucht-versuche zu unternehmen. Zuweilen gelangen dieselben auch, meist schlagen sie aber fehl und enden mit Megeleien, die zahlreiche Opfer fordern. Es ist noch in aller Erinnerung, wie die Jaren'scherger bei der Unterdrückung der „Gefängnis-unruhen“ in Jekaterinoslaw hausten, wo 40 Gefangene ge-tötet und 35 verwundet wurden. Diese Megelei ist charakte-ristisch für die Haltung der Administration, die aus den blut-gekränkten Instruktionen des Chefs der Hauptgefängnisver-waltung Kurlow die logischen Schlüsse zieht. Sie tut das um je bereithwilliger, als auch das Haupt der Petersburger Regierung Stolypin durch den Danl, den er den Jekaterinoslaw für ihre „brave Haltung“ ausdrückte, den Beweis er-brachte, daß er die grauenhaften Zustände in den Gefäng-nissen, die Meuchelmorde und Megeleien vollauf billigt. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. August 1908.

Erhöhung der Verbrauer?

Die das „Berl. Tageblatt“ von unterrichteter Seite erfährt, sind durch die Zollbehörden Erhebungen eingeleitet worden über die Bierpreise in den Schankstätten und den Kohnungen, welchen die Verkäufer erzielen. Es sollen die Schankstätten in drei Gattungen unterteilt werden, und zwar solche, in denen die oberen Gesellschaftsklassen verkehren, ferner solche, wo Bürger und Geschäftsleute vorwiegend sich aufhalten, und drittens solche, welche für Handwerker, Arbeiter und die unteren Bevölkerungsklassen bestimmt sind. Es waren bereits vor zwei Jahren ähnliche Ermittlungen angeordnet und von den Reichs-behoörden für Zölle und Steuern ausgeführt worden. Diese hatten jedoch das Ergebnis, daß der Kohnungen der Verkäufer vielfach ein exorbitantes genannt werden konnte, besonders im Hin-blick auf die weit niedrigeren Verkaufspreise in Bayern trotz der bedeutend höheren Steuer. Es wurden daher im Reichstage von einigen Abgeordneten Zweifel über die Nichtigkeit der Ermittlungen erhoben und die Folge davon war, daß sie in noch größerem Um-fange allgemein durch die Organe der Zollverwaltung angeordnet wurden. Diese Ermittlungen sind bis zum Schlusse des Monats August dem Reichszollamt (Reichszollamt) zuzureichen. Demnach befindet sich auch eine weitere Belastung des Bieres unter dem Steuerplänen des Herrn Eydow. —

Folgen der Polizeimaßnahmen.

Heute fand in Magdeburg eine von über 6000 Personen be-suchte Versammlung statt. Der Saal konnte die Scharen nicht fassen und mußten deswegen noch Tausende im Garten verbleiben. Nachdem der Referent — Rechtsanwalt Landsberg — über die Verfolgungen, die die Magdeburger Polizei in den letzten Jahr-zehnten gegen die Arbeiter ausgeübt hat, gesprochen hatte, wurde — laut Beschluß der Versammlung — die Versammlung in den Garten verlegt, die bei nächtlicher Belandung einen im-posanten Eindruck bei allen Teilnehmern hinterließ. Es wurde eine Entlastungsresolution angenommen, in der sich die Versammelten einmütig verpflichten, für die Stärkung der politischen Organisation der Sozialdemokratie einzutreten, um sie gegen alle gegenwärtigen und zukünftigen Willkürakte der Polizei widerstandsfähig zu machen.

Die Versammlung war, wie alte Parteigenossen sagen, die größte seit vielen Jahren; man kann sich nur erinnern, daß eine Ver-sammlung, in der August Bebel gesprochen hatte, eine ähnliche Besucherzahl aufweisen konnte. Die Entlastung über das Vorgehen der Polizei ist so allgemein, daß schon jetzt eine große Anzahl von Mitgliedern für den sozialdemokratischen Verein neu gewonnen ist; diese soll noch vermehrt werden durch eine nächster Tage einsetzende Hausagitation für die Partei. —

„Reichslügenverband“.

Dieser Tage berichtete die Presse, daß in Hannover einige unserer Parteigenossen verurteilt worden sind, weil sie einer Or-dnungsmäßige nachgesagt haben, daß er Mitglied des „Reichs-lügenverbandes“ sei. Auf den angebotenen Wahrheits-beweis dafür, daß der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie haarsträubende Lügen verbreitet, ließ das Gericht sich nach dem Wortlaut des Urteils deshalb nicht ein, weil ja nicht nach-zuweisen sei, daß der Reichsverband wesentlich die Un-wahrheit gesagt habe.

Eine derartige Begründung mag etwas für sich haben, wenn man sich auf den von der neudeutschen Rechtsprechung ja zuweilen für angebracht gehaltenen Standpunkt stellen will, daß es bei der Prüfung des Wahrheitsbeweises darauf ankomme, vom Angeklagten das Un-mögliche zu verlangen, nämlich darauf, daß in diesem Falle der notorisch mit den schimpflichen Mitteln der Lüge und Verleumdung operierende Reichsverband sich etwa vor den Richter-tisch hinstelle und eidlüh bekämpfe, was zwar alle Welt weiß, was er selber aber bei der Strafe der Vernichtung seiner Existenz nicht zugeben darf. Der Reichsverband wird sich hüten und gerichts-notorisch seine eigene Schande bekunden, mag sie auch in Wirklich-keit noch so offenkundig sein. Vielmehr wird er mit der un-schuldigen Miene von der Welt erklären, er habe selbst die ha-rträubendsten, un-sinnigsten Lügen über die Sozial-demokratie freiz und ständig verbreitet in der Ueberzeugung, daß sie Lauteres Gold seien.

Stellt man sich aber auf den vernunftgemäßen Standpunkt, den z. B. das Schöffengericht in Rassel eingennommen hat, als es am 2. Juni 1908 in einer ähnlichen von Reichsverbänden an-gestregten Klage den Redakteur des hiesigen „Volksblatt“ freisprach, so wird der Richter einsehen, daß es kaum etwas

Leichter auf der Welt gibt, als den Wahrheitsbeweis dafür zu erbringen, daß der Reichsverband im Kampf gegen die Sozialdemokratie mit vollem Bewußtsein lügt und verläumdet.

Es ist notorisch und vom Reichsverband bei verschiedenen Gelegenheiten zugegeben worden, daß er die sozialdemokratische Presse sehr genau liest. Daher muß er dann auch in dem Falle, daß er keine Idioten als Angestellte hat, davon unterrichtet sein, wenn sozialdemokratische Blätter ihm an Einzelfällen seine Lügenhaftigkeit nachweisen.

In einem seiner Flugblätter schreibt der Reichsverband, daß die Sozialdemokratie Ehe und Familie beseitigen, die Religion ausrotten, dem deutschen Volke das Vaterland nehmen wollen, daß sie den Meineid empfehlen, und was dergleichen Unsinne mehr ist. Der Reichsverband weiß und muß wissen, daß derartige Verleumdungen nicht nur von der sozialdemokratischen Presse, sondern selbst von dem anständigen Teil der Gegner unserer Partei auf das bündigste widerlegt worden sind. Das hindert den Reichsverband aber nicht im geringsten, diese Verleumdungen immer und immer wieder von neuem aufzutreiben. Kam doch die „Reichsverbandskorrespondenz“ Nr. 2 erst vor wenigen Wochen wieder mit der Meineidklage angetroffen. Schon vor aber selbst von allgemeinen Lügenverbindungen ab und beschränken uns auf ganz konkrete Fälle, so ist auch dann spielend leicht der Nachweis zu erbringen, daß der Reichsverband Tatsachen als richtig hinstellt, trotzdem er von ihrer Unrichtigkeit überzeugt ist. Ein Beispiel für viele. In Nr. 21 dieses Jahrganges läßt die „Reichsverbandskorrespondenz“ den vielbeliebten Kniff, von sozialdemokratischer Finanzwirtschaft in Offenbach a. M. zu sagen. Sie schrieb u. a.: „Die Finanzoperationen der sozialdemokratischen Schachmeister verdienen aber einmal recht beleuchtet zu werden. Die Verbrauchsgabe an Fleisch brachte der Stadt bisher z. B. 130 000 M. Einnahme. Mit stadtväterlicher Huld haben die Genossen die Aufhebung dieser Verbrauchsgabe beschlossen.“

Da die Redaktion der „Reichsverbandskorrespondenz“ die sozialdemokratische Presse sehr genau verfolgt, mußte sie wissen, daß es sich um eine Verleumdung handelt, die bereits am 4. September 1907 von dem Organ des Reichskanzlers v. Bülow, der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, verbreitet und auf der Stelle in den sozialdemokratischen Blättern auf das bündigste abgeferligt worden ist.

Damals wies unsere Presse darauf hin, daß der Beschluß auf Aufhebung des Oktroi erstens einstimmig von der Stadtverordnetenversammlung in Offenbach a. M. gefaßt wurde, daß also auch die nationalliberalen Stadtväter sich dafür erklart hatten. Dann wies unsere Presse nach, daß dieser Beschluß in Ausführung des § 18 des Militärstrafgesetzes für das Deutsche Reich gefaßt wurde, wonach ein Oktroi auf Lebensmittel vom 1. April 1910 ab ohnedies nicht mehr von Gemeinden erhoben werden darf. Ebenfalls wies unsere Presse nach, daß am 1. April 1906 unter „reichstreuer“ Idealtätigkeit, als noch kein Sozialdemokrat die Stadtverordnetenversammlung beranzogte, auf jeden Einwohner Offenbach eine reine Schuldenlast von 21,17 M. kam, wohingegen die „sozialdemokratische Wirtschaft“ es am 1. April 1906 dahin gebracht hatte, daß auf jeden Einwohner ein reines Vermögen von 122,84 M. entfiel.

Das alles hätte die sozialdemokratische Presse den Verleumdungen der Norddeutschen Allgemeinen gegenüber schon im September 1907 so deutlich dargelegt, daß es dem Reichsverband gar nicht entgangen sein konnte. Und trotzdem täte seine Korrespondenz die Lügen von damals im Juni 1908 struppellos von neuem auf.

Ein Richter, der den Beweis für die hier angeführten Tatsachen überhaupt zuläßt, muß, ganz gleich, ob er der Sozialdemokratie objektiv oder feindlich gegenübersteht, ohne weiteres zu der Überzeugung kommen, daß ein Mensch, der sich von Verleumdungen und Verleumdungen für den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie übrig haben kann als die des Reichslügenverbandes.

Was geht in Deutsch-Ostafrika vor?

Wir haben über die Unruhen in Tuta und Nyambi bereits berichtet. Sonderbar ist nun, daß bisher über diesen Vorkfall nichts weiter verlautbart wurde. Weder über die Ursachen der Unruhen, noch darüber, ob nunmehr jede Gefahr beseitigt ist. Daß die schnelle Justiz, die an zwei „Großtäubern“ geübt wurde, indem man sie kurzerhand aufhängte, beruhigend gewirkt hat, ist nicht wohl anzunehmen. Selbst die „Hamburger Nachrichten“ äußern ihr Versehen in folgenden Sätzen:

„Die Unruhen in den Gebieten von Tuta und Nyambi werden nun in einem Telegramm des Gouverneurs, der sich dazu allerdings erst auf telegraphische Anweisung aus Berlin herbeiließ, als „nicht schwerwiegend“ bezeichnet, und es wird weiter gesagt, daß sie ohne „Kampf im Keime erstickt“ seien. Zwei Großtäuber seien hingerichtet, achtzehn verhaftet worden. Diesen Angaben widerspricht sofort der nächste Satz des offiziellen Telegramms: „Die Truppenabteilungen bleiben vorläufig in jenem Gebiete, bis die Ruhe gänzlich wiederhergestellt ist.“ Was ist nun richtig? Ist der Aufstand schon „im Keime erstickt“ oder muß die Ruhe noch „gänzlich wiederhergestellt“ werden? Es ist ganz unmöglich, daß der Aufstand schon ganz unterdrückt ist, denn dann ließe der Gouverneur sicher nicht rund 300 Mann „vorläufig in jenem Gebiete“.

Die Führer des katholischen Volkes.

Die Zentrumspresse veröffentlicht die Namen der Mitglieder des in Düsseldorf neugetählten Zentralkomitees der Katholikentage. Unter den 24 Mitgliedern befindet sich ein Fürst, drei Grafen, ein Baron, sieben höhere Geistliche, ebensoviel Journalisten, dann eine Anzahl Industrielle — aber kein Arbeiter, nicht einmal ein Bauer oder Handwerker. Die Arbeiter sind gut genug, den Katholikentagen die Massen zu stellen, an den kirchlichen Feiern vorbei zu defilieren — aber mitzureden haben sie nicht.

Aufgehobenes Zeugniszwangsverfahren.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, ist die in dem bekannten Zeugniszwangsverfahren festgesetzte Geldstrafe von 50 Mark aufgehoben und gleichzeitig das Verfahren eingestellt worden.

Der Freisinn und die Wahlrechtsbewegung in Preußen.

Der zur Freisinnigen Vereinigung gehörende Abgeordnete Pothhoff hat zur Wahlrechtsreform in Walded ein Flugblatt herausgegeben, in welchem es wörtlich heißt:

„Die Hoffnungen auf eine künftige Wahlrechtsbewegung in Preußen, die man an die jüngste Landtagswahl knüpfte, sind arg enttäuscht worden. Außer der Sozialdemokratie hat nur ein kleiner Teil des Bürgertums (vor allem die vom Freisinn abgelöste neue Gruppe der Demokratischen Vereinigung) die Wahlrechtsfrage in den Mittelpunkt des Wahlkampfes gestellt. Im übrigen ist eine einheitliche Schicksalsschicksal der Freunde eines guten Wahlrechts nicht zustande gekommen. Vielmehr haben die verschiedenen Parteien in der Angst um einige Mandate widerspruchsvolle und zum Teil geradezu schamlose Kompromisse mit ihren schlimmsten Gegnern abgeschlossen.“

In freisinnigen Kreisen ist man natürlich während auf Pothhoff, weil er so rücksichtslos die Verlotterung im Freisinnlager aufdeckt, aber der Kerger beweist nur, daß er mit seiner Kritik nur zu recht hat.

Der Hunsburger Wahlstand.

Der freisinnige Landtagsabgeordnete Dr. Duns-Hunsburg, den die freisinnigen und agrarischen Wahlmänner gemeinsam gegen den

bisherigen nationalliberalen Vertreter, Prof. Metzger, am 16. Juni wählten, hat, wie aus Mittel gemeldet wird, gegen den Vorsitzenden des Ausschusses des Provinzialverbandes der nationalliberalen Partei Schleswig-Holsteins und Lübeck, Justizrat Schirren-Kiel, bei der Staatsanwaltschaft eine Strafanzeige wegen Verleumdung eingereicht. Schirren hatte Ende Juni die Akten der nationalliberalen Parteileitung Schleswig-Holsteins über die Hunsburger Wahl veröffentlicht und erklärt, daß es für ihn keinem Zweifel unterliege, daß die linksliberale Parteileitung von Dr. Duns absichtlich irreführt und gefälscht und ohne deren Wissen zum Gelfer seines Vorgehens gemacht worden sei.

Oesterreich.

Zusammenstoß zwischen Deutschen und Tschechen.

Am Abend des Freitag kam es in Gabling zu Zusammenstößen zwischen Deutschen und Tschechen, welche sehr ernste Formen annahmen und bis spät in die Nacht andauerten. Die Tschechen promenierten in der Hauptstraße. Darauf sammelten sich etwa tausend Mann der deutschen Jungmannschaft auf der Straße an, wobei es zwischen diesen und den Tschechen zu ersten Reibereien kam, in deren Verlauf die Tschechen mit Steinen auf die Deutschen losschlugen. Daraufhin gingen auch die Deutschen zur Abwehr über und die Schlägereien nahmen noch und nach derart ernste Formen an, daß die Polizei mit aller Energie einschreiten und die Menge zerstreuen wollte. Da jedoch die Menge inzwischen auf mehr als zweitausend Personen angewachsen war, konnte die Polizei nicht mehr der Lage Herr werden und sah sich genötigt, sämtliche Gassen der inneren Stadt abzusperren. Mehrere Tschechen wurden verhaftet und bei ihnen Steine und andere Wurfgeschosse vorgefunden. Später kam es vor dem Gasthause, in welchem die tschechischen Vereine ihr Heim haben, zu neuerlichen Zusammenstößen, wotauß auch die Straße, in welcher sich dieses Gasthaus befindet, von der Polizei abgesperrt wurde. Erst in später Nachtstunde gelang es den Bemühungen der Polizei, die Ruhe wieder herzustellen.

Ungarn.

Regierungshehe gegen das Koalitionsrecht der Eisenbahner.

Der Handelsminister Kossuth hat einen Erlaß gegen den Verband der Eisenbahnarbeiter herausgegeben, der die Zerstörung dieser Organisation zum Zweck hat. Der Erlaß erklärt: 1. Es seien in den Verband statutenwidrig Mitglieder aufgenommen worden, die nicht Eisenbahnarbeiter, sondern Arbeiter der Staatsbahnmaschinenfabrik sind. 2. Es seien Personen funktionäre, ohne Eisenbahnarbeiter zu sein. (Es sind das gemahregelte Eisenbahner.) 3. Es werde den Mitgliedern das Fachblatt „Der ungarische Eisenbahner“ zugeführt, der sich mit der Richtung identifiziert, die systematisch gegen die Unternehmer geht. 4. Es nehmen an den Sitzungen des Verbandes „fremde Elemente“ teil, die die Beschlüsse beeinflussen. Kossuth erteilt dem Oberinspektorat der Eisenbahnen folgende Weisungen: Die Sektion der Arbeiter der Staatsbahnmaschinenfabrik ist aufzulösen und der Verband hat die von den Mitgliedern vom Beginn ihrer Mitgliedschaft an gezahlten Beiträge innerhalb eines Monats bei der Fabrikdirektion zu erlegen. Die Bestellung von Nicht-eisenbahnern zu Funktionären ist untersagt. Die Vereinbarung mit dem Fachblatt ist aufzulösen und ein Fachblatt herauszugeben, dessen Richtung vom Ministerium streng zu überwachen ist. Binnen zwei Wochen ist ein Verzeichnis sämtlicher Mitglieder vorzulegen. Den Sitzungen dürfen nur Mitglieder beiwohnen. Erscheint ein Nichtmitglied, ist die Sitzung sofort aufzulösen und die Beschlüsse sind ungültig. Sollten diese Verfügungen nicht pünktlich befolgt werden, wird der Verband aufgelöst. Die Privatbahnen werden aufgefordert, Angestellte, die „hegen“, wenn sie definitiv sind, in Disziplinaruntersuchung zu ziehen, und wenn sie nicht definitiv sind, unverzüglich zu entlassen.

Rußland.

Eine Arbeiterdemonstration in Petersburg.

Eine ungeheure Menge von Arbeitern versammelte sich am 19. August, 5 Uhr nachmittags, auf dem Preobraschenski-Friedhof vor den Wassengraben der Opfer des Aufstandes. Es wurden einige Reden gehalten und hierauf revolutionäre Lieder gesungen. Inzwischen rüdten starke Truppen von Polizisten zu Fuß und zu Pferde an, die die Menge zerstreuten. Es wurden einige Verhaftungen vorgenommen.

Türkei.

Eine „Strafe Gottes“.

In den jungtürkischen Kreisen ist man wegen des Brandes in Stambul höchst beunruhigt, da die Türken die Version verbreiten, dieser Brand sei eine Strafe Gottes wegen der Reformbewegung.

Zurückziehung der europäischen Gendarmerieoffiziere aus Macedonien.

Außer den österreichisch-ungarischen Offizieren des Wilajets Kossowo, die bekanntlich teils beurlaubt, teils nach Moskau einberufen worden sind, sind auch die russischen und französischen Gendarmerieoffiziere in die Hauptorte ihrer Bezirke Saloniki und Serres beurlaubt worden. Teils sind sie bereits beurlaubt, teils werden sie beurlaubt werden. Die gleiche Maßregel ist auch von italienischer und englischer Seite beantragt. Ihre Ausführung wird für die nächsten Tage erwartet. Die Einberufung der österreichisch-ungarischen Offiziere nach Moskau bezog ihre teilweise Beurlaubung machte bei der Porte und in den Kreisen der Jungtürken einen ausgezeichneten Eindruck. Es liegen viele Dankesäußerungen vor.

Marokko.

Der Triumph Mulay Hafids.

Aus allen Hafenstädten des Landes liegen Meldungen vor, daß die Beamten Mulay Hafid als legitimen Nachfolger des Sultans Abdal Aziz anerkennen.

Aus der Partei.

Zum Parteitag.

Ein Widerspruch aus Baden.

Der Genosse Koll war im Irrtum, als er in seinem „Volksfreund“-Artikel behauptete, die Mehrheit der badischen Kammerfraktion finde mit ihrem Verhalten in der Budgetbewilligungszugfrage keinen Tadel unter der badischen Parteigenossenschaft. Am Sonntag protestierte in Nechl die Wahlkonferenz des 7. Reichstagswahlkreises entschieden gegen die neue parlamentarische Taktik und gegen die gehässige Polemik des „Volksfreund“. Die Konferenz wurde unter normalen Verhältnissen auf die Einberufung eines Delegierten nach Nürnberg verzögert haben; jetzt aber hielt sie es einstimmig für nötig, dem Genossen K. Riesling das Mandat zu erteilen, um durch sein Votum auf dem Parteitag externen zu lassen, daß in der badischen Parteigenossenschaft nicht alle am Marzen des Kolbischen Revisionismus ziehen. Die mit Mehrheit beschlossenen Resolutionen lauten: „Die Konferenz erklart in der Budgetbewilligung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion einen Vorstoß gegen den Beschluß des Lübecker Parteitages und erwartet vom Nürnberger Parteitag Vorkehrungen, welche solche Vorstöße in Zukunft unmöglich machen. Die aufs schärfste zu verurteilende Geheimniskrämeret des badischen Landesvorstandes betrachte die Konferenz als gegen das demokratische Prinzip verstoßend.“

Sie tadelt die vorzeitige Kammerberichterstattung des Abg. Koll und das Verhalten der „Volksfreund“-Redaktion; der Landesvorstand wird beauftragt, dahin zu wirken, daß die Redaktion des „Volksfreund“ durch wirklich geeignete Genossen verbolständigt wird.

Der zweite Abfah der Resolution bezieht sich auf eine „vorzeitige“ Besprechung einer Kammerberichterstattung durch den „Volksfreund“. Es war darin mitgeteilt, daß Genosse Koll den Standpunkt der Sozialdemokratie in einer Rede bei der Frage der Lehrentgeltverteilung vertreten habe. In Wirklichkeit hatte dieser Tagesordnungspunkt indes Zeitmangels wegen verlagert werden müssen.

Budgetbewilligungs-Sitzungen in Bayern.

Parteierversammlungen in Fürth, Regensburg und München haben auf die Berichte der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten hin die Budgetbewilligung begünstigt. In Fürth erklärte Genosse Abg. Segib u. a.: Der besondere Fall der Lübecker Resolution sei nach Ansicht der Fraktion durch die zahlreichen Verbesserungen gegeben gewesen, die sie im Etat durchgesetzt habe, durch die Gewährung der Staatsbürgerlichen Gleichheit für die Sozialdemokratie, des Koalitionsrechts für die Staatsarbeiter, die Verbesserung des Kommunalwahlrechts u. a. m. Durch die bisherige Haltung sei die Fraktion um den ganzen Erfolg ihrer politischen Arbeit gebracht worden — die Gegner hätten die Ablehnung des Budgets in der raffiniertesten Weise ausgenutzt.

In der Diskussion sprach Genosse Eisner-Nürnberg. Er befürchtet parteischädigende Debatten auf dem Parteitag, die nichts nützen würden, da die sächsischen Parteigenossen sich doch die Entscheidung, von Fall zu Fall vorbehalten müßten. Die Ablehnung des Etats in Preußen und im Reich sei selbstverständlich. Als Kuster stellte Eisner die österreichischen Genossen hin, die nach ihrem großen Siege sich nicht gestritten hätten, wie die deutschen 1903 in Dresden, ob sie einen Vizepräsidenten stellen sollten, sondern den Posten einfach angenommen hätten. Die Neigung zu unfruchtbaren Streitigkeiten sei eine innere Schwäche der Partei; wenn sie mehr zu arbeiten hätte, würde sie sich nicht mit solchem Kräfteverfall befassen. Wer aus Preußen komme, der habe ein Gefühl, ob es sich dem überhaupt noch verlohne, Politik zu treiben. Immer auf die Zukunft bedachte, bestreibe keinen Politiker, er verlange auch das Brot der Gegenwart. Was die bayerische Fraktion in den elf Monaten erreicht habe, sei mehr, als was in Norddeutschland in Jahrzehnten erreicht werde. Er betrachte die Abstimmung nicht als ein Vertrauensvotum für Regierung und bürgerliche Parteien, sondern als Anerkennung unserer wachsenden Macht. — Genosse Ritsberger begrüßte die Abstimmung. Er habe schon lange die Erfahrung gemacht, daß die frühere Haltung der Fraktion und bei der Agitation schwer geschadet habe. Nur in einem Punkte müsse er den norddeutschen Genossen recht geben: es sei falsch, daß man die Sache so geheim behandelt und zu der Konferenz der Landtagsabgeordneten nicht einen Vertreter des Parteivorstandes eingeladen habe. Wenn das geschehen wäre, so wäre auch der Standal vermieden worden.

Die Resolution, die einstimmig angenommen wurde, lautet:

„Die Versammlung ist mit der Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im bayerischen Landtage nach jeder Richtung hin einverstanden. Die Versammlung erkennt an, daß die wichtigsten Beschlüsse, welche der Landtag in der abgelaufenen Session bezüglich der Gehaltsaufbesserung der Beamten und der Arbeiter im Staatsbetriebe, der Proporz für die Gemeindefinanz, der Ausbau der Wasserkräfte des Landes, Beschlüsse, die zum Teil auf die Initiative der sozialdemokratischen Abgeordneten zurückzuführen oder mindestens unter ihrer Mitwirkung zustande gekommen sind, insbesondere aber die Anerkennung der vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung die Voraussetzungen enthalten, welche nach dem Beschlusse des Lübecker Parteitages die Zustimmung zum Finanzgesetz rechtfertigen. Die Versammlung billigt deshalb die Abstimmung der sozialdemokratischen Abgeordneten über das Finanzgesetz vollauf.“

In Regensburg erklärte eine Parteiversammlung nach einem Vortrage des Parteisekretärs Walter-Nürnberg einstimmig ihre Zustimmung zu dem Verhalten der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, die durchaus logisch und konsequent gehandelt habe. Das Land befinde sich — dank der Energie und Tapferkeit der Partei — in ständigem politischen Fortschritt, und wenn die Genossen in der Endabstimmung gegen das Finanzgesetz gestimmt hätten, so hätte das im Lande einfach niemand verstanden. Es handle sich um kein Vertrauensvotum für die Regierung, aber man müsse in parlamentarischen Leben praktische politische Arbeit leisten können, wenn man bestimmten Einfluß auf die Geschicke des Landes gewinnen wolle. Lebhaft zu begrüßen sei die Art der Diskussion, die sich aus diesen Fragen entsponnen habe und die nur den Gegnern willkommenes Material biete. Man solle sich bemühen, den Auseinandersetzungen einen kameradschaftlichen Ton zu geben.

In München referierten die Abgeordneten Timm und Müller. Letzterer konstatierte ausdrücklich, daß die Zustimmung zum Budget in erster Linie nicht von den Akademikern oder Fraktion, sondern von den Arbeitern angetrieben und sehr nachdrücklich befürwortet worden ist. Die Rechtfertigung der Abstimmung der Fraktion fand bei der Versammlung lebhaften Beifall. In der Diskussion, in der sich keine Gegner zum Wort meldeten, wurde erklärt, es hätte eine scharfe Kopfschüttel für die Fraktion gegeben, wenn sie diesmal nicht dem Budget zugestimmt hätte. Wegen 6 Stimmen wurde schließlich eine Resolution angenommen, die den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten die volle Anerkennung für ihre Tätigkeit während der Landtagsession ausdrückt. Die Versammlung begrüßt es, daß die Münchener sozialdemokratischen Abgeordneten unter strenger Beachtung der sozialdemokratischen Prinzipien das Interesse ihrer Wähler, der Gesamtpartei und des werktätigen Volkes wirksam, nachdrücklich und erfolgreich vertreten haben. In der Zustimmung zum Budget sieht die Versammlung die logische Konsequenz der Arbeit der sozialdemokratischen Abgeordneten. Die zwingenden, besonderen Gründe seien gegeben, die gemäß dem Lübecker Parteitagsbeschlusse eine Annahme des Budgets vollauf rechtfertigen.

Die Generalversammlung der Organisation des Wahlkreises Büllichau-Großschweibach delegierte den Kandidaten des Kreises, den Genossen Grauer-Berlin. Die Fragen des Kreises werden noch in bevorzugen Versammlung über eine eventuelle Delegation beschließen.

Bildungsbestrebungen.

Der Bildungsausschuß in Gera wird einen ständigen Unterrichtsleiter ins Leben rufen. Im kommenden Winterhalbjahr werden unterrichten: Genosse Drechsler: Naturwissenschaft, Genosse Fränkel: Sozialgeschichte, und Genosse Leben: Die politischen Parteien in Deutschland.

Der Kursus wird voraussichtlich am 12. Oktober beginnen und Mitte März 1909 beendet sein. Es sind wöchentlich 3 Stunden vorgesehen.

Jeder Teilnehmer soll in der Regel nur an einem der vorgesehenen Kurse teilnehmen; Ausnahmen sind nur im Einverständnis mit den Lehrern und dem Bildungsausschuß zulässig. Für den circa 15 bis 20 Stunden dauernden Kursus ist im voraus eine Mark zu entrichten. Mehr als 50 Personen können an einem Abend nicht teilnehmen. Auch jugendliche Mitglieder der Gewerkschaften sind zu den Kursen zugelassen. Ueber Zulassung der eingegangenen Meldungen entscheidet der Bildungsausschuß endgültig. Lehrblätter, die notwendig sind, stellt der Bildungsausschuß zur Verfügung.

Eine Verhöhnung der Partei.

Wir haben gestern den, gelinde gesagt, großen Unfug aufgedeckt, der von gewissen süddeutschen und auch einigen revisionistischen norddeutschen Blättern mit den wunderbaren archaischen Ausgrabungen des Genossen E. R. getrieben wird. Weil Genosse E. R. im Staub der sächsischen Parlamentarier die Entdeckung gemacht haben will, daß auch die sächsischen Genossen genossenschaftsmäßig für den Elal gestimmt hätten, soll auf einmal die Frage der Budgetbewilligung jede Bedeutung verloren haben. Sonderbar! Zwei Parteitage haben sich in der eingehendsten Weise mit dem Problem befaßt. Von beiden Seiten, nicht nur von der norddeutschen, sondern auch von der süddeutschen, sind alle erdenklichen Argumente für und wider ins Feld geführt worden. Von den süddeutschen Genossen standen keine geringeren als Vollmar und Grillenberger in der ersten Schlachtlinie. Sie vertreten ihre Auffassung von ihrem Standpunkte aus mit allen Gründen der Logik, mit aller Anwendung der durch die Parteigeschichte gegebenen Präzedenzfälle, mit allem Temperament. Und als sie trotzdem auf den Parteitagen in der Minderheit blieben, bewiesen sie, daß ihnen die Demokratie in Fleisch und Blut übergegangen war, und „sündigen“ hinfort nicht mehr.

Aber die Vollmar und Grillenberger waren bei alledem nur arme, selbige Schächer! Sie hatten, trotzdem Vollmar selbst im sächsischen Landtag gefesselt, keine Blasse Ahnung davon, daß gerade die in Frankfurt und Alzei so prinzipiell sich gebärdenden sächsischen Abgeordneten, die Geher und Webel, auf dieselbe Wahl der Sünder gehörten wie die Bayerischen und badiischen Budgetbewilliger. Es mußte erst der Genosse E. R. in der „Dresdener Arbeiterzeitung“ im Jahre 1908 kommen, um zu bemerken, daß die Sachsen, weil sie nicht immer gegen das Budget gestimmt haben, Fleisch vom Fleische der Bayerischen und badiischen Budgetbewilliger seien und alle Ursache hätten, sich mühsamäuschenstil in den finsternen Winkel zu verziehen. Denn E. R. machte ja die Entdeckung, daß das amtliche Protokoll wiederholt die einstimmige Annahme des Budgets registriert hatte. Daß das amtliche Protokoll einen bürokratischen Fehler begangen und das beabsichtigte Nein in ein Ja verwandelt haben könnte, dieser Gedanke kam dem regierungsgläubigen Genossen E. R. natürlich nicht einen Augenblick! Viel mehr mußten die Geher, Webel, Raden usw. — d. h. die Genossen, die 1894 und 1901 gegen die Budgetbewilligung angeknüpft hatten, in der verwichenen Klausur des sächsischen Abgeordnetenhauses derselben Sünde gestraft haben wie die von ihnen so scharf angegriffenen Bayern und Wadener! Selbst der Gedanke, daß dann die Vollmar und Grillenberger nicht nur, wie die Webel und Geher, kindische Quacksalber, sondern bemitleidenswert unwissende Taktiker gewesen wären, hinderte den Genossen E. R. nicht an der Ausstreuung seiner neuen „Wissenschaft“ für den süddeutschen Separatismus!

Aber es kommt noch besser: Die „Frankfurter Tagespost“, deren Chefredakteur, ein geborener Berliner und kaum jähriger Bayer, noch 1901 im „Vorwärts“ entschieden gegen die Budgetbewilligung Stellung genommen hatte, wird durch die Enthüllung des Genossen E. R. auf einmal dahin inspiriert, daß der ganze Streit um die Budgetbewilligung nur eine lächerliche Zeitverdröbelung des Rürnderger Parteitages, eine „Entwertung“ des Parteitages ist! Er hofft, daß nach der — durch Geher und Webel's Erklärungen für jeden ehrlichen und denkenden Genossen erledigten — „Entthüllung“ des Genossen E. R. nun die Budgetdebatte den Rürnderger Parteitag überhaupt nicht mehr beschäftigen, vielmehr schon vorher an ihrer eigenen Haltlosigkeit in sich zusammenbrechen werde! Er schreibt nämlich:

„Die „Münchener Post“, die sonst Sinn für Humor hat, erklärt gegenüber der „Tagespost“, der Sachsenfall sei durchaus nicht scherzhaft. Sie schreibt:

Kleines Feuilleton.

Feuersbrünste in Konstantinopel. Konstantinopel, das jetzt von einer so furchtbaren Feuersbrunst heimgesucht wurde, könnte man mit Zug die „Stadt der Brände“ nennen, denn ein in den engen Gassen unter den Holzhäusern sich ausbreitendes Feuer gehört zu den gewöhnlichsten Erscheinungen des nächtlichen Lebens. Eine so gewaltige Ausdehnung wie diesmal aber hat die Zerstörung durch das verderbende Element schon seit langem nicht angenommen, und sogar die wenigen antiken Monumente, die den Stürmen der Jahrhunderte noch widerstanden haben und mit ihren ehrwürdigen Trümmern auch gerade von den Feuersbrünsten der Antike und des Mittelalters Zeugnis ablegen, waren schwer gefährdet. Der letzte riesenbrand, der Konstantinopel in ein Feuermeer verwandelte und mehr als 6000 Häuser zu einem ungeheuren Trümmerhaufen zusammenwarf, brach in Pera am 5. Juni 1870 aus. Die gegenwärtige Folge dieses Unglücks war die Reorganisation der Konstantinopeler Feuerwehr, die unter der Leitung des Gründers der Budapest Feuerweh, des ungarischen Grafen Szegedy-Pasha nach europäischem Muster vorgenommen wurde. Das türkische Feuerwehregiment besteht gegenwärtig aus sechs Bataillonen mit zwei Obersten, einem Oberleutnant und vier Rajoren an der Spitze und befißt seit 1880 auch ein Marines-Bataillon. Daneben besteht aber auch noch die Einrichtung der alten aus dem Volke freiwillig zusammengedachten Löschkompanien, der sog. Tulumbadschis, denen ein Heer von Wasserträgern zur Seite steht. Es ist eines der interessantesten Schauplätze türkischen Lebens und Treibens, solch ein nächtlicher Brand in Konstantinopel; von vielen Reisenden ist es und beschrieben worden und einem jeden bietet es sich dar, der einige Zeit am Goldenen Horn weil. In die tiefe Dunkelheit der nächtlichen Gassen von Stambul, die im ersten Schreie liegen, flammt plötzlich ein unruhiges rotes Licht von einem der beiden Signalkörner, auf denen Tag und Nacht wachsame Augen die weiten Häusermassen überblicken; gleich darauf dröhnen dumpf verhallend die sieben Kanonenschüsse der Nachbatterie über den Bosporus. Weit aus der Ferne schallt ein einzelner Ruf, der verworren antwortet, und sich auf Bindesflügeln in einem wachsenden Drausen durch winnige Gassen und Gäßchen fortpflanzt: „Feuer! Feuer in Stambul!“ Unheimlich lebendiges Leben brandet plötzlich überall da, wo eben noch totes Schweigen geherrscht. Halbnahe Gestalten jagen wie geistesflüchtige Schatten an den Häuserreihen hin und vor ihnen her fliegt ihr einträubelndes, ihr geländes Schreien. Noch scheint alles ein Spul der Nacht, ein phantastischer Traum in der tiefen Ruhe, die sich Momente lang geheimnisvoll wieder über die Dächer lagert, nachdem der erste Arm der Signale wie die wilde Jagd vorüberfuhr. Da plötzlich löst eine Feuerfäule zum Himmel auf; blendender Lichtschein bricht sich in das Dunkel und ein glühendes, von Rauch umwogtes Flammenmeer scheint in den fahlgelbten Himmel hinauszuwachsen. Die gierige Feuerzunge leckt an dem trockenen hölzernen Gebälk der elenden Häuser und flackert pfeilschnell

Wir glauben auch einigen Sinn für Humor zu besitzen, meinen aber in dem Falle, daß die Tragik der Situation den unfreiwilligen Humor dieses hilflosen Erklärungsgestammel's (Geher's) verschlingt.

Denn krasser kann das System der bewußten brutalen Ungerechtigkeit gegenüber den süddeutschen Parteigenossen nicht der Öffentlichkeit erwiesen werden, als durch diese von den sich für radikal haltenden sächsischen und preussischen Parteorganen gebilligte Erklärung.

Wir verstehen es wohl, daß man über die neuerliche Parteibekämpfung die Geduld verliert, und daß einem manche Erscheinungen die Galle ins Blut treiben können. Dennoch möchten wir weder den Humor noch die Ruhe verlieren, um so weniger, als in der Sache selbst kein Zurückweichen möglich ist. Denn darüber sind sich doch hoffentlich die klugen Politiker, die diesen unreifen, parteischädigenden und parteitagstentierenden Lärm angefangen und organisiert haben, von vornherein klar gewesen!

Stehen die Dinge aber so, dann beweist die Absicht, den Rürnderger Parteitag zu weillässigen Debatten über eine völlig unveränderliche Sache zu verwenden, nur das eine, daß wir — trotz der wichtigen Tagesordnung — übermäßig viel überflüssige Zeit haben.

Also: Zwei Parteitage haben sich in ernsthaftester Weise über die Frage der Budgetbewilligung ausgesprochen, haben in aller Form durch eine Resolution Richtlinien für die Gesamtpartei geschaffen —

die erfahrensten Genossen diesseits und jenseits des Rheins haben sich an diesen Debatten und Beschlüssen beteiligt — infolge der neuerlichen Budgetbewilligungen hat sich in der ganzen Parteipresse der ernsthafteste Meinungsaustausch über die Frage der Budgetbewilligung entsponnen — und trotzdem: Weil der Genosse E. R. in der „Dresdener Volkszeitung“ ein paar absolut beweislose Regierungsprotokolle ausgegraben hat, soll nunmehr die Diskussion über die Frage der Budgetbewilligung überflüssig, lächerlich und dazu angetan sein, den Rürnderger Parteitag zu „entwerten“!

Wenn die Lächerlichkeit einen Menschen töten könnte, müßte sie unbedingt den politisch abnungslosen Feuilletonisten, der durch seine Äußerungen schon seit Wochen jede ernsthafte Parteibekämpfung zur grotesken Kaprioleschneiderei herabzuwürdigen sucht, tödlich treffen!

Oder kann es etwas unerhört Lächerlicheres geben, als daß ein Mann, der, kaum seit Jahresfrist in Bayern tätig und 1901 noch prinzipieller Gegner der Budgetbewilligung, jetzt nach Aufwirbeln einer geflüsterten, jede Klarheit verhallenden Altesstaubwolke, erklärt, alle früheren und alle künftigen Debatten seien lächerlich, überflüssig, parteienwürdig, weil... durch die angebliche Abstimmung der sächsischen Abgeordneten diese Frage längst für die Partei entschieden sei!!!

Daß dieser „bayerische Piesel“, wie ihn in berechtigter Verspottung die „Leipziger Volkszeitung“ genannt hat, zugleich die Stellungnahme der süddeutschen Fraktion für „unabänderlich“ erklärt, wie auch der Parteitag zu den kritischen Fragen Stellung nehmen möge, krönt nur die unerhörte Lächerlichkeit dieses Wortführers angeblich süddeutscher Anschauungen!

Wir schämen unsere süddeutschen Genossen denn doch zu hoch ein, als daß sie auf das Niveau dieser unsäglichen Soc.-Politik herabzusinken vermöchten!

12. Parteitag der Sozialdemokratie Pommerns.

Röseln, 23. August.

Heute traten hier die Delegierten der pommerschen Sozialdemokratie zu ihrer 12. Tagung zusammen. Die 14 Wahlkreise der Provinz sind durch 85 Delegierte vertreten; im ganzen sind 74 Genossen anwesend. Der sich auf zwei Jahre erstreckende Tätigkeits-

berichts der Agitationskommission liegt gedruckt vor. Wenn auch nicht über so gewaltige Fortschritte berichtet werden kann, wie auf dem letzten Parteitag, so ist doch jetzt eine gewisse Stabilisierung eingetreten. Die Zahl der politisch organisierten liegt von 4895 auf 6908. Im Jahre 1906 waren 8,3 Proz. der sozialdemokratischen Wähler von 1903 organisiert, jetzt sind es 11,4 Proz. der Wähler von 1907, die Zahl der Parteivereine erhöhte sich von 68 auf 83.

Die Finanzverhältnisse haben eine Besserung erfahren. An den Parteivorstand führten sämtliche 14 Kreisvereine in der Berichtszeit 6251,67 M. ab gegen 1735,73 M. in den beiden vorhergehenden Jahren. Der Agitationskommission konnten 4802,69 M. (943.— M.) zugeführt werden. Der monatliche Beitrag beträgt 30 Pf., nur in Stettin werden bereits seit zwei Jahren 30 Pf. erhoben.

Der Mangel jeglicher Lokale in einzelnen Kreisen bildete in der Agitation ein großes Hemmnis. Infolge dieses Umstandes und mangelnder Kräfte müssen viele Wahlkreise vom Stettiner Sekretariat aus betreut werden. Der pommersche Volkskalender wurde in 287 000 Exemplaren verbreitet. „Der Pommere“, der alle zwei Monate erscheint und unentgeltlich abgegeben wird, wird in Höhe von 10 000 Exemplaren an 888 Orte versandt. Der Wahlkreis Randow-Breilowen gibt seit einem Jahre ebenfalls eine Agitationschrift „Der Sozialdemokrat“ zweimonatlich heraus, die bisher in im ganzen 125 000 Exemplaren verbreitet wurde. An Agitationsprospüren wurden insgesamt 71 000 Stück und an Flugblättern 558 500 Exemplare verbreitet. Auch den Wahlkreisleitungen wurden geeignete Schriften zur Verfügung gestellt. Außer Sitzungen und Konferenzen wurden 851 öffentliche und 890 Wahlvereinsversammlungen abgehalten. Verschiedenen Orten wurden Bücher und ganze Bibliotheken mit 725 Bänden zur Verfügung gestellt.

In 824 Häusern wurden durch den Sekretär, Genossen Horn, Rechtsauskünfte erteilt und die notwendigen Schriftsätze angefertigt. Die Reichstagswahl 1907 erforderte 543 000 Flugblätter, 815 000 Stimmzettel und 157 Verammlungen. Ferner wurden 61 000 Exemplare des „Pommere“, 2000 „Kaufmännische“, 30 000 Flugblätter an die Frauen und Mädchen verbreitet. Trotz aller gegnerischen Machinationen und besonders der schamlosen Agitation des Reichstagsverbandes stieg die Stimmzahl der Partei von 58 858 auf 60 510. Stimmverluste waren leider in vier Wahlkreisen zu verzeichnen, ebenso der Verlust der beiden Mandate. Die Gesamtkosten der Wahl betrugen 25 441,85 M., der Zuschuß des Parteivorstandes 12 000 M.

Die Wahlrechtsbewegung wurde durch eine erhebliche Zahl gutbesuchter Versammlungen entsprechend gefördert. Ihre Fortsetzung waren die Landtagswahlen, an welchen sich leider infolge der traurigen Verhältnisse nur die größeren Orte von sieben Wahlkreisen beteiligen konnten. Trotzdem ist gegen die letzte Wahl ein Fortschritt zu verzeichnen. Ein genaues Resultat war infolgedessen noch nicht festzustellen. In den 4625,34 M. betragenden Kosten der Wahl leistete der Parteivorstand eine Beihilfe von 1000 M.

Während die Verteilung an der Waisefer 1907 noch eine gute war, ist in diesem Jahre ein nicht unerheblicher Rückgang zu verzeichnen. Der Bericht führt das darauf zurück, daß durch die zu späte Veröffentlichung der Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Generalkommission Verwirrung entstanden sei; ferner habe auch die Krise die Arbeitsruhe beeinträchtigt.

Die Presse, die von Verfolgungen nicht verschont wurde, hat den allgemeinen Fortschritt nicht mitgemacht. Zwar ist die Zahl der Abonnenten des „Volksboten“ gewachsen, dafür aber sind die Einnahmen aus dem Inseratengeschäft zurückgegangen. Infolgedessen mußte sich eine Verminderung des Redaktionsstabes, der erst am 1. Oktober 1908 auf drei Mann verstärkt worden war, auf zwei Mann notwendig machen. Der Plan, die Druckerei in Parteieigentum zu überführen, wozu man sich allgemein eine Verstärkung des Parteigeschäftes verspricht, wird den Parteitag beschäftigen.

Die Gemeindeverträterwahlen brachten der Partei erfreuliche Erfolge. Der Bericht verzeichnet 89 sozialdemokratische Vertreter in 14 Orten.

Von der Frauen- wie der Jugendbewegung sagt der Bericht, daß die Erfolge leider nicht den Erwartungen entsprechen haben.

Der Sonntagabend war der Konstituierung des Parteitages gewidmet. Die sachlichen Verhandlungen beginnen am Montag.

Der Name stammt nämlich von dem Samen des Johannesbrotbaums, der in Afrika vor Alters dazu benutzt wurde, Gold abzuwägen und in Ostindien einen ähnlichen Gebrauch bei der Wägung von Diamanten fand. Wie alle alten Maße ist dies Gewicht erheblichen Schwankungen unterworfen, indem die einzelnen Länder es nicht in gleicher Höhe angenommen haben. Die unterschiedlichen schwankten allerdings meist nur zwischen 205 und 208 Milligramm, gaben aber doch zu Unregelmäßigkeiten Anlaß, so daß man sich beim Diamantenhandel auf einen bestimmten Betrag geeinigt hat. Noch jetzt aber ist das Karat eine unständliche Einheit, und es ist durchaus zeitgemäß, daß es einer Reform unterworfen werden soll. So hat die internationale Konferenz für Maße und Gewichte in Paris im Oktober vorigen Jahres einstimmig beschlossen, als Normalgewicht für Diamanten und andere Edelsteine die allgemeine Annahme eines metrischen Karats von 200 Milligramm zu beschließen. Der Vorschlag hat namentlich in Deutschland, Frankreich, Spanien und Belgien eine sehr günstige Aufnahme gefunden, aber es war zu erwarten, daß man in England, wo ja Fuß und Zoll und die halben- und Viertel-Grade hartnäckig festgehalten werden, anderer Meinung sein werde. In der Tat haben sich einige bedeutende englische Diamantenhändler auf eine Anfrage seitens des dortigen Handelsministeriums mit solcher Energie dagegen ausgesprochen, daß die englische Regierung vorläufig keine weiteren Schritte in der Sache unternehmen wird. Schließlich dürfte aber die Einführung des neuen Maßes in allen Ländern einen Druck auch auf England ausüben. Das französische Ministerium hat bereits einen Gesetzentwurf des metrischen Karats ausgearbeitet, und zwar soll danach das einfache Karat als Gewichtseinheit in der bisherigen Bedeutung verboten werden. Die englische Stellungnahme hat übrigens auch in Indien Anstoß erregt, da die Handelskammer in Bombay sich gleichfalls für die Vereinbarung eines internationalen Karats ausgesprochen hat.

Humor und Satire.

— Kesslich. „Sie desklamieren: Diesen Gruß der ganzen Welt — es muß doch heißen: Diesen Ruf der ganzen Welt!“

— „Ja, meine Frau sah doch im Saale!“

— Deploziert. „Kunnt Du den Herren näher, der Dir beim Fußballspiel die Zähne eingeklemmt hat?“

— „Freilich! Mit dem steche ich auf freundschaftlichem Fuße!“

— Kervös. Bäuerin (in der Sommerfrische): „Das ist 'mal a nervöse Dame, die wir jetzt bei uns wohnen haben; die ärgert sich über jede Wanze, die an der Wand kriecht!“

— Kein Wunder. „Warum ist der Diurnist Gungerte wohl an Größendahn erkant?“ — „Er erhielt neulich einen Expressbrief.“ (Wegendorfer Blätter.)

Notizen.

— Der französische Physiker Henri Becquerel, der Entdecker der nach ihm benannten Becquerel-Strahlen, ist im Alter von nicht ganz 56 Jahren gestorben.

Das neue Karat. Das Karat, das am häufigsten als Gewichtseinheit für Diamanten, aber auch für andere Edelsteine, schließlich auch, als eine Stadtbezeichnung für die Feinheit des Goldes gebraucht wird, hat eine merkwürdige Geschichte. Der

Wie Arbeiterschutzbestimmungen zutage kommen.

Das ziemlich häufige Vorkommen von Milzbrandkrankungen bei den in Hochhaarpinnereien, Haar- und Borstenzurichtereien und Pinsel- und Bürstenfabriken beschäftigten Personen und das Verlangen der Arbeitervertreter im Reichstage um Einführung des Desinfektionszwanges haben den Bundesrat veranlaßt, am 28. Januar 1899 denselben für die in diesen Betrieben verwendeten Haare und Borsten und Schutzbestimmungen für die damit beschäftigten Personen auf Grund der Ermittlungen des R.-G.-A. (Reichsgesundheitsamtes) zu erlassen. Zwar wurde durch die vorgeschriebenen Desinfektionsverfahren nicht die vollständige Verhütung von Milzbrandkrankungen erreicht, da man keine so intensive Einwirkung des strömenden Wasserdampfes vorschrieb, durch eine Zusatzbestimmung vom 22. Oktober 1902 wurde auch für verarbeitetes Biegenhaar der Desinfektionszwang eingeführt.

Für die in Gerbereien, Fell- und Häutellagern beschäftigten Arbeiter wurde aber, obwohl sie nicht weniger von Milzbrandinfektionen betroffen werden, von den Inhabern dieser Betriebe ein wirksamer Desinfektionszwang ihres Arbeitsmaterials sowie die Einführung wirksamer Schutzbestimmungen für ihre Arbeiter durch allerlei Schwierigkeiten bisher gehindert, die schließlich, wie nachstehende Daten zeigen, nur mit größter Resignation seitens des R.-G.-A. (Reichsgesundheitsamtes) und des R.-G.-A. (Reichsgesundheitsamtes) endlich in sehr beschränktem Umfange in den dieserhalb mit dem Vorstände der Leder-Verufsgenossenschaft gepflogenen Verhandlungen angenommen.

Schon am 18. April 1891 war im „Deutschen Reichsanzeiger“ Nr. 92 eine vom R.-G.-A. verfaßte „Belehrung über Gesundheitschädigungen durch den Verkehr mit ausländischen Rohhäuten“ erschienen. Da dieselben aber keine verpflichtende behördlichen Bestimmungen, sondern nur Vorschläge und Ratsschlüsse enthielten, so hatten sie keine bemerkbare Wirkung. Ende 1901 ersuchte das R.-G.-A. die Lederindustrie-Verufsgenossenschaft um eine Äußerung, ob sie die Aufnahme bestimmter Bestimmungen über die Behandlung der felle milzbrandkranker Schafe in die Unfallverhütungsvorschriften beabsichtige. Die Genossenschaft verneinte darauf die Notwendigkeit und Nützlichkeit solcher Bestimmungen. Die Milzbrandkrankungen nahmen nicht ab. Das wurde z. B. in einer Bekanntmachung des Hamburger Medizinalkollegiums vom 26. Juni 1902 und in dem Rundschreiben der anhaltischen Regierung, Abteilung des Innern, vom 7. August 1902 anerkannt.

Mitte 1902 sah sich das R.-G.-A. genötigt, dem Vorstände der Verufsgenossenschaft unter Hinweis auf zahlreiche, namentlich in Kirchheim, Bezirk Frankfurt a. D., vorgekommene Milzbrandfälle zu erklären, daß eine Ergänzung der Unfallverhütungsvorschriften dringend notwendig sei. Nun wurden die technischen Aufsichtsbeamten der Verufsgenossenschaft vom Vorstände um geeignete Vorschläge zur Ergänzung der bestehenden Unfallverhütungsvorschriften ersucht. Infolge dessen reichte der technische Aufsichtsbeamte Meyer im Oktober 1902 einen Entwurf ein, der sich im wesentlichen an eine Verordnung des Regierungspräsidenten von Schleswig-Holstein anlehnte und für die Bearbeitung trockener ausländischer Häute sowie inländischer Schaf- und Ziegenfelle Geltung haben sollte.

Am 22. November 1902 veröffentlichte das R.-G.-A. im „Reichsanzeiger“ Nr. 276 noch eine neu bearbeitete „Belehrung über die Gesundheitschädigungen durch Häute“. Aber da auch sie nur in Ratsschlüssen bestanden, blieben sie ebenfalls ohne Wirkung.

Im Dezember 1902 wurde dem R.-G.-A. der Mörscher Entwurf vom Vorstände vorgelegt, in dem aber eine Beschränkung der Bestimmungen auf ausländische Felle und Häute vorgeschlagen wurde. Das R.-G.-A. erklärte sich hierauf mit dem Entwurf im allgemeinen einverstanden, verlangte aber seine Ausdehnung auch auf inländische Schaf- und Ziegenfelle, da tatsächlich auch bei Bearbeitung solcher inländischen Felle Milzbrandvergiftungen vorgekommen waren.

Der Vorstand der Verufsgenossenschaft erörterte in seiner Sitzung vom 27. Juni 1903 die Angelegenheit „eingehend“, wie er in seinem Bericht sagt, und gab nach mehrfachen Sitzungen Ende September 1903 dem R.-G.-A. Kenntnis, daß dem Mörscher Entwurf mit einigen Änderungen zugestimmt sei. Das R.-G.-A. veranlaßte nunmehr die Anhörung der eingetragenen Verufvereine, namentlich des Zentralvereins der deutschen Lederindustrie, und legte dem Entwurf dem Staatssekretär des Innern vor, der auch das Reichsgesundheitsamt zu einer Begutachtung desselben heranzog.

Im Mai 1906 fand dann auf Veranlassung des R.-G.-A. eine Beratung mit Vertretern des R.-G.-A. unter Teilnahme eines Vertreters der Leder-Verufsgenossenschaft statt. Den aus dieser Beratung hervorgegangenen Entwurf übersandte dann das R.-G.-A. der Verufsgenossenschaft zur eventuellen Einleitung des in § 113 des Unfallversicherungsgesetzes vorgeschriebenen Verfahrens (Einholung gutachtlicher Äußerungen der Sektionen und Beratung mit Arbeitervertretern).

Die Sektionen waren mit dem ihnen vorgelegten Entwurf größtenteils nicht einverstanden. Nach den von ihnen eingehenden Äußerungen erschien eine nochmalige mündliche Beratung im Genossenschaftsvorstande wünschenswert. Inzwischen wurden aber die nach dem 1. Januar 1906 aus Gerbereien zur Anzeige gekommenen Milzbrandvergiftungen statistische Ermittlungen angestellt. Auf Grund derselben gelangte der Genossenschaftsvorstand zu der Ansicht, daß der Betrieb der Gerbereien und Lederfabriken durch die Sicherheitsvorschriften erschwert und die Unternehmer, namentlich die kleineren, in unendlicher Weise belästigt würden. Die wirksamsten Maßnahmen seien in der Belehrung der Unternehmer und Arbeiter über die bestehende Milzbrandgefahr und in einer rechtzeitigen und sachgemäßen Heilbehandlung zu erblicken.

Von dieser grundsätzlichen Stellungnahme gab der Genossenschaftsvorstand dem R.-G.-A. Kenntnis, veröffentlichte sie auch in der Presse und legte sie den Unternehmerorganisationen vor. Die Bedeutung der letzteren, der Zentralverein der deutschen Lederindustriellen, setzte die Angelegenheit auf die Tagesordnung seiner Hauptversammlung, die 1907 in Hamburg abgehalten wurde. Hier wurde eine Resolution angenommen, dahingehend, daß die Verhältnisse bei der Milzbrandkrankung noch nicht spruchreif seien. Man wisse trotz dauernder Beobachtung noch nicht endgültig, bei welcher Arbeit die Milzbrandkrankung hauptsächlich eintritt. Infolgedessen ersuche man das R.-G.-A., eine Vorschrift erlassen werden, in Verbindung mit dem R.-G.-A. festzustellen, bei welcher Arbeit die Vergiftung eintritt, und dabei namentlich die Verhältnisse zu berücksichtigen, die nach dem verschiedenen Verlaufe der Heilbehandlung der Milzbrandkrankungen aufzuweisen gehabt haben, die Frage nicht mehr ein so ernstes Gesicht habe wie früher! Wenn Unfallverhütungsvorschriften erlassen werden, so sei man im Prinzip nicht dagegen, man mühte sich aber gegen eine Reihe Einzelheiten des vorliegenden Entwurfes erklären, so gegen die Vorschrift der Trennung der Lager von den Wohnräumen, die in kleineren Betrieben undurchführbar sei; aus demselben Grunde gegen den vorgeschriebenen festen Fußboden, ferner gegen die Bestimmung, daß den Arbeitern Arbeitsanzüge und Schutzlappen geliefert werden sollen, also auch von den Arbeitern angelegt werden sollen, denn sie würden die Arbeiter bei der Arbeit nur hindern.

Der Präsident des R.-G.-A. lud zum 4. Januar 1908 den Genossenschaftsvorstand zu einer neuen Konferenz ein, zu der auch ein Vertreter des R.-G.-A. zugezogen war. Hier legte der Genossenschaftsvorstand einen neuen Entwurf vor, in dem er im Einverständnis mit den Sektionen im wesentlichen nur folgende Gesichtspunkte berückichtigte: 1. Belehrung der Betriebsunternehmer und Arbeiter über Milzbrandgefahr durch eine vom R.-G.-A. unter Anhörung der Verufsgenossenschaft aufzustellende Anleitung, 2. Anbringen von Aushängen in den Wohnräumen über Entstehung und Bekämpfung der Milzbrandvergiftungen nach Analogie

eines englischen Plakates, das den Mitgliedern der Verufsgenossenschaft zur Verfügung gestellt werde, 3. Zurückhaltung solcher Arbeiter, die wunde Hautstellen haben, von Arbeiten, die eine Ansteckungsgefahr bieten, 4. sofortige Verbringung jedes milzbrandverdächtigen Arbeiters in das nächstgelegene Krankenhaus. Daneben wurden einige Bestimmungen des vorherigen Entwurfes, denen eine gewisse vorbeugende Wirkung beigelegt wurde und deren Durchführung möglich sei, beibehalten, besonders über verschließbare Lagerräume, vorsichtige Behandlung der Häute und Felle, Wascheinrichtung und abgeforderten Speiseraum.

Bei der 3 1/2 stündigen Besprechung der Angelegenheit kam die Konferenz schließlich wieder zu der Ueberzeugung, daß die vorliegende Frage noch nicht genügend geklärt sei, um der Industrie sie besonders belastende und in ihren Wirkungen zweifelhaftere Bestimmungen aufzuerlegen. Man stellte sich daher auf den Boden des neuen Entwurfes der Verufsgenossenschaft, der nur in einigen wenigen Punkten kleine Änderungen erfuhr. Die Vorschriften sollten aber nur auf 3 Jahre erlassen werden, und es sollte nach dieser Zeit auf Grund der inzwischen zu machenden Feststellungen eine Durchsicht der Vorschriften stattfinden. Die Vorschriften des neuen Entwurfes, die sich übrigens nicht, entsprechend dem Vorschlage der Verufsgenossenschaft, als spezielle Vorschriften, sondern als ein Nachtrag zu den allgemeinen Unfallverhütungsvorschriften darstellen sollten, wurden inwischen den Sektionsvorständen zur Begutachtung nach § 113 des Gesetzes übermittelt. Auch wurden die Sektionen um die Auswahl der Krankenhäuser, die sich zur Behandlung der Milzbrandkranken besonders eignen und denen jeder Milzbrandkranke alsbald zu überweisen sei, ersucht. Ferner wurde wegen Ausarbeitung eines Plakates und Belehrung der Arbeiter über Milzbrand das Erforderliche (!) veranlaßt, der Entwurf auch durch die Fachblätter zur Kenntnis der Mitglieder gebracht und diese ersucht, etwaige Wünsche in bezug auf die Fassung dem Genossenschaftsvorstande mitzuteilen.

Dieser Entwurf kam dann in der Verufsgenossenschaftsammlung am 22. Mai 1908 in Eisenach zur Beratung. Hier teilte der Vorsitzende zunächst mit, daß in der Konferenz, die am 4. Januar 1908 im R.-G.-A. stattfand, eine Einigung mit der Aufsichtsbehörde dahin erzielt worden sei, daß auch den Bedenken der Verufsgenossenschaft hinsichtlich der Einrichtung der Lagerräume sowie deren Reinigung und Desinfektion Rechnung getragen sei. In der gemeinsamen Beratung des Entwurfes durch den Verufsgenossenschaftsvorstand und die gewählten Arbeitervertreter (die mit besonderen Anträgen nicht durchdrangen und sie zurückzogen) habe man sich ebenfalls über den Entwurf vollständig geeinigt. (Die Auslassungen der Arbeitervertreter selbst werden aber mit keinem Worte erwähnt.) Dann wurden die einzelnen Paragraphen des Entwurfes besprochen: Im Titel und in den einzelnen Paragraphen soll vor dem Wort „Ziegenfell“ das Wort „roh“ und statt des Wortes „Häute“ das Wort „Rohhäute“ gesetzt werden (wodurch viele Ziegenfelle und Häute von den Bestimmungen ausgeschaltet werden). Von der beantragten Einschaltung der Worte „nach Möglichkeit“ vor „in besonders verschließbaren Lagerräumen“ wird abgesehen, nachdem der Vorsitzende einfach erklärte, daß man gar keine besonderen Lagerräume einrichten, sondern nur einen verschließbaren Lattenverschlag von dem allgemeinen Verkehrsraum abzusondern braucht. Ebenso erklärte der Vorsitzende eine Streichung des Satzes „sie (die Häute) dürfen insbesondere unnötigen Erschütterungen nicht ausgesetzt werden“, für nicht nötig. Denn Manipulationen beim Umlagern und Transport fielen nicht unter diese Bestimmung.

So wußte man, nachdem andere unbequeme Bestimmungen schon vorher aus dem Entwurf ferngehalten waren, die Zustimmung auch der Inhaber der kleineren Betriebe zu der neuen Fassung des Entwurfes zu erhalten und damit zugleich die Zustimmung des R.-G.-A. zu erlangen, sondern auch den Beifall des Zentralvereins der deutschen Lederindustrie, der nun in seinem Geschäftsbericht für 1907 schrieb: „Wir können in dieser Frage einen Erfolg des Zentralvereins insofern feststellen, als wenn wir nicht eingegriffen hätten, wahrscheinlich Vorschriften zur Einführung gelangt wären, die die lederindustriellen Betriebe, soweit sie rohe Schaf- und Ziegenfelle sowie trockene ausländische Rohhäute verarbeiten, stark belastet haben würden, ohne daß den Arbeitern mehr Vorteile daraus erwachsen wären als aus dem jetzt festgelegten Entwurf.“

Ob die Arbeiter von diesem durch das Verhalten der Verufsgenossenschaft und des Eingreifens des Zentralvereins so eingeschränkten Entwurf der Unfallverhütungsvorschriften einen Vorteil, d. h. eine Abnahme ihrer Unfälle und der Milzbrandinfektionen erfahren werden, das muß erst die Zukunft lehren. Aber die hier in möglichst kurzer Wiederbegebenheit, länger als sieben Jahre eine notwendige Verordnung hinsichtlich der Einwendungen, Einschränkungen und Abschwächungen der Arbeitgebervereinigungen zeigen, mit welcher Hartnäckigkeit diese jede Verbesserung der Lage der Arbeiter hinzuhalten und zu kürzen suchen und wie richtig das von einem Regierungsvertreter ausgesprochene Wort war: „wir arbeiten ja doch nur für Sie“.

Internationale Schneider-Konferenz.

Frankfurt a. M., 24. Aug.

Im Anschluß an den Verbandstag der Schneider wurde heute früh die 6. internationale Schneiderkonferenz eröffnet. Anwesend sind 28 Delegierte, und zwar von Deutschland 19, Amerika 1, Dänemark 1, England 3, Oesterreich 1, Schweiz 1, Ungarn 1 und Holland 1.

Der internationale Sekretär, Stühmer, Berlin, gab zunächst eine Uebersicht über die Entstehung und Entwicklung der internationalen Verbindungen und einen kurzen Bericht über seine Tätigkeit. Die erste internationale Konferenz fand gelegentlich des internationalen Arbeiterkongresses am 8. August 1893 in Zürich statt. Dort wurde beschlossen, daß jedes Land einen Korrespondenten ernenne, die miteinander in Verbindung treten sollen. Aber schon auf dem zweiten Kongreß, der 1896 in London stattfand, sah man die Notwendigkeit der Errichtung eines Sekretariats ein und wurde die Genossin Maria Petlin als Sekretärin eingesetzt. Im Jahre 1900 übernahm dann Stühmer dieses Amt. Die Verbindungen mit den einzelnen Ländern sind enger geworden und heute dem Sekretariat 11 Länder angeschlossen. Amerika hat sich bereit erklärt, sich ebenfalls anzuschließen. Für die reisenden Kollegen ist durch die Gegenseitigkeit der Unterstützung manche Verbesserung geschaffen worden. Die Vereinheitlichung der Mitgliedsbücher, Beitragsmarken usw. hat in den letzten Jahren weitere Fortschritte gemacht, so daß die Bücher beim Uebertreten der Landesgrenze in den meisten Ländern nicht mehr umgetauscht werden brauchen. Seitdem die internationalen Verbindungen bestehen, sind Streikbrecher aus anderen Ländern in Deutschland seltener geworden. Auch hatten die Verbindungen zur Folge, daß die Arbeitgeberverbände ebenfalls suchen, internationalen Beziehungen anzuknüpfen. — Der Massenbericht des Sekretariats schließt bei einem Bestand von 2800 M. mit 2440,81 M. Einnahmen und 140,81 Ausgaben ab.

Ein mündlicher Bericht über die Organisationsverhältnisse in den einzelnen Ländern

wird nicht erstattet, sondern auf die vorliegenden gedruckten Berichte verwiesen. Der Dänische Schneiderverband zählt 3293 Mitglieder (davon 1000 Frauen). In den Städten sind fast alle Kollegen organisiert und wird nirgends mit Unorganisierten zusammengearbeitet. Der wöchentliche Beitrag der Mitglieder ist 40 Öere für Männer und 18 Öere für Frauen. (40 Öere sind 45 Pf.) Der Verband besitzt ein Vermögen von 76 000 Kronen.

Der Bericht des Englischen Schneider- und Schneiderinnenverbandes gibt eine ausführliche Schilderung der Schneiderbewegung in England seit den frühesten Jahren. Schon vor 200 Jahren sollen die Schneider Englands in einer Anzahl lokaler Organisationen vereinigt gewesen sein, die bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen erstrebten. Im Jahre 1866 wurde auf einem

Kongreß von lokalen Vereinen der Zentralverband (Amalgamated Society of Tailors) gegründet und am Ende dieses Jahres zählte der Verband schon 11 327 Mitglieder in 190 Filialen. Diese Mitgliederzahl hielt aber nicht an. Der große Londoner Schneiderstreik, der vom April 1867 bis April 1868 dauerte und mit einer vollständigen Niederlage für die Arbeiter endigte, hatte einen Mitglieder-rückgang bis auf rund 4000 zur Folge. Ein Grund dieses Mitglieder-schwunds war mit die Ausschreibung von Extrabeiträgen bis zu 4,50 Mark pro Woche. Die Mitgliederzahl stieg dann in den nächsten vier Jahren bis auf 12 000. Von da blieb die Mitgliederzahl stabil. Sie erreichte im August 1906 mit 22 000 ihren Höhepunkt und fiel dann wieder um Tausende; Ende 1907 betrug sie 13 842, bei über 300 Filialen.

In Frankreich zählte der Verband am 15. Mai 1908 nur 1560 Mitglieder mit 30 angeschlossenen Filialen. Es sei sehr schwer, in der Bekleidungsindustrie die Arbeiter und namentlich die Heimarbeitler zu organisieren. Die Auflage der Fachzeitung betragt sich zwischen 2300 bis 2400 Exemplaren gegen 1700 im Jahre 1906. Der Jahresbeitrag ist auf 1,20 Frank (gleich 1 M.) festgesetzt.

Der Allgemeine Kleidermacherverband in Holland wurde im Jahre 1896 gegründet. In der Bekleidungsindustrie sind zirka 60 000 Personen beschäftigt. Der Verband zählte aber nur rund 600 Mitglieder.

Der Verband der Schneider und Schneiderinnen für Bosnien und Herzegowina zählt 250 Mitglieder.

Der Oesterreichische Schneiderverband wurde 1895 gegründet, doch war er anfangs nur ein Bindeglied zwischen verschiedenen selbständigen Fachvereinen. Der Verband hatte mit großen Schwierigkeiten, besonders sprachlicher Natur, zu kämpfen. Der Verbandsvorstand war bemüht, daß allen berechtigten Forderungen und Forderungen der einzelnen Nationen entsprochen werde. Dadurch ist es gelungen, die einheitliche Form zu erhalten. Die Gesamteinnahmen betragen 1907 142 193 Kronen, die Ausgaben 156 572 Kronen und das Vermögen 85 624 Kronen. Die Mitgliederzahl betrug Ende 1907 7223.

Der Ungarische Schneiderfachverein zählte 1907 5456 Mitglieder, davon 760 Frauen. Er hat in verschiedenen Städten des Landes 47 Kollektivverträge, die sich auf 12 250 Arbeiter erstrecken, abgeschlossen. Obwohl die Gewerkschaften in Ungarn an der Inzenerierung von Streiks nicht teilnehmen, keine Streikfonds sammeln und keine Streikenden unterstützen dürfen, fanden 1907 im Verufe doch 47 Streiks und 4 Aussperrungen statt, an denen 2396 Arbeiter teilnahmen. Den Streikfonds sammelt an Stelle des Verbandes das Fachblatt, das juristisch Eigentum einer Person ist. Die Lohnbewegungen sind aus diesem Grunde in Ungarn sehr schwer zu führen und ist deshalb eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse viel schwerer zu erreichen als im Westen Europas. Es geht aber auch hier vorwärts.

In der Schweiz sind ungefähr 6—7000 männliche und 20 000 weibliche Personen im Schneidergewerbe tätig. Von diesen sind zirka 2150 im Schweizerischen Schneiderverband organisiert.

Die Unterstützung bei Streiks

wird durch folgende Resolution geregelt:

„Die auf dem Internationalen Schneiderkongreß versammelten Delegierten der verschiedenen Länder versprechen, dafür einzutreten, daß bei allen größeren Streiks und Aussperrungen gegenfeindliche finanzielle wie moralische Unterstützung erfolgt sowie nach Kräften dafür sorgen zu wollen, daß der Bezug während eines Streiks oder einer Aussperrung von dem davon betroffenen Lande ferngehalten wird. Die Delegierten erwarten von den Kollegen aller Länder, sich die Beschlüsse zu eigen zu machen und verlangen, daß sie sich bei etwa ausbrechenden Streiks oder Aussperrungen sofort mit dem internationalen Sekretär in Verbindung setzen, damit die notwendigen Schritte eingeleitet werden können.“

Der Punkt Regelung des Gegenseitigkeitsverhältnisses bei den Unterstützungsbeziehungen nimmt einen sehr breiten Raum der Verhandlungen ein.

Man einigte sich schließlich auf folgende Resolution: „Der Internationale Kongreß der Schneider in Frankfurt am Main 1908 bringt folgende Regelung der gegenseitigen Unterstützungen in Vorschlag: Unterstützungen werden nur den Mitgliedern der dem Internationalen Sekretariat angeschlossenen Organisationen gewährt. Reise- und Streikunterstützung sind sofort beim Uebertreten zu gewähren. Alle anderen Unterstützungen sind nach einjähriger Karenzzeit nach den statistischen Bestimmungen des betreffenden Landes zu zahlen. Ins Ausland reisende Mitglieder sind verpflichtet, sich ordnungsgemäß ab- und bei der Ankunft sofort anzumelden.“

Die schon früher festgesetzten Bestimmungen für das Sekretariat werden erneuert. Als Sekretär wird Stühmer-Deutschland wiedergewählt. Die nächste Konferenz soll 1912 laien.

Damit sind die Arbeiten der Konferenz, auf der 87 915 organisierte Schneider (von Deutschland allein 40 744) vertreten sind, erledigt. Vorsitzender Stühmer schließt sie mit einem Hoch auf die internationale Schneiderbewegung.

Soziales.

Menschenopfer im Bergbau.

Das neuerliche große Grubenunglück auf der fälalischen Grube „Dudweiler“ im Saargebiet hat die öffentliche Aufmerksamkeit wieder auf die Berufsgesundheit des Bergmannes gelenkt. Sie sind trotz der gegenteiligen Versicherungen nicht geringer, sondern größer geworden. Das schon herausgegebene 1. Heft der Zeitschrift für Bergbau, Salinen- und Hüttenwesen bringt für unseren Bergarbeiterschutz sehr ungünstig zeugende Zahlen. Noch in keinem Jahre waren die vom Bergbau Preußens geforderten Menschenopfer so zahlreich wie 1907. In diesem Jahre sind 1473 Bergarbeiter direkt getötet worden; über 400 mehr wie jährlich während der unglücksreichen Periode 1901/051. Relativ erhebt sich 1907 die bergmännische Totenziffer über die weitaus meisten Jahresdurchschnittsziffern seit 1861. Von 1000 Einwickeln, Braunkohlen-, Erz- und Salzbergleuten in Preußen verunglückten tödlich

1861—1896	2167	1891—1900	2185
1867—1880	2465	1901—1905	1861
1881—1890	2455	1907	2247

Eine wesentliche Verringerung der Todesfälle im Laufe der letzten 4 Jahrzehnte ist also nicht zu konstatieren; vielmehr ergibt ein spezieller Vergleich mit den Unfallzahlen vor mehr als 40 Jahren eine Zunahme der Arbeiterverunglückungen.

Vergleicht man die Unfälle in den Hauptkohlenbezirken, so stellt sich überall eine vermehrte Arbeitererödung heraus. Es verunglückten pro 1000 Bergarbeiter in

	1901/1905	1907
Oberschlesien	2157	2514
Niederschlesien	1899	1596
Außergleichen	2112	2151
Saargebiet	1367	4412
Sachsen-Thürn	1665	1796

Frappierend ist auf alle Fälle das relativ starke Wachsen der Unfälle seit Inkrafttreten der Bergarbeiterschutzgesetze vom Jahre 1905. Nicht als ob dieses Gesetz die Unfallhäufigkeit im Schlimmen beeinflusst hätte, aber es hat, wie die Praxis lehrt, sich als unwirksam für den Arbeiterschutz erwiesen, was die Arbeiterführer voraussetzten und weshalb sie gegen das Gesetz opponierten. Die erschreckend hohe Unglücksziffer im fast nur fälalischen Saargebiet ist die Folge von zwei Massenunglücken („Keben“ und „Rathildenschacht“), die allein fast 200 Menschen das Leben raubten. Das nun schon wieder der angebliche „Rusterbergbau“ im fälalischen

Sorgebleib ein Rosenkranz (D. Müller) so besagen hat, spricht nicht zugunsten der dortigen Werke. Hier werden nach der Versicherung der Regierungskreise die geschlichen Schutzmregeln besonders peinlich durchgeföhrt; infolgedessen darf behauptet werden, daß die Bergarbeiterbeschäftigungen durchaus ungenügend sind.

Hauptächlich verunglückten die Bergarbeiter durch Stein- und Kohlenfall; er tödelt jährlich sofort 470 Bergleute. 163 wurden durch Schlagschlag getötet, 207 durch Sturz in Schächten und durch maschinelle Fördererichtungen, 159 bei der Arbeit in Schächten, 51 bei der Schieferarbeit; 207 kamen bei der Uebertagsarbeit zu Tode. Die Verunglückungen infolge von Explosionen haben sich absolut und relativ erfreulichweise erheblich verringert, und zwar von 0,62 pro 1000 Arbeiter in der Periode 1891/1900 auf 0,17 pro 1000 in der Zeit 1901/1906. 1906 ging die Ziffer weiter auf 0,10 pro 1000 zurück, schnellte aber 1907 wieder auf 0,46 pro 1000 empor. Immerhin zeigt gerade das ziemlich stetige Herabgehen dieser Unglücksziffer, daß es wohl möglich ist, die angeblich „unabwendbaren Bergbaugesfahren“ mit Hilfe der Technik bedeutend abzuschwächen. Der Umstand, daß die Unglücksfälle infolge von Stein- und Kohlenfall, noch mehr aber die Verunglückungen infolge von maschinellen Fördererichtungen zunehmen, beweist die Vermehrung der Betriebsfahren durch das eingerichtete rasende Betriebstempo. Mit dem Einsetzen der flotten Geschäftsperiode beginnt auch die Unfallvermehrung. Von 1000 Arbeitern verunglückten 1904 1706, 1906 1744, 1906 1836 und 1907 2247. Der enge Zusammenhang zwischen Unfallvermehrung und Geschäftskontinuität ist unverkennbar. Dadurch ist auch des Uebels Kern aufgezeigt: die Abkehrung der Arbeiter!

Mit der billigen Lebensart, der Bergbau werde stets Menschenopfer fordern, kommt man nicht über die Tatsache hinweg, daß in anderen bergbaureichenden Ländern die Bergmannsverunglückungen bedeutend geringer sind wie bei uns. In dem an Alter und Ausdehnung dem preussischen weit überragenden englischen Kohlenbergbau verunglückten jetzt relativ über 40 Proz. weniger Menschen wie vor 30—40 Jahren. 1873/82 wurden im englischen Kohlenbergbau 2,24 von je 1000 Arbeitern getötet, 1883/92 waren es 1,81, 1893/1902 nur noch 1,39 und 1907 sind es 1,32 gewesen! Im preussischen Kohlenbergbau verunglückten 1907 tödlich 2,307 von 1000 Arbeitern, das sind 73 Proz. mehr als in England! Diese markante Tatsache ist doch nicht zu übersehen.

Von 1900 bis inklusive 1907 sind im preussischen Bergbau 8896 Arbeiter tödlich verunglückt, jährlich über 1000 Menschenleben direkt vernichtet, ungeachtet der Verkrüppelten! Das bedeutet auch große volkswirtschaftliche Verluste, um auch diese Seite der traurigen Sache hervorzuheben. Die Reduzierung der Bergarbeiterschaft um mehr als 1000 pro Jahr kommt einem vielfachen Millionenverlust gleich. Wenn auch die Gebieten durch Tausende andere „Hände“ ersetzt werden: die rapide Dezimierung der gesckulten Arbeiter muß naturnotwendig die Qualität der Belegschaften vermindern. Deshalb sollten die Bergwerksunternehmer im eigenen Interesse den wohlbegründeten Arbeiterschutzforderungen keinen Widerstand entgegensetzen, sondern sich selbst sagen, daß die größtmögliche Verschärfung des Arbeiterschutzes auch im wirtschaftlichen Interesse des Bergunternehmens liegt. Allerdings ist bei der bekannten sozialpolitischen Einsichtlosigkeit gerade dieser Unternehmerkategorie einzuweisen nicht auf deren Umkehr zu vernünftigeren Anschauungen zu hoffen. Den Bergarbeitern liegt es ob, mittels verstärkter Organisation sich besseres Lebensschuß zu erzwingen.

Mutterchaftskassen.

Die Frage der Mutterchaftskassen ist von eminenter Bedeutung, jedoch es sich verlohnt, Umschau zu halten, wo solche schon existieren. In England besteht eine Mutterchaftsversicherung, die sich die Versicherten aus eigener Kraft gesckaffen haben, und eine Art Mutterchaftskasse ist auch den verschiedenen anderen Krankenkassen angegliedert. So bezahlt die englische Hilfskasse Hearts of Oak an die Frauen ihrer Mitglieder 30 Schilling Entbindungsgelder; in den letzten Jahren wurden an mehr als 30.000 Wöchnerinnen Unterstützungsgelder geleistet. In Mailand besteht dank dem energischen Vorgehen von Frau Paola Schiff seit kurzer Zeit eine Mutterchaftskasse. Als Beitrag sind eine einmalige größere oder regelmäßige kleinere Zahlungen zu entrichten, verschieden hoch, je nach dem Alter, in dem die Beteiligten in die Versicherung eintritt. Ein Mädchen kann schon mit dem ersten Jahre in die Versicherung aufgenommen werden. Die Kasse bezahlt für jede Entbindung 30 Lire; doch gehören ihr erst 55 Personen an.

Die französische Versicherung Mutualité maternelle besteht schon seit 1891 und hatte bis 1903 nur 1766 Mitglieder. Dann aber wurde die Beteiligung viel reger und bis Ende 1906 hatten sich 12.000 Teilnehmer der Kasse angeschlossen. Wahrscheinlich hat die Erfahrung dabei mehr gewirkt als Propaganda. Der Erfolg war auch tatsächlich groß. Von 1000 entbundenen Frauen, die der Versicherungsanstalt angehören, haben im Jahre 1906 nicht weniger als 871 selber geföhrt, während die Volkszählung in Berlin im selben Jahre ergab, daß nur 332 Säuglinge von je 1000 Muttermilch erhielten. Erstaunlich ist auch die geringe Quote der Säuglingssterblichkeit bei der Maternité; sie beträgt nur 3—4 Proz.

In Deutschland gibt es dordher nur einen geschlichen Wöchnerinnenfchuh für die in den Krankenkassen Versicherten und private Hilfe. Daß das aber nicht genügt, liegt auf der Hand, wenn auch die 5.065.900 M., die von den deutschen Krankenkassen für die Versicherung 1906 bei 3.008.600 weiblichen Versicherten (wogu noch in einer Anzahl Kassen die mitversicherten Frauen der männlichen Mitglieder kommen) für Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung ausgegeben werden, ganz anders ins Gewicht fallen als jene winzigen Versuche im Ausland.

Die Milzbrandgefahr und ihre Bekämpfung. Auf der Konferenz der Lederindustrie-Verbandsvereinigungen, die Anfang 1908 in Berlin abgehalten worden ist, wurde auch über die Bekämpfung der Milzbrandgefahr in Werkereien und Lederfabriken beraten. Ueber die Ausdehnung, Entstehung und Bekämpfung dieser gefährlichen Verunreinigung gibt Ingenieur Robert Wille einige wichtige Ausführungen in der Zeitschrift „Concordia“. Laut dem Bericht des Bezugsinspektors Legge sind in den Jahren 1899—1903 77 Milzbrandkrankungen bei den mit der Verarbeitung von Rohhaaren und Vorsten beschäftigten Personen vorgekommen. Von diesen 77 Erkrankten starben 18. Die nähere Untersuchung stellte fest, daß die meisten Erkrankungen bei der Verarbeitung von gefärbtem Rohhaar und beim Haarschneiden vorlamen, verhältnismäßig wenig bei der Verarbeitung von langem glatten Haar für Webzwecke. Das gefährlichste Material ist das aus China stammende Wähenhaar, ebenso wie das aus Sibirien und Rußland stammende Rohmaterial. Dagegen hat sich bis jetzt kein Fall von Milzbrandkrankung feststellen lassen, der durch Haare aus England, Amerika und den Kolonien hervorgerufen wäre.

Das einzige Mittel gegen Milzbrandinfektion ist eine gründliche Desinfektion des Rohmaterials, der die Gewerksinspektoren alle Aufmerksamkeit zugewenden haben.

Der Urlaub der städtischen Arbeiter wurde in Nürnberg durch Magistratsbesckluß neu geregelt. Der Urlaub wird, nach der Dienstzeit abgeseht, auf 3, 5 und 7 Tage bemessen. Werkmeister erster Klasse erhalten bis zu 10 Tagen Urlaub.

Aus der Frauenbewegung.

Die Genossinnen des Kreises Niederbarnim

veranstalteten am Montag bei Trapp in Ziegel eine öffentliche Frauenversammlung, in der Genosse Paul John über die Aufgaben des deutschen Parteitag und der Frauenkonferenz einen Vortrag hielt. Im Gegenatz zu dem Essener Parteitag, so begann der Redner, scheint es, daß in Nürnberg recht lebhaft Debatten ausbrechen werden. Und der Parteikonflikt, der so plötzlich aufgetaucht ist, erhebt sogar eine gewisse Heftigkeit für die Behandlung der strittigen Frage über das Verhalten der Genossinnen in den Parlamenten. Trotzdem ist zu erwarten, daß die Auseinandersetzungen damit endigen werden, daß die Interessen unserer Partei wiederum eine Förderung erfahren. Essen hinterließ aus seinen Beratungen noch einen Rest, der Anlaß geben könnte zu längeren Debatten, wenn nicht der Lauf der Dinge in der Gewerkschaftsbewegung dies überflüssig gemacht hätte, nämlich in bezug auf die Haltung der Partei zu den gewerkschaftlichen Organisationen lokaler Art. Nürnberg wird nur die Aufgabe haben, zu konstatieren, daß wir mit der sozialistischen Bewegung abgeschlossen haben. Man hat in diesen Kreisen die überwiegende Bedeutung und die Notwendigkeit der Zentralverbände anerkannt, und was noch übriggeblieben ist, verliert sich in anders gearteten Bestrebungen. — Die Beschickung des Parteitages, auf die der Redner dann zu sprechen kam, anders zu regeln, wird schon der Frauennorganisation wegen notwendig sein. Die Frauen haben noch ein zweites Organisationsfeld, das eine sorgfältige Beachtung erfordert. Auf dem Parteitag wie auf der Frauenkonferenz wird auch die Frage der Jugendorganisation das starke Interesse der Frauen in Anspruch nehmen. Hier gilt es, eine befriedigende Lösung zu finden. Die Jugend muß um ihrer selbst willen organisiert werden, und will man Charaktere bilden, so muß man der Jugend auch eine gewisse Selbständigkeit einräumen. Auf der anderen Seite muß verhütet werden, daß die Jugendorganisation zur Fiktion wird für Parteigenossen, denen es unangenehm ankommt, in Partei und Gewerkschaft von der Fiktion an zu dienen und die bedauern sich bescheiden, ihr angeborenes Feldherrntalent in der Jugendbewegung zu betätigen. Redner verweilte dann bei den Wünschen nach Verbilligung und Vermehrung der Parteischriften und er meinte, daß man eher von einer Ueberfülle als von einem Mangel in dieser Beziehung reden könnte, und damit lenkte auch die geringe Vertiefung in die Parteiliteratur zusammen. Früher hatten wir wenige, aber gute theoretische Schriften, die von den angehenden Genossen auch gelesen wurden. Heute haben wir eine Unmasse von Parteischriften über Einzelfragen, und die Genossen wissen nicht mehr, was sie davon lesen oder wenigstens bevorzugen sollen. Ueber die „Neue Zeit“ wurde geredet, daß sie zu „langweilig“ sei; aber eine wissenschaftlich ernste Zeitschrift könne nicht langweilig sein. Nicht dieser, sondern dem Leser, der kein Interesse daran nimmt, müsse der Vorwurf gemacht werden. Der Redner gab Ratschläge, wie man mit größerem Nutzen wissenschaftlich ernste Sachen liest. Man sollte sich stets bemühen, einzudringen in eine Sache, sie zu studieren, sobald ein Interesse dafür rege wird. Mit wachsender Erkenntnis wird auch der Genuß daran größer werden. — In der Frage der Raiffeisier liegen eine Reihe von Anträgen vor, die erfreulichweise sich damit beschäftigen, wie die Partei am besten und wirksamsten durchzuführen sei. — Den Höhepunkt der Verhandlungen werde jedenfalls die Diskussion über das Verhalten der süddeutschen Parteigenossen bilden. Ihr Verhalten müsse eine scharfe Beurteilung erfahren zum Besten der Bewegung und des proletarischen Klassenkampfes. Der Redner schloß mit dem Ausdruck der Zuversicht, daß trotz allen Konfliktstoffes auch dieser Parteitag unserer Bewegung von reichem Nutzen sein werde.

Als Delegierte von Niederbarnim wurde die Genossin Neumann gewählt.

Genossin Riensast gab darauf einen Bericht über den Stand der Kasse für die Zeit vom 10. Dezember v. J. bis 24. August d. J. Eingaben und Ausgaben bilanzieren mit 80 M. An Extrabeständen wurden 186,05 M. eingenommen, die an den Wahlverein des Kreises abgeliefert worden sind.

Genossin Neumann hielt zum Schluß eine kurze Ansprache und schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Partei.

Gerichts-Zeitung.

Der schwere Baunfall.

Der sich feinerzeit auf dem Neubau des Neuen Operetten-Theaters am Schiffbauerdamm ereignet hatte, gelangte gestern unter Vorath des Landgerichtsdirektors Lieber vor der 3. Ferienstrammer des Landgerichts I zur Verhandlung. Wegen fahrlässiger Körperverletzung war der Ingenieur Samuel Voh angeklagt. Im Frühjahr v. J. wurde die Ausführung des Baues des Neuen Operetten-Theaters auf den Grundstücken Schiffbauerdamm 25 u. 26 in Angriff genommen. Zum Aufwinden von Steinen, Mörtel und anderen Baumaterialien hatte die Firma Voh u. Walter in der Koloniestraße einen großen elektrisch betriebenen Lastkran errichtet. Der Kran, an dem sich eine Art Fahrstuhl zur Beförderung der Lasten befindet, war am 20. Juni bis zur Höhe von 25 Metern beinahe fertig montiert. Gegen Mittag arbeiteten gerade der Konreuer Lihmann und der Hilfsarbeiter Junshuhn an den eisernen Verbindungsstellen des Krans, als beide plötzlich bemerkten, daß der ganze turmartige Aufbau ins Wanken geriet. Die beiden Arbeiter erkannten sofort die große Lebensgefahr, in der sie schwebten, und versuchten noch durch schnelles Herunterklettern sich in Sicherheit zu bringen. In diesem Augenblick stürzte auch schon der ganze Turm mit einem donnerartigen Krachen nach der Wasserfront zu um. Glücklicherweise passierten in diesem Augenblick keine Fußgänger die Unfallstelle, sonst wäre ein entsetzliches Unglück herbeigeföhrt worden. Als sich der aufgewirbelte Staub verzogen hatte, sahen die Augenzeugen, daß unter den Eisentrümmern die zwei Arbeiter, die zuletzt auf dem Kran gearbeitet hatten, begabten waren. Erst durch die Feuerwehre konnten sie wieder mit vieler Mühe befreit werden. Junshuhn hatte einen schweren Knöchelbruch erlitten, während Lihmann mit leichteren Verletzungen davonkam. Um die Ursache des Unfalles festzustellen, wurden sofort verschiedene Vausachverständige hinzugezogen. Diese stellten fest, daß die eisernen Streben, welche die Laufstienen des Krans mit dem Mauerwerk verbinden sollten, herausgerissen waren. Es ergab sich weiter, daß die eisernen Streben in nicht ausreichender Weise mit dem Mauerwerk verbunden waren und daß ferner der betreffende Teil der Mauer nicht genügend belastet gewesen war, um den kolossalen seitlichen Zug auszuhalten zu können. Diese Ermittlungen führten zur Erhebung einer Anklage gegen den Inhaber der Firma. — Vor Gericht machte der Angeklagte geltend, daß er für die Ausführung des Kranbaues einen als zuverlässig erprobten Montagemeister angestellt habe, der die volle Verantwortung übernommen habe. Als dieser verteidigt sei, habe er einen gewissen Gräfe zu seiner Vertretung beordert. Er (Angeklagter) sei damit einverstanden gewesen, da ihm Gräfe von seinem Montagemeister als zuverlässig und mit den einschlägigen Arbeiten als genau vertraut empfohlen worden war. In der Beweisaufnahme ergab es sich, daß Gräfe wiederum den mitverunglückten Lihmann, der von Beruf Schieferbeder ist, mit der Ausführung betraut hatte. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten nur insoweit einer Fahrlässigkeit für überführt, als er nicht die genügende Sorgfalt in der Auswahl seiner Angestellten getroffen habe. Der Antrag lautete deshalb auf 300 M. Geldstrafe. Das Gericht nahm jedoch an, daß der Angeklagte nicht für den Unfall verantwortlich zu machen sei, da er die Ausführung der Arbeiten einem ihm als zuverlässig empfohlenen Konreuer übertragen habe, für dessen Versehen oder Nachlässigkeiten er nicht einzustehen brauche. Obwohl die Sache sehr zweifelhaft liegt, habe das Gericht zugunsten des Angeklagten eine Fahrlässigkeit seinerseits nicht angenommen und deshalb auf Freisprechung erkannt.

Leichenfledderer.

Ein teures Schlächten hatte sich der Werkmeister H. geleistet, welcher gestern als Zeuge in einer Strafsache gegen den Gelegenheitsarbeiter Willi Hedert vor Gericht erscheinen mußte. — Am 14. Juni d. J. hatte der in einer Fabrik in Charlottenburg angestellte H. an einer Geburtstagfeier eines dort wohnhaften Kollegen teilgenommen. Als er durch den Biergarten ging, fühlte er mit einem Male eine derartige Fleischwunde in den Beinen, daß er sich schmerzhaft auf einer Bank niederlassen mußte. Schon nach wenigen Minuten ruhte H. sanft in Morpheus Armen. Als er durch einen Schuhmann geweckt wurde, schien schon die helle Sonne. Zu seinem nicht geringen Entsetzen bemerkte H. nunmehr, daß er sich ein recht teures Schlächten geleistet hatte, denn seine Uhr und Kette wie auch sein Portemonnaie mit 48 M. waren spurlos verschwunden. Die Kriminalpolizei ermittelte den Leichenfledderer in der Person des jetzigen Angeklagten Hedert, in dessen Besitz nur noch die Uhr gefunden wurde. Der Staatsanwalt beantragte 6 Monate Gefängnis, das Gericht ging jedoch darüber hinaus und erkannte auf 1 Jahr Gefängnis.

Eingegangene Druckschriften.

Volkswirtschaftliche Blätter. Herausgegeben im Auftrage des Deutschen Volkswirtschaftlichen Verbandes von Dr. Hermann Strömer. Berlin. Carl Heymanns Verlag, Berlin W. 8.

Zeitschrift für Sexualwissenschaft. Von Dr. M. Hirschfeld. Nr. 8. 1 M. Verlag: G. D. Sigand in Leipzig.

Die praktische Dachdeckung. Von Fr. Althaus. 2,50 M. Verlag: G. H. Weber, Berlin NO. 18.

Süddeutsche Monatshefte. Heft 9. Von P. A. Cohnmann. 1,50 M. Selbstverlag in München 23.

Blut Teibel — noch essen! Lustiges von Anno Tobias. Kart. Preis 1 M. Leipzig, Georg Wlad.

Proletarierkrankheit und kranker Proletarier. Von D. Thomas. 20 Pf. Verlag „Volkstimme“, Frankfurt a. M.

Christentum und Klassenkampf. Von Fr. W. Häfner. 203 Seiten. Verlag Schultheis u. Co. in Jülich.

Bericht des Vorstandes des Verbandes der Schneider, Schneiderinnen und Stickerinnen Deutschlands. 1906 bis 1908. 124 Seiten. — **Bericht des Sekretärs an die Internationale Schneiderkonferenz Frankfurt a. M. 1908.** 55 Seiten. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 69.

Führer ins Leben. A. Otto. Kindesheilmittel. Band I. 139 Seiten. Modern Pädagogischer und Pädagogischer Verlag, Berlin W. 33.

Die Wahrheit über das Leben. Von D. Lubenow. 80 Pf. Hagar-Verlag in Leipzig.

Geistlichberichter 1907/1908. F. Wendt Söhne. Druck: Haushamm, Berlin.

Protokoll über die Verhandlungen des 4. Allgemeinen Kongresses der Anwaltschaften Deutschlands. 60 Pf. Verlag: Zentralkommission der Anwaltschaften Berlins und der Vororte. Berlin, Engel-Ufer 15.

Aus Paris Lodrons Tagen. Roman von R. Freiliger v. Schöne. 7,50 M.

Die Stadt der Verheißung. Von Terramar. 1,70 M. Verlag: G. Koenig, Wien.

Das geschlagene Meer. Roman von D. Hahn. 2 M. A. Sattler Verlag, Leipzig.

Architektur-Konkurrenzen. Herausgegeben von H. Scheuwerbrandt. 8. Heft. Verlag: C. Wasmuth, Berlin W. 8.

Die Heilstätten Berlin und sonstige Einrichtungen der Landesversicherungsanstalt Berlin im Kampfe gegen die Tuberkulose. Druck: W. u. S. Löwenthal in Berlin.

Mitteilungen der Deutschen Orient-Gesellschaft zu Berlin. Nr. 37. Verlag: Berlin W. 30.

„Händliches Glück“ von H. v. Kahlenberg. Concordia, Deutsche Verlagsanstalt, D. Eshod, Berlin W. 30. Geb. 1,50 M.

„Neue Generation“. Heft 8. Herausgeberin: Dr. Helene Stöcker. Verlag: Hirschfeld u. Co., Berlin W. 13.

Die Krankenversicherung im Entwurfe der österreichischen Regierung. Von Dr. E. Löwenthal. 1,20 M. Verlag: A. Trojel, Groß-Michaelstraße, Wien 1. 44b.

Die Bauk. Monatshefte für Finanz- und Bankwesen. Herausgegeben von A. Langsbuch, Vantverlag, Charlottenburg, Wladimirstr. 18.

Die Weltsprache. Eine Studie zur Frage ihrer Reform. Von Prof. Dr. E. Paundler. Schöner Verlag, Berlin, Wladimirstr. 18.

Unfälle und Erkrankungen im Hüttenbergbau. Von G. Berner. 30 Pf. Verlag: D. Reiter in Leipzig.

Reclams Universal-Bibliothek. 5011. Einfache Geschichten von F. Goppert. — 5012. Eine Jungfernevolte von L. Rohmann. — 5017 und 18. Die Österreichischen Gerichtsverordnungen von Wien, Prag, Triest, Graz, Innsbruck und Garmisch. — 5019—20. Kobak. Schätze von P. Komproff. — Einzelnummer 20 Pf. — Verlag: F. Reclam in Leipzig.

Nachlass für Holzarbeiter. Augustheft. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband. Verlag: F. Lehmann in Stuttgart.

Jahresbericht des Zentralverbandes des sozialdemokratischen Zentralwahlvereins für den 6. Wahlbezirk des Reichstagswahlkreises 1907/08. 34 Seiten. Verlag: E. Gillen in Oettingen.

Der Fall Schöning in der Presse. 25 Pf. Dachverlag der „Nlle“, Schöneberg-Berlin.

Das Handbuch. Wochenschrift. Herausgegeben von H. Nagenstein u. H. Krenz. Concordia Deutsche Verlagsanstalt, D. Eshod in Berlin W. 30. Vierteljährlich 3,50 M.

Straubes Spezialkarte der Umgebung von Priezenwalde. Preis 75 Pf. Verlag: Jul. Straube, Berlin SW. 13.

Neue preussische Jagdordnung vom 17. Juli 1907 nebst Ausführungsbestimmungen. Verlag: L. Schwarz u. Comp., Berlin S. 14. Preis 1 M.

Lebensrätsel. Schauspiel von H. D. Kell. 60 Pf. — Verlag: Scklenburgsche Annoncenzeitung in Bielefeld-Bielefeld.

Jahresbericht der vereinigten Vorstände der drei sozialdemokratischen Vereine in Hamburg 1907/08. 85 Seiten. Verlag: E. Dübber in Hamburg.

Handbuch für die Bevollmächtigten des Deutschen Wanderverbands. 272 Seiten. Verlag: C. Mohr, Berlin, Köpenicker Damm 22.

Gesundheits-Kalender 1909. Redigiert von Dr. Müller, Dr. Körner und Dr. Schmitt. Preis 50 Pf. — Verlag: Rüdigers Volksbuchhandlung, München, Sendlinger Str. 20.

Waten. Die neue Heilmethode. Lieferung 11—15. Pro Lieferung 40 Pf. Verlag: Bong u. Co. Berlin W. 57.

11. Jahresbericht 1907 des Arbeiter-Sekretariats Stuttgart. 68 Seiten. Selbstverlag.

Das Forum. Nr. 8. Von Dr. G. Morgenstern. Selbstverlag, Wien, Alsterstr. 34.

Die Gartenstadt Hesperan. Bericht von B. Dohm. 60 Pf. E. Dieckhoff Verlag in Jena.

Die vereinigten Staaten von Europa. Von R. Stein. 60 Pf. Verlag: W. Casserott, Berlin W. 30.

Die Engländer. Roman von P. Loh. Gebd. 5 M. Verlag: Weidland u. Co., Berlin S. 14.

Der Monismus. Zeitschrift. Herausgegeben vom Deutschen Monistenbund. Jährlich 12 Hefte. 2,40 M. Einzelpost 30 Pf. — Verlag: Berlin W. 57.

Weg frei für das Esperanto! Von A. Seidel. 1,50 M. Verlag: G. Welter, Berlin W. 30.

Die Volksgesundheit. Nr. 8. Erscheint monatlich einmal. Jährlich 3 M. Geschäftsstelle: D. Hinden, Weiden.

„Mars“. Halbmonatsschrift für deutsche Kultur. Herausgeber: L. Thoma, D. Hesse, H. Langen, S. Kraam. Zweites Augustheft. Preis 1,30 M. Verlag von H. Langen in München.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 24. 8.	am 23. 8.	Wasserstand	am 24. 8.	am 23. 8.
Remel, Mühl	158	+8	Saale, Großh.	102	-6
Regel, Nienburg	92	-9	Saale, Spanbau	43	+4
Reichel, Thom	196	-14	„ „ „	34	0
Oder, Mühlde	114	-3	Spree, Spremberg	66	-
„ „ „	108	-2	„ „ „	81	0
„ „ „	122	+1	„ „ „	-70	+14
„ „ „	43	0	„ „ „	0	+8
„ „ „	29	0	„ „ „	391	0
„ „ „	-13	0	„ „ „	198	+1
„ „ „	-75	-11	„ „ „	205	+3
„ „ „	-177	-2	„ „ „	50	+15
„ „ „	70	-0	„ „ „	—	—
„ „ „	81	+2	„ „ „	40	+3

+) + bedeutet Wauch, — Fall, — ?) Unterpegel.

Partei-Angelegenheiten.

Rixdorf. Die Mitglieder der Versammlung des Wahlvereins findet heute abend 8 1/2 Uhr in Goppes Festsaal, Hermannstr. 49, statt. Der Leiter der Parteischule Genosse Heinrich Schulz referiert über das Thema: Weiterbildung in Theorie und Praxis. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Bildungsausschusses. Bei der Wichtigkeit dieses Themas, die Arbeiterschaft auf dem Gebiete der Kunst mehr durchzubilden, sollte sich jeder Genosse veranlassen lassen zu erscheinen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Wissenschaftlicher Vortragsabend.

Es ist acht Uhr abends. Aus dem Gemüth des Potsdamer Platzes reiten wir uns in die stillere, vornehme Bellevuestraße. Unmäßig lösen sich auch noch andere Personen, Frauen, Kinder und Männer, aus der Kette der Passanten und treten in den Vorgarten eines herrschaftlichen Gebäudes, dicht neben dem Künstlerhaus. In dem breiten Torweg warten auch schon leise flüsternde Gruppen. Ueber dem Eingang leuchtet in stolzen Letztern das mysteriöse Wort: „Choralionaal“. Eine Tafel hängt den Fremdling einermögich über die räthelhafteste Inschrift auf. Darauf ist verzeichnet, daß Sonntag vormittags und Mittwoch abends je ein „Gottesdienst“ in englischer und deutscher Sprache stattfindet.

Wir schreiten an den Gruppen vorbei durch einen längeren Hof und gelangen an einen Vortraum, in dem Garderobenfrauen den Gästen gegen Aufhängung einer Karte ohne Entgelt Hut, Stock und Schirm abnehmen. Gedämpfte Orgellänge bringen an unser Ohr. Die Aufstehenden verharrten stumm und schweigend. Ein eisgraues Mitterchen im Umschlagetuch steht in sich versunken, an die Wand gelehnt. Daneben eine Dame im rauschenden Kostüm, mit wehenden Straußenseidern auf dem umfangreichen Hut. Auch einige junge Herren und eine Anzahl älterer Männer sind dabei, aber das weibliche Geschlecht überwiegt. Kinder stellen sich auf die Fußspitzen und reden die Mädchen in die Luft, um irgend etwas Geheimnisvolles zu erfahren. In der Mehrzahl rekrutiert sich das Publikum aus der erklühten Gesellschaft, und die mehr oder minder geschmackvollen Toiletten, die sich hier so ausbringlich breit machen, lassen auf wohlgefüllte Borse schließen.

Allmählich wird die Dämmerung ungebüdig. Sie drängt sich mit der ganzen Unbekümmertheit, die nun einmal das gute Vorrecht des „guten Gesellschafts“ ist, in den Vortraum. Ein hübsches geschneigetes Mädchen tritt ihnen unter vielen Verbeugungen beschwichtigend entgegen: „Nur einige Minuten noch, meine Herrschaften, bitte, noch etwas Geduld. Der englische Gottesdienst ist gleich beendet.“

Die Tür ist auch schon geöffnet, man blickt in einen lichtdurchfluteten, einem Konzertsaal ähnlichen Raum. Junge Herren, im schwarzen Bescheid, tragen geschäftig Stöße von Gesangbüchern in einen Nebentraum. Sie geben unterdessen, unter gewaltigem Andrang, unsere Garderobe ab und treten in den hohen, in blendendem Weiß gehaltenen und mit geschmackvollen, vergoldeten Ornamenten versehenen Saal. An der vorderen Breitseite erhebt sich das Podium mit dem zierlichen Rednerpult. Eine stolze Palme grüht von oben herab, und zu ihren Füßen schmiegen sich zärtlich kleinere Topfpflanzen. Ein leuchtend roter Blüschvorhang verdeckt hinter dem Rednerpult die Tür. Die obere Wandfläche nimmt eine Orgel ein, und rings herum zieht sich eine Galerie, von der herab farbige Schleier wehen und stolze Federn nicken. Die Kommoden lassen sich in die weichgepolsterten, bequemen Klappstühle nieder, die ebenso, wie die breiten Käufer, in blaugrüner Farbe gehalten sind. Augenherum zieht sich eine Reihe brauner Holzstühle.

Nach und nach hat sich der Saal gefüllt. Ein Herr verteilt Gesangbücher. Die Damen säugeln sich Nüsse an, die Herren fahren mit dem Taschentuch zwischen Krage und Hals. Obgleich der Saal gut ventilirt ist, macht sich die erdrückende Schwüle der Temperatur doch bedrückend geltend. Der Schweiß perlt uns allen von der Stirn. Es ist 15 Minuten nach 8 Uhr. Aller Augen heften sich erwartungsvoll auf die rote Blüschportiere.

Wie von Geisterhand gezogen, schiebt sich diese plötzlich zurück, und eine hohe Frauengestalt, in weißer Mäse und im schwarzen Rock, mit rötlich-blondem Haar, erscheint im Rahmen der Tür und tritt an das Rednerpult. Der Vorhang rollt wieder mit schürfendem Geräusch zurück. Die Orgel stimmt ein Nixenlied an. Dann liebt Nix Lepow, so heißt die Predigerin, deutlich und langsam, mit fremdem Akzent, zwei Bibelstellen vor. Wieder spielt die Orgel ein frommes Lied, und die Gemeinde singt leidend mit. Obgleich mir meine Nachbarin zu Hilfe kommt, ist es mir nicht möglich, den richtigen Psalm zu finden. Wir wenden deshalb die Zeit an, um Charakterstudien zu machen, bis sich wieder alle niedersetzen. Alsdann spricht Nix Lepow von ihrer Gesellschaft, die sich „Christian Science“ nennt, das heißt „Christliche Wissenschaft“. Sie erzählt viel, sehr viel, von Gott, Geist, Jesu, vom Gesundwerden durch Beiten, von der Ohnmacht der Ärzte, von Kranken, die von „medizinischen Autoritäten“ schon „aufgegeben“ waren und durch das Gebet, soll heißen: durch das System ihrer Gesellschaft, deren „gottbegnadete“ Stifterin, Nix Eddy, die Rednerin in wahrer Beugung preis, geheilt wurden. Aus dem „heiligen Buch“, das diese verfaßt hat, verliest sie längere Auszüge, die uns persönlich allerdings ziemlich lausig anmuteten. Wenn wir recht verstanden haben, so heißt es nicht nur Krankheiten und Gebrechen, sondern es inspiriert auch bei geschäftlichen Spekulationen und Unternehmungen. Demnach ist der Preis von 17 Mark nicht zu hoch, wofür schon der Absatz von vielen Tausenden Exemplaren zeugt. Auch lehrt dieses Werk, daß es „im Prinzip“ keine unheilbare Krankheit gibt, und in der Praxis soll nach dieser Methode „fast“ jede Krankheit, auch die von den Ärzten als unheilbar erklärten, geheilt werden. Dann wurde eine kleine Pause angefügt, die jeder dazu benutzen sollte, sein Innerstes zu ergründen, welchem Wunsch alle bereitwillig nachkommen, da die Heilende Mächtigkeits schon den meisten die Augen zugeblinzt hatte. Nun folgten, nach Art der Heilsarmee, die „Bekanntnisse“. Eine junge Dame erzählte in wohlhabenden Sätzen von haarsträubenden Heilungen durch dieses System, die sie erlebt habe. So ist unter anderem einem Manne ein abgegangener Daumen wieder nachgewachsen. Eine Frau teilte mit, daß ihr Mann durch die „Kunst“ einiger Professoren „blind“ wurde, aber durch das System Nix Eddys nach einigen Tagen vorzüglich sah. Ein junger Ausländer schilderte Fälle, daß selbst die Frömmsten ein Lächeln nicht unterdrücken konnten. So wurde einem jungen Künstler im Hofstühl die Hand zerschmettert. Er griff zu dem System Nix Eddys und nach einigen Tagen konnte er in einem Konzert wieder Violine spielen.

Wie kam da unwillkürlich der Verd von Heinrich Heine ein: „War mancher spielt jetzt die Praxise, dem dort kein Finger war heil.“ Die Ende noch offenkundig nach nicht einmal geschickt arrangierter Rede. Denn als die letzte „bekannt“ hatte, stand die Nix sofort auf, obwohl sie bei den anderen immer einige Minuten gewartet hatte. Wieder spielte die Orgel und die Menge sang. Nun noch eine Ansprache Nix Lepows, dann drängte die Masse dem Ausgang zu. Als uns die kühle Abendluft entgegen schlug, atmeten wir erleichtert auf. Arme Ärzte, packt ruhig ein mit eurer Kunst.

Eisenbahnstatistisches. Der Eisenbahnverkehr Groß-Berlins: II. und III. Klasse: Rückgang der Friedrichstraße; Nikolassce. Das Ergebnis des Verkehrs vom Jahre 1907 liegt jetzt aus dem ganzen Eisenbahndirektions-

bezirk Berlin mit seinen Einzelheiten vor. Der gesamte Stadt- und Ringbahnverkehr und der Vorortverkehr ergibt etwas mehr als 288 Millionen. Davon entfallen auf den Stadt- und Ringbahnverkehr einschließlich Lichtamp und Grunewald etwas über 148 1/2 Millionen, auf den Vorortverkehr über 119 1/2 Millionen. Stadt- und Vorortverkehr betrug bei der Ringbahn zusammen über 174 1/2 Millionen. Interessant ist auch das Verhältnis der beiden Klassen. Im inneren Stadt- und Ringverkehr der Stadt- und Ringbahnstationen wurden III. Klasse etwas über 82 Millionen, II. dagegen etwas über 23 Millionen befördert, ein Verhältnis, das fast überall wiederkehrt. Von den einzelnen Gruppen des Vorortverkehrs, die die Eisenbahndirektion gebildet hat, hat den stärksten Verkehr die Strecke Potsdamer Fernbahnhof—Berder und Wannseebahn mit etwas über 38 Millionen. Es folgen die Ringbahnstationen mit 15 Millionen, die Strecke Götlicher Bahnhof—Königsplatz mit 14 1/2 Millionen, die Stadtbahnstationen 11 Millionen, Riech—Rummelsburg—Fürstenwalde 9 1/2, Poststraße—Groß-Lichterfelde und Jossen 8, Lehrter Bahnhof—Rauen 7, Rummelsburg—Straußberg fast 7, Panitzsch—Oranienburg 6, Stettiner Vorortbahnhof—Vernau 4 1/2, Reinickendorf—Regel eine halbe Million. Bei dem Verkehr der einzelnen Stationen ist auffallend ein Rückgang beim Bahnhof Friedrichstraße. Dort wurden im Jahre 1906 noch 7713 944 Fahrkarten verkauft, im Jahre 1907 dagegen nur noch 7 615 059. Ob der Rückgang auf die Fahrkartensteuer, eine Verschiebung in der Befriedigung oder andere Gründe zurückzuführen ist, läßt sich bei der Verschiebenartigkeit des in dieser Zeit zusammengefaßten Verkehrs kaum entscheiden. Sonst findet fast ausnahmslos eine mäßige Steigerung statt. Ein Ansturm bildet der Bahnhof Nikolassce. Hier hat sich die Zahl der Fahrkarten von 1906 auf 1907 mehr als verdoppelt. Sie ist von 336 944 auf 725 742 gestiegen, obgleich die Ursache, das ehemalige Freibad Wannsee, erst im Herbst des Jahres entbedt worden ist. Nach der Zunahme des Vorjahres entfallen mindestens 300 000 Fahrkarten im August und September vorigen Jahres auf die Anziehungskraft des Bades.

„Urbaner Umgangston“.

In Krankenhäusern und ähnlichen Heil- und Pflegeanstalten kann man oft die Erfahrung machen, daß bei leitenden Persönlichkeiten der „Vorwärts“ nicht beliebt ist. Es gibt Anstalten, in denen keinem Patienten gestattet wird, unser Blatt zu lesen. Wird bei ihm ein „Vorwärts“-Exemplar gefunden, das ein Besucher ihm mitbrachte, so konfiszieren sie's ihm ohne Gnade. In den Krankenhäusern der Stadtgemeinde haben die Wahrgewendeten sich dazu bequemt, den „Vorwärts“ zu dulden. Aber gern wird er auch dort noch nicht gelesen; Patienten, die sich unser Blatt bringen lassen, kriegen das bei jeder Gelegenheit zu spüren. Wie solche Antipathie zu erklären ist? Man weiß es „oben“, daß nur der „Vorwärts“ rüchhallos Mißstände andeutet, die in Krankenhäusern usw. sich finden. Darum fürchten sie ihn — und weil sie ihn fürchten müssen, verfolgen sie ihn mit ihrem Haß. Diese Stimmung wirkt leicht nach „unten“ hin und überträgt sich auf Angestellte, die sich ihren Vorgesetzten empfehlen möchten. Da entwidelt dann manchmal ein kleiner Gernegroß einen drolligen Eifer innerhalb seines Machtbereiches, den „Vorwärts“ nicht aufkommen zu lassen.

Nüchlich hat im Urban-Krankenhaus ein gelehriger Wärter eine recht anständige Probe seines „Vorwärts“-Paffes geliefert. Dabei hat dieser „Vorwärts“-Paffler zugleich gezeigt, welcher Umgangston im Verkehr mit Patienten ihm als angemessen gilt. Es handelt sich um einen Wärter Boh, der in der Abteilung für äußerlich Kranke auf Pavillon III beschäftigt ist. Einem Patienten, der unser Blatt zu lesen wünschte, erklärte Herr Boh, so lange er — der Herr Boh — in Pavillon III sei, komme kein „Vorwärts“ hinein. Der Patient ließ sich durch diese lächerliche Annahme nicht einschüchtern, sondern bestellte die ihm zuzugende Zeitung. Durch einen anderen Angestellten wurde sie ihm nach Pavillon III gebracht, und hier mußte nun Herr Boh in eigener Person dem Patienten den „Vorwärts“ einhändigen. Er tat das in der Weise, daß er das gefaltete Blatt mit den Spitzen zweier Finger an der äußersten Ecke ergriß, wie wenn er fürchtete, sich daran schmutzig zu machen. So überreichte er es dem Patienten, und er sagte die Worte hinzu: „Hier haben Sie Ihr Mistblatt!“ Der Patient zuckte die Achseln und würdigte den Mann keiner Antwort. Als aber bei nächster Gelegenheit derselbe Vorgang sich wiederholte, sagte der Patient dem Wärter: „Sie, ich verlange aber, daß Sie meine Zeitung künftig nicht mit zwei Fingern, sondern mit der Pinzette anfassen; denn für Ihre schmutzigen Finger ist mir der „Vorwärts“ zu schade.“ Herr Boh tat ihm diesen Gefallen nicht, sondern ergriß fortan den „Vorwärts“, um ihn wortlos dem Patienten zu überreichen, mit — der ganzen Hand.

Som „urbaner Umgangston“ wollten wir in dieser Betrachtung sprechen; so hatten wir's wenigstens angekündigt in der Ueberschrift, die wir ihr gaben. Da möchten wir doch einem Mißverständnis vorbeugen, das hier vielleicht entstehen könnte. Die Bezeichnung „urbaner Umgangston“ darf nicht hergeleitet werden von dem Namen „Urban-Krankenhaus“. Nein, der „urbane Umgangston“ hat wirklich nichts zu tun mit demjenigen Umgangston, den im „Urban-Krankenhaus“ ein Sozialistenfresserchen, wie der Herr Boh, anzuwenden sich erlauben darf. Nach dem Sinn des Wortes „urban“ in seiner übertragenen Bedeutung ist „urbaner Umgangston“ ein Umgangston, wie er zu finden ist an den Stätten höherer Gessittung und feinerer Bildung.

Beim Armenvorfesher.

In Berlin sind Armenvorfesher es gewöhnt, daß die Leute, die zu ihnen kommen, kein allzugroßes Quantum Empfindlichkeit mitbringen, sondern geduldig alle Grobheit hinnehmen, mit der sie behandelt werden. Die Frau eines Maurers P., die einen Armenvorfesher in seiner Wohnung aufsuchen wollte, um ihm ein Anliegen vorzutragen, wußte nichts von diesem Vorrecht unserer Armenvorfesher, groß sein zu dürfen.

Frau P. rechnete auf eine freundliche und höfliche Behandlung und zwar um so mehr, da sie den betreffenden Herrn gar nicht mal um eine Unterstützung bitten und ihn überhaupt nicht in seiner Eigenschaft als Armenvorfesher bemühen wollte, sondern nur bei ihm ihren Jungen zur Aufnahme in einen Anabenhort anzumelden gedachte. Der Herr Armenvorfesher, zu dem sie sich begab, ist nämlich im Hauptberuf Gemeindevorstand; er heißt Kriemelle, wohnt Thaeerstr. 22, unterrichtet an der 81. Gemeindevorschule (Zister Strasse) und leitet die Armenkommission 1140 (Zelle der Petersburger Strasse und Thaeerstr.). Man hatte der Frau P. gesagt, sie solle den Jungen für den Anabenhort bei diesem Herrn Kriemelle anmelden. Für Arme ist Herr Kriemelle zu sprechen nachmittags 1/2 bis 4 Uhr, aber davon konnte ja Frau P. nichts wissen, und sie war ja auch keine Arme. Die Ahnungslöse ging gegen Mittag nach seiner Wohnung. Ein Fräulein öffnete, annehmend die Tochter, gleich darauf zeigte sich auch die Frau Gemahlin, und ängstlich fragte sie: „Was ist denn hier los?“ In unfreundlichem, barschem Ton rief sie dann: „Jetzt ist keine Sprechstunde! Nachmittags 4 Uhr!“ und hiermit schlug sie die

Tür zu. Frau P. erschral. Sie selber ist — wir haben sie in längerer Unterredung kennen gelernt — eine fremdbliche Frau; aus einem kleinen Orte Ostpreußens ist sie nach Berlin gekommen. So wenig, wie sie die Manieren unserer Armenvorfesher kennt, so wenig weiß sie, daß die lieben Gattinnen der Armenvorfesher leider manchmal dieselben Manieren annehmen. Schmerzlich berührt von soviel Unfreundlichkeit schritt sie kopfschüttelnd von dannen.

Als sie am Nachmittag, diesmal mit ihrem Jungen, wieder nach der Wohnung des Herrn Kriemelle ging, fiel ihr auf, daß auf der Treppe des Hauses Thaeerstr. 22 ein paar dürftig gekleidete Frauen warteten, darunter eine Frau, die sich in einem bereits sehr vorgeschrittenen Stadium der Schwangerschaft befand. Bald hörte sie, daß es Arme waren, die hier dem Augenblick entgegenharrten, wo sie vor den gestrengen Herrn Armenvorfesher würden hintreten dürfen. Koch nagte an ihr der Verdruß über die unliebenswürdige Behandlung, die ihr selber einige Stunden vorher von der Gattin dieses Mannes zuteil geworden war. Aber dem Gespräch der wartenden Frauen entnahm sie jetzt, daß es Arme, die sich der Tür des Herrn Armenvorfesher genahet hatten, noch ganz anders ergangen sei. Das Herz voll Bitterkeit, ging sie hinein, als sie an die Reihe kam, und so trat sie hin vor den Herrn Armenvorfesher und seine gleichfalls anwesende Ehehälfte. „Na, was wollen Sie denn?“ fragte er. Die Gattin fiel ein: „Die Frau war schon vormittags da.“ Heiß schoß es da der Frau P. ins Gesicht — und in Erinnerung an die ihr noch immer unbegreifliche Unfreundlichkeit vom Vormittag sagte sie vorwurfsvoll: „Sie als Lehrersfrau könnten sich schon ein bißchen anders benehmen.“ Verdruß über so viel Kühnheit und zunächst ganz sprachlos starrten Herr Kriemelle nebst Gattin die Frau P. an. Im nächsten Augenblick aber nahm Herr Kr. sie am Arm, schob sie mit dem Aufse: „Kaus! Hier ist die Tür!“ auf den Flur hinaus und speidierte in beschleunigtem Tempo den Jungen hinterher. Koch ehe Frau P. recht wußte, was ihr geschah, sah sie sich mit dem weinenden Jungen auf der Treppe. In größter Aufregung ging sie nach Hause.

Mancher mag das, was Frau P. da bei Herrn Kr. erlebt hat, für sehr richtig halten; manchen anderen wird es vielleicht sogar ein bißchen komisch erscheinen. Doch auf ein zeitweiliges Gemüth pflegen solche Ergebnisse eine sehr tiefgehende Wirkung auszuüben, und insofern ist der hier geschilderte Fall ein doch nicht ganz unwichtiger Beitrag zur Beleuchtung der manchen Armenvorfesher eigenartigen Art, mit Armen umzugehen. Was für ein Anliegen Frau P. hatte, danach war sie gar nicht gefragt worden. Dem Herrn Kr. scheint das auch sehr gleichgültig gewesen zu sein. Vermutlich hat er im voraus angenommen, daß er eine Arme vor sich habe, die Hilfe von ihm beische. Aber von Frau P. braucht er das nicht zu erwarten, selbst dann nicht, wenn sie einmal wirklich in Not geraten sollte. Sie hat nach diesen Erfahrungen uns unter den heiligsten Beteuerungen versichert, lieber als zu einem Armenvorfesher gehen wolle sie einen Strang nehmen und sich aufhängen. Wir glauben's ihr.

Zeit ist Geld.

Folgender Stoßseufzer über das „Warten“ geht uns zu: Vieles lernt der getreue Unterthan in deutschen Landen durch die gütige Fürsorge seiner hohen Obrigkeiten von staatlichen oder städtischen Gnaden. Weniges aber so gründlich und durch sein ganzes Leben hindurch wie — das Warten.

Für das gute Sprichwort: „time is money“ (Zeit ist Geld) scheinen bei uns Behörden und Verwaltungen aller Art noch keinelei Verständnis zu haben.

Habt ihr euch wohl schon einmal herausgerechnet, ihr geduldigen Warter, um wieviel Hunderte, ja Tausende sie euch dadurch schädigen? Von der Geburt bis zum Tode? Denn noch bei eurem eigenen Lebensbeginne müßt ihr warten — das heißt, falls ihr euch nicht erster Klasse begraben lassen könnt — aber dann habt ihr zum ersten Male Zeit, und es kommt euch auf ein paar tausend jährlichen Ewigkeit mehr oder weniger nicht an.

Und wo überall muß nicht der fürsichtige Staatsbürger warten! Für unsere Postbehörde zum Beispiel scheinen die Automaten, die man doch sonst, mit allen möglichen Ueberflüssigkeiten gefüllt, im kleinsten Dorfposthaus antrifft, noch etwas recht Fremdartiges zu sein. Mit Hilfe von Automaten konnte der Bedarf an Postwertzeichen und Karten allerorten glatt und geschwind gedeckt werden; wo sich heute das Publikum hilflos vor den Schaltern verstaubt, bewundernswert lammesmäßig.

Den im Anblick notleidender Menschen ergrauten Beamten der königlichen Leibämter scheint noch nie der Gedanke gekommen zu sein, daß diese Armen, die da vielleicht das letzte Stück ihrer Habe zum Verkauf heranschleppen, um Brot für die Ihren zu schaffen, ihre Zeit wahrlich zu nötig gebrauchen, um dort Stunden hindurch herumstehen zu können. Sollte der Staat, der doch auf seinen Beamten, schlimmer als der verurtheilte Buhler, 12 Prozent Zinsen für das Darlehen beansprucht, wirklich nicht von Zeit zu Zeit ein paar junge, flinke Hilfskräfte dem unglücklichen Pöbeln der im jahrzehntelangen Einerlei des Dienstes erstarrten Herren an die Seite zu stellen haben?

Das gleiche Schauspiel spielt sich auf jedem Steuerbureau und auf der Sparkasse ab. Man wundert sich, daß die Sparanlagen beständig zurüdgehen. Ein Grund von diesen vielleicht: weil die Leute einsehen, daß das Wenige, was sie an Zinsen erhalten, ihnen durch die Wartezeit auf der Sparkasse bei Ein- und Auszahlungen wieder verloren geht. Sollten unsere Mathematiker, die so viele nicht gerade unbedingt notwendige geometrische Rätsel lösen berstehen, nicht auch einmal einen Modus finden, diese Zinsberechnungen nach Tag und Monat geschwindler herauszubringen?

Sogar der Genuß einer Vorstellung im Opernhause muß bei uns in Berlin, neben dem recht teuren Billetpreis, noch durch eine nichts weniger als genuehreiche endlose Wartezeit in drangvoller, fürchterlicher Enge erkauft werden.

Weshalb zwingt die hochwohlwollende Polizei uns noch immer, in Wind und Wetter auf den vierten, fünften Strahnbahnwegen unserer Linie zu warten, nur weil sie zwischen den Sitzreihen keinen einzigen, auf den Außenpersonen nur eine kleine Anzahl fesseler Fahrgäste gestattet? Die wenigsten Berliner nur haben's ergrübelt: „Vermunt wird Unstinn, Wöktat Plage“. Es scheint eine Fürsorge, die einst wohlkätzig zugunsten der überlasteten Gänge der Pferdebahnen getroffen wurde, hier in drolliger Gedankenlosigkeit auf die fühllosen Elektromotoren ausgedehnt zu sein, deren Zugkraft es wahrlich auf ein paar Zentner mehr oder minder nicht ankommt.

In Stadt- und Untergrundbahn aber läßt man unterdessen strupplos auch die ärgste Ueberfüllung geschehen, die hier bei dem geringsten Betriebsunfall unübersehbares Unheil herbeiführen könnte.

Als fast selbstverständlich wird erachtet, daß nur diejenigen Eisenbahnzüge eine 4. Klasse führen, die fast die doppelte Fahrzeit gebrauchen, als die im Zeichen des Verkehrs“ recht teuren Züge. So muß die auf ihren täglichen Stundenverdienst angewiesene, arbeitende Klasse bei jeder Hofeilstrecke die doppelte Stundenzahl müßig unterwegs bleiben und ihre Reize verhältnismäßig weit teurer bezahlen, als ein Kommerzienrat, der erster Klasse fährt.

Von dem verstorbenen Frankfurter Reichstagsmitglied wird erzählt, daß er auf die Frage, warum er nie zu Fuß gehe, geantwortet habe: „Ich bin nicht reich genug, um zu Fuß gehen zu können!“ Nun, unsere hert um ihre Existenz ringende Großstadtbevölkerung ist wohlrich nicht reich genug, um alle die ihnen aufzugesungenen Wartestunden mit ihrer Arbeits- und Erholungszeit bezahlen zu können.

Diese Erkenntnis scheint unseren Behörden und Verwaltungen noch nirgends aufgegangen zu sein, denn die einzigen, die bei uns nicht auf sich warten lassen, sind außer den gekronten Häuptern (da Pünktlichkeit bekanntlich die Höflichkeit der Könige) — die Pleite und der Gerichtsvollzieher!

Daneben geschossen.

In einer Parteiverammlung in Zürich hat sich Genosse Eisner über die Frage der Budgetbewilligung ausgelassen und dabei nach einem Bericht der „Frankfurter Tagespost“ folgendes gesagt:

„Wir brauchen in Bayern nicht radikal zu sein als die Berliner in der Gemeindevertretung. Wenn die für den Etat stimmen, so ist es auch für uns kein Zeichen der Schwäche, wenn wir die Mittel, die wir im einzelnen bewilligt haben, auch im ganzen nicht verlangen.“

Die Behauptung des Genossen Eisner, die Berliner Stadtverordneten stimmten in der Schlussabstimmung für den Etat, ist falsch. Obwohl die Kommunen mehr Verwaltungskörperchaften sind und deren Haushalt in gar keinen Vergleich mit dem des Staates gebracht werden kann, ist von den Berliner Genossen noch nie die Zustimmung zu dem Haushalt der Stadt Berlin erteilt worden.

Genosse Eisner ist lange genug in Berlin gewesen, so daß man von ihm am allerwenigsten eine solche Behauptung hätte erwarten können; ihm hätte die Haltung der Berliner Stadtverordneten-Fraktion zum Etat bekannt sein müssen.

Ist ihm dies aber trotzdem in seiner Berliner Tätigkeit nicht bekannt geworden, so hätte er sich aus dem Studium der Verhandlungen des Räuber-Parteitages über die Unrichtigkeit seiner Behauptung unterrichten können. Dort hatten die Genossen Ulrich und Ehrhart die gleiche Behauptung aufgestellt. Ehrhart ging sogar soweit, zu behaupten, die Berliner Stadtverordneten hätten die Kosten für den Einzug des österreichischen Kaisers bewilligt. Damals — also im Jahre 1901 — erklärte Genosse Wurm folgendes:

„Auf die Angriffe gegen unsere Tätigkeit in der Berliner Stadtverordnetenversammlung erwidere ich: 1. Es ist ein Grundverstoß, daß wir für den Etat der Stadt Berlin jemals gestimmt haben; 2. es ist nicht richtig, daß die Verhältnisse einer Stadt und eines Staates dieselben sind. Ein Staat ist autonom, macht sich die Gesetze selbst, nach denen er sich verhält. Eine Stadt aber verhält sich nach den Gesetzen, die ihr der Staat vorschreibt. Wenn wir über die Stellung unserer Vertreter in den Gemeinden einmal gefordert diskutieren, so wird das sehr nützlich sein, denn erstens nimmt ja die Zahl unserer Vertreter in den Gemeinden immer mehr zu, es kommen aber auch häufig Fälle vor, in denen sie nicht wissen, wie sie sich zu verhalten haben. Das Ehrhart über die Berliner Stadtverordneten gesagt hat, stimmt leider nicht, so angenehm es ihm auch wäre, wenn er uns etwas am Zeuge fassen könnte. Ehrhart ist ja schon belehrt worden, daß er über die Bewilligung der Mittel für den Einzug des österreichischen Kaisers falsch unterrichtet ist. Wir haben nicht nur nicht bewilligt, — im Gegenteil, Singer hielt eine sehr scharfe Oppositionsrede.“

Demnach hat Genosse Eisner mit seiner Behauptung völlig daneben geschossen.

Warnung. Es wird wiederholt davor gewarnt, Mietverträge über Räume in neuerbauten oder umgebauten Häusern für eine Zeit abzuschließen, zu welcher die von der Aufstellung des Abnahmeprotokolls ablaufende Frist von 6 Monaten für die Gebrauchsabnahmeprüfung noch nicht verstrichen ist, da die Polizeibehörden vor Ablauf dieser Frist das Bezahlen der fraglichen Räume nicht dulden und nach den gesetzlichen Bestimmungen auch nicht dulden können. Die Polizeibehörden werden nach wie vor auf Anfragen aus dem Publikum über den vorausgesetzten Termin der Bezahbarkeit von Wohnungen in neuen beziehungsweise umgebauten Häusern bereitwillig Auskunft erteilen.

Aus dem Zuge gestürzt und schwer verunglückt ist die 18 Jahre alte Ida Nagelschmidt. Das junge Mädchen, welches in Friedrichshagen in einer Konditorei angestellt ist, war gestern in Berlin gewesen und hatte bei der Rückfahrt nach dem oben genannten Vorort einen gegen 11 Uhr vom Schlesischen Bahnhof abgehenden Zug benutzt, der gegen 1/12 Uhr nachts in Friedrichshagen eintraf. Die A. muß fest geschlafen haben und erst, als der Zug sich bereits wieder in der Richtung nach Ferner in Bewegung setzte, wurde sie wach, eilte zur Tür des Coupés und sprang aus dem Zuge, ehe die Bremsen sie daran hindern konnten. Es wurde sofort die Notbremse gezogen, worauf der Zug zum Stehen gebracht wurde. Man fand das Mädchen blutend und bewußtlos auf einem Kohlenhaufen liegen. Die A. hatte eine schwere Gehirnerschütterung, sowie äußere Verletzungen erlitten. Die A. wurde, nachdem ihr von einem herbeigerufenen Arzt die erste Hilfe zuteil geworden war, in hoffnungslosem Zustande nach dem Krankenhaus übergeführt.

Haussuchungen und Beschlagnahme von Waffenteilen. Die Deutsche Munitions- und Waffenfabrik vormals Ludwig Löwe u. Co. hat bei vielen Angestellten Haussuchungen nach Waffenteilen vornehmen lassen, wobei, wie es heißt, ganze Wagnisladungen der Fabrik gehörigen Eigentums gefunden worden sein sollen. Unter anderem fertige Militärgewehre, Nobell 1898 — diese sind aber erst von den Angestellten aus einzelnen Gewehrteilen zusammengesetzt worden —, ferner eine Menge von Gewehrteilen, Schäften, Läusen, Schließern, fertigen und halbfertigen Crownmagazin, Patronenhülsen für Gewehre, Pistolen und Maschinengewehre. Außerdem vielerlei Werkzeuge, ganze Risten sehr wertvoller Feilen und Schleifsteine. Da in der Fabrik 8500 Arbeiter beschäftigt sind und in den einzelnen Abteilungen immer zugleich 30—40000 gleichartige Gewehrteile bearbeitet werden, so konnte das Abhandlungskommen der Gegenstände trotz der strengen Kontrolle so lange unentdeckt bleiben. Die Direktion hatte aber ermittelt, daß sich einzelne Arbeiter aus Gewehrläusen und Gewehrteilen, die sie abknippen, Thermometer angefertigt und diese dann verkauft hatten. Es wurden verschiedene Arbeiter verhaftet, später wieder auf freien Fuß gesetzt.

Gestern Abend ist noch der Moskauer Str. 10 wohnhafte Wälschmacher Reinhold Franke festgesetzt worden. Er hatte zu Hause eine eigene Wälschmacherschmiede, in der er die Zusammenstellung von Militärgewehren sowie Pistolen im großen Betrieb. Es wurden bei ihm außer vielen Gewehrteilen und Werkzeugen fünf vollständig fertige Gewehre, mehrere Pistolen, viele scharfe Patronen und 1/2 Zentner Pulver beschlagnahmt. Er wird sich deshalb auch wegen unerlaubter Aufbewahrung von Sprengstoffen zu verantworten haben. Die Kriminalpolizei hatte gestern zusammen mit den technischen Fabrikleitern den ganzen Tag über mit der Abschätzung der gestohlenen Gegenstände, die mehrere Zimmer füllten, zu tun. Die Kriminalpolizei glaubt, daß sie weitere Personen nicht mehr festzunehmen brauchen wird, weil sich andere Arbeiter, die eventuell auch Teile mit nach Hause genommen haben, sich derselben entledigt haben werden. Jedenfalls dürfen die Plünderer so manches wertvolle Stück bergen. Ob und wofür Gewehre verkauft worden sind hat sich bis jetzt nicht ermitteln lassen, weil alle einen Verkauf bestreiten.

Eine nette Ueberraschung wurde gestern dem Rutsche'schen Ehepaar Reinickendorfer Straße 40 zu teil, als es abends von einer Verabredung heimkehrte. Die Nordosttür war erschrocken und in der Wohnung sah es aus wie in einem Trübrichter. Sämtliche Schränke und Behälter waren aufgedreht und geleert. Die Gegenstände waren wüst in den Zimmern umhergestreut und alle wertvolleren Sachen verschwunden. Den Einbrechern waren Gold- und Silberfachen von beträchtlichem Wert in die Hände gefallen. Eine gefüllte Sporttasche hatten die frechen Diebe mitten durchgeschnitten und ausgeraubt.

Eine teure Babereise hat der im Hause Gneisenaustraße 28 wohnende Kaufmann und Kommissionsärzter Gustav Schulhof unternommen. Als er gestern mit seiner Familie von einer Erholungsreise heimkehrte, machte er die niederschmetternde Entdeckung, daß der Inhalt seines Geldschrankes im Werte von insgesamt 62000 M. Einbrechern in die Hände gefallen war. Die im Hochparterre belegene Wohnung war völlig verwüstet. Die Einbrecher, die dort tagelang gehaust und sich an den Vorräten an Wein, Bier und Zigarren gütlich getan haben, konnten in aller Stille die den Geldschrank erblicken, indem sie ihn an beiden Seiten des Schlosses anbohrten und Stichtammen benutzten. Dann wurden die Kiesel zurückschlagen und der Tresor erschrocken. Herr Schulhof ist Kommissionsärzter für große Uhrenfabriken und betreibt auch einen Handel mit Edelsteinen. Er hatte daher ein großes Lager und so konnten für 40000 Mark goldene Uhren, für 9000 Mark Smaragden, Saphire und Brillanten bis zu 1 1/2 Karat und 1400 Mark in barem Gelde gestohlen werden. Der Einbruch, der offenbar schon vor einer Woche verübt wurde, ging in der Weise von statten, daß die Einbrecher vom Hofe aus ein Klinkfenster durch Einrücken der Scheiben öffneten, die Füllungen der verschlossenen Klüftung heraus schnitten und jetzt freien Zutritt zu den Wohnräumen fanden. Von den Bewohnern des Hauses hat niemand geahnt, daß die unheimlichen Gäste mit ihnen unter einem Dache weilten. Die gestohlenen Gegenstände sind in dem großen Zeitraum der zwischen der Tat und der Entdeckung liegt, wahrscheinlich schon in andere Hände übergegangen. Auf die Einbrecher deutete eine ausgebrannte elektrische Taschenlampe aus nachgeahmtem Krokodillleder, ein kleiner geladener Revolver, die gegen die vorgefundene ausgeputzte, alte Kleidung und endlich ein Strumpf hin, die am Tatort zurückgelassen wurden.

Mit lautem Knall explodierte gestern morgen eine leere Petroleumtonne in der Fellerschen Automobili-Reparaturwerkstatt, Brandenburgstraße 24. Der Boden der Tonne lag dem in der Nähe stehenden Arbeiter Hielt mit großer Gewalt an die Waage und verletzte ihn so erheblich, daß er ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Die Fenster Scheiben der Werkstatt gingen fast sämtlich in Trümmer. Die Explosion ist darauf zurückzuführen, daß die Arbeiter die Tonne nach ihrer Entleerung fest verschlossen und so den sich erfahrungsgemäß dann bildenden Gasen jeden Ausweg versperrten.

Radfahrer werden fortgesetzt in Berlin und den Vororten ihr Unwesen. Am Montag hatte der Arbeiter Schubert, Jakobikirchstraße 7 wohnhaft, in Schöneberg vor dem Hause Theresienstr. 13 nur einen Augenblick sein Rad (Marke „Habsicht“ Nr. 149 075 Torpedofreilauf) hingestellt, um in einen Laden zu gehen, als plötzlich ein solcher Radfahrer sich aufs Rad setzte und pfeilschnell verschwand.

Ein arbeitsloser Schlosser hat am Vormittag des 25. August zwischen 10 und 12 Uhr von der Zornstraße bis zum Bahnhof Weißbierstraße seine gesamte Barschaft einschließlich der eben erhaltenen Arbeitslosenunterstützung in Höhe von 11,30 M. verloren. Vielleicht meldet sich der Finder und verhilft dem armen Teufel wieder zu seinem Vermögen. Meldungen nach Rosfelder Straße 9 bei Grau.

Feuerwehrrachrichten. In der letzten Nacht wurde schon wieder ein Dachstuhlbrand, diesmal vom Gesundbrunnen, gemeldet. Kurz nach 10 Uhr stand dort der Dachstuhl des Vorderhauses in der Soldiner Straße 99 in großer Ausdehnung in Flammen. Diese hatten an dem Inhalt der Bodenverschläge, der Dachkonstruktion usw. reiche Nahrung gefunden. Auch waren die Aufgänge schon total verqualmt. Brandmeister Lamm ließ deshalb von der Briege- und Soldiner Straße aus vorgehen. Eine Schlauchleitung wurde über eine mechanische Leiter vorgenommen. Die Feuerwehre gab kräftig mit ihren Dampfspritzen Wasser, hatte aber trotzdem bis nach 1 Uhr zu löschen, bevor es gelang, die Gefahr für die angrenzenden Gebäude zu beseitigen. Der Schaden ist bedeutend. Die Entstehung war nicht aufzuklären, weil die Flammen, als sie bemerkt wurden, bereits eine sehr große Ausdehnung erlangt hatten.

Gleichzeitig hatte die Feuerwehre in der Dycker Straße 106, Soraueer Straße 27, Chausseestr. 100 und Reinickendorfer Straße 52 zu tun; in der Dycker Straße 106 brannte eine Schneidemerkelmaschine und an den anderen drei Stellen mußten Kellerbrände gelöscht werden. Außerdem hatte die Feuerwehre noch in der Rödernstraße 127, Sirolauer Straße 11, Weihenburger Straße 26, Nichtenberger Straße 14 u. a. Stellen zu tun.

Am Montagnachmittag um 2 1/2 Uhr stand der Dachstuhl des Hauses Gleimstr. 12 an der Cantianstraße im Norden in großer Ausdehnung in Flammen. Als der 3. Zug an der Brandstelle ankam, waren die Bodenräume schon total verqualmt. Waren, sowie das Gebälk, der Fußboden und eine Menge Hausrat brannten bereits. Brandmeister Wöber ließ sofort mit mehreren Schlauchleitungen von Dampfspritzen kräftig Wasser geben, wodurch es gelang, eine weitere Ausdehnung zu verhüten. Der Schaden ist aber trotzdem erheblich.

Vorort-Nachrichten.

Rigdorf.

Das Dreiklassenwahlrecht zur Kommune wird trefflich charakterisiert durch die Steuergrenzen, die für die einzelnen Klassen gezogen sind. Die erste Klasse beginnt mit dem Steuerfug von 60408 M. und schließt mit 90460 M. Die zweite Klasse beginnt mit 90421 M. und schließt mit 78,58 M. In der dritten Klasse wählt alles, was darunter versteuert. Die Zahl der in den einzelnen Klassen Wahlberechtigten wird noch besonders erweisen, daß auch in der Kommune nur der Geldsack bestimmt. Je lebhafter die Beteiligung der Arbeiter an der Kommunalwahl, desto wichtiger der Protest gegen das elende Dreiklassenwahlrecht in der Kommune.

Wildau-Boherschule.

Bei der gestrigen Gemeindevertreterwahl wurden abgegeben bei der Ersatzwahl für unseren Genossen Schumann 149, für den Gegner 88 Stimmen, bei der Ergänzungswahl für Genossen Adolf Länger 139, für den Gegner 104 Stimmen. Unsere Genossen sind demnach beide gewählt. Gegenüber der vorigen Wahl erhielten wir einen Stimmenzuwachs von 15 bezw. 10 Stimmen, während die Gegner einen Stimmenrückgang von 13 bezw. 5 Stimmen erlitten.

Schönwalde (Bezirk Pankow).

Ein langjähriger, treuer Parteigenosse, der Gemeindevertreter Maurer Wilhelm Karl, starb am Montag an der Proletarierkrankheit. Karl hat, solange eine sozialdemokratische Organisation am Orte bestand, stets in der vordersten Reihe gestanden, das Vertrauen der Genossen übertrug ihm das Ehrenamt eines Gemeindevertreter. War Karl auch kein großer Redner, in seiner schlichten Weise hat er für die Sache der Arbeiterklasse geteilt. Die Beerdigung findet auf dem Schönwalder Friedhofe statt. Näheres hierüber in der Donnerstagnummer.

Schönerlinde bei Fr.-Buchholz.

Von seinem eigenen Fuhrwerk überfahren und getötet wurde der Knutscher Paul Schönmald, Seidelberger Straße 32 wohnhaft. Sch. hatte einen Mülltransport nach Laboort ausgeführt und fuhr in der Nacht heim. Allem Anschein nach ist er auf dem Wagen eingeklemmt und vom Wagen gefallen, wobei ihm die Vorderachse über den Kopf gingen und lebensgefährliche Verletzungen beibrachten. Er wurde tot aufgefunden. Seine Leiche liegt verumtelt, daß er noch im letzten Augenblick versucht hat, das Fuhrwerk zum Stehen zu bringen, denn er hielt die Führerleine trampfhaft umklammert.

Mariensfelde.

Von einem Schnellzuge erfasst wurde in der Nacht vom 24. zum 25. August (12 1/2 Uhr) an der Ueberrfahrt am Bahnhof Mariensfelde.

das Fuhrwerk des Handelsmann Duffe aus Klein-Beeren. Aus irgend einem Grunde soll die Barriere nicht heruntergelassen gewesen sein. Der plötzlich daherkommende Dresdener Schnellzug erfasste das Fuhrwerk; das Pferd wurde getötet, während der Fahrer des Wagens außer einem Bruch des Fußes noch verschiedene andere Verletzungen davontrug.

Rudow.

Eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel fand am Sonntag am hiesigen Orte im Palmischen Lokale statt, in der Genosse Jubel in eingehender Weise über Zweck und Ziele der Organisation referierte. Hierauf wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammelten erklären sich mit den Ausführungen des Referenten vollkommen einverstanden und geloben, in Zukunft mehr wie bisher für die Interessen der Arbeiterpartei einzutreten und sich unversüßlich der politischen Organisation anzuschließen.“

Am Sonntag, den 30. August, abends 6 Uhr, findet im Lokal von August Palm die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt.

Bernau.

In der auch von Frauen außerordentlich gut besuchten Versammlung des Wahlvereins referierte Genossin Neumann-Berlin über: „Welches Interesse haben die Frauen am öffentlichen Leben?“ Der lebhafteste Beifall, der Rednerin am Schluß ihres interesselosen Vortrages erteilt, bewies, daß die anwesenden Frauen mit ihren Ausführungen einverstanden waren. In der darauf folgenden Diskussion wurde aufgeföhrt, daß den Frauen durch das neue Vereinsgesetz zugeständene Recht der politischen Organisation nun auch voll auszunutzen, welcher Aufforderung eine Anzahl der anwesenden Frauen nachkamen. Hierauf wurde der Bericht von der Kreisgeneralversammlung entgegengenommen. Zu dem vom Bildungsausschuß veranstalteten Kursus in Nationalökonomie wurden 16 Mitglieder des Wahlvereins delegiert, darunter zwei Frauen. Unter Vereinsangelegenheiten ersuchte der Bibliothekar, die aus der Bibliothek entliehenen Werke nächsten Sonntag von 11 bis 12 Uhr vormittags zurückzugeben. Ferner wurde aufgefordert, den Arbeiterangehörigen „Freiheit“ seitens der organisierten Arbeiter mehr als bisher zu unterstützen. Seitens der Frauen wurde Genossin Siemund als Beisitzerin in den Vorstand gewählt.

Schenkendorf bei Königs-Wusterhausen.

Feueralarm. Auf dem Giesemannschen Grundstück hier brannte am Sonnabend eine Probelampe. Der Schein derselben erhellte teilweise das ganze Dorf. Der Nachtwächter schlug bei so ungewöhnlicher Helle in seiner Verwirrung Feueralarm, der das ganze Dorf in Aufregung brachte, bis sich zum Glücke der Eintropper der Irrtum aufklärte.

Fele- und Dichterkreis „Südost“. Heute abend 8 1/2 Uhr Sitzung bei Tolsdorf (Nachh. R. Scholz), Göttinger Straße 55. Gäste willkommen. Dichterkreis „Freies Wort“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Schulz, Schreinerstr. 13. Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 1007, jeden Tag von 7 bis 9 Uhr abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Gestern 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde am 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Geleitliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung in Briefkasten können 14 Tage vergehen. Etliche Fragen erage man in der Sprechstunde vor.

J. G. N. 80. Am Falle der Klage würden Sie lieber beurteilt werden. — **Miete 12.** Eine Klage gegen den Vater würde auf Grund des von ihm gemachten Haftungsvorbehaltens Aussicht auf Erfolg haben. — **Winter. Ja. — G. 1000.** Wenn Sie keinen Einspruch erhoben haben, müssen Sie zahlen. Sonst wäre der Betreffende mit der Klage abgewiesen worden. — **A. 3. 45. 1. Reim. 2. Ja 3. Ja. 4.** Der Austritt aus der Kirche geschieht bei Gericht. Den Weg haben wir wiederholt angegeben: Zunächst schriftliche Mitteilung, daß Sie aus der Kirche austreten wollen und um Aufnahme der Austrittserklärung ersuchen, sodann innerhalb des 28. bis 42. Tages nach Eingang dieses Schreibens Austritt durch Erklärung im Protokoll des Amtsgerichts. — **C. R. 999.** Reim. — **2. 2. 1.** Auch ohne ausdrücklichen Ehevertrag leben die Eheleute außer Gütergemeinschaft. Zweckmäßig ist es aber, vor der Ehe einen notariellen oder gerichtlichen Vertrag zu schließen, in dem ausdrücklich das Eigentum der Frau anerkannt und auf die Verwaltung seitens des Mannes verzichtet wird. 2. Der Lebensabend würde zu sorgen haben. — **M. 999.** In der ersten Hälfte des zweiten Monats des Quartals ist die Steuer fällig geworden. — **J. 23. 99. 1.** Das ist unbestimmt. 2. Der Antrag auf Bestellung eines Anwalts kann an das Gericht gerichtet werden. 3. Ihr Bruder kann Ausschluß der Öffentlichkeit beantragen. — **23. 3. 33. Ja. — W. 3. Richter.** Rechnliche Klagen haben wir wiederholt behandelt. — **M. G. 80.** Leher würden Sie im Klagewege voranschrittlich unterliegen. — **C. R. 79.** Reim. — **Waldemar 66. Ja. — C. R. 1887. 1. Reim. 2.** Der Austritt der Ehefrau erfolgt mit Erklärung der Großjährigkeit, d. h. mit vollendetem 21. Jahre. — **Ordnung 30.** Nur wenn der Tod Folge des Unfalls war, würde der Witwe Unfallrente zustehen. — **Müncheberg 553. 1.** Der Lagerhalter und der Kaffeezer, aber nicht der Vertreter. 2. Der Geschäftsführer. — **C. R. 1880.** Der Erfolg der Klage hängt davon ab, ob der Beweis geführt wird, daß in der Tat nur eine Uebergabe zur Aufbewahrung stattgefunden hat. — **M. R. 1.** Leber nein. 2. Ja. — **W. R. 100. 1.** Sowie erheblich, besteht ein Anspruch der Waffendirection. Diese würde aber bei Zurückgang des Sachverhalts voranschrittlich auf Ihren Anspruch verzichten. 2. Führen Sie den Sachverhalt vor Gericht unter Angabe der Zeiten an. Eine Verurteilung ist unwahrscheinlich. — **W. M. 1000.** Am 1. Januar 1910. — **R. 2. 30.** Durch den Gerichtsvollzieher ja, aber nicht eigenhändig können Sie das Fahrrad verkaufen. — **R. W.** Leber würde eine Verbindung vom Betrage ohne Einwilligung der Eigentümerin unmöglich sein. — **R. R. 4. 1.** Werden Sie sich an die Bibliothek selbst. 2. Mütterliche. 3. Reim. 4. Gütergemeinschaft. 5. Reim. — **J. 20.** Sie könnten nur unter Uebereidung der Gesetzmäßigkeit von der Krankenpflege die Unterstüzung für die Zeit vom 6. bis 16. Juli verlangen. Gegen die Verjährungsanbahn nicht können ein Anspruch nicht zu. — **M. 3. 200.** Die Frau würde, wenn Sie unpaßlich zahlen, das Recht auf Ermäßigung haben. — **C. 2. 18.** Ja, so lange Sie nicht aus der Kirche austritt. — **G. 6. 10.** Das ist möglich. — **D. 3.** Durch schuldigen Aufenthalt im Auslande verliert ein Deutscher sein Heimatsrecht. Wenn er zurückkehrt, so muß er es durch Erklärung der Behörde gegenüber sich wiederherstellen lassen. — **M. 3. 11.** Ihre Schreiben ist leider zum größten Teile unverständlich. Die Postkarte ist fast unleserlich. Wiederholen Sie Ihre Anfrage in einem Briefe. — **R. 3. 33.** Nach der herrschenden Ansicht nein. — **Beckly 249.** Eine Klage auf Herausgabe wegen Mängels des unbrauchbaren Gegenstandes hätte Aussicht auf Erfolg. Zuständig ist das Amtsgericht. — **M. 7. 78. 1. u. 2. Ja. — 7. R. 1. Ja. 2.** Die sämtlichen von Ihnen angeführten Punkte sind bei legaler Auslegung des Einkommensteuergesetzes abzugsfähig. — **M. 70.** Ihre Auffassung ist falsch.

Kritischer Marktbericht der Ködlichen Reichshafen-Direktion über den Großhandel in den Central-Marktläden. Marktlage: Fleisch: Zufuhr reichlich, Geschäft fest, Preise unverändert. Wild: Zufuhr bedächtig, Geschäft etwas lebhafter, Preise abnehmend. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft fest, Preise nachgebend. Rische: Zufuhr genügend, Geschäft schlappend, kleinere Rale schwer unterzubringen, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft lebhaft, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßrübe: Zufahren ausreichend, Geschäft ruhig, Preise gedrückt.

Witterungsbericht vom 25. August 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer humb. mm	Wind- richtung	Wetter	Stationen	Barometer humb. mm	Wind- richtung	Wetter	
Sutensee	758,2	SW	3molrig	15	Paparden	753,0	2haß 5d.	8
Damburg	758,2	SW	4bedekt	14	Delersburg	751,1	2bedekt	11
Berlin	759,0	SW	2bedekt	15	Seitz	767,3	4molrig	13
Frankf. a. M.	762,0	SW	3bedekt	15	Aberdeen	747,5	1molrig	18
München	764,0	SW	3haß 5d.	16	Paris	761,5	3bedekt	16
Wien	764,0	SW	heiter	16				

Wetterprognose für Mittwoch, den 26. August 1908. Stetlich kühl, Nebelverne aufklaren, jedoch vorwiegend bewölkt mit Regenfällen und lebhaften südwestlichen Winden.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.

Mittwoch, den 26. August, abends 8¹/₂ Uhr:

General-Versammlung

bei Freyer, Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung:

1. Wahl der Beisitzer zum Hauptvorstand, der Revisoren für die Hauptkasse und der Preßkommission für die „Holzarbeiter-Zeitung“.
2. Kassenbericht für das zweite Quartal, Bericht der Ortsverwaltung und der Arbeitsvermittler.
3. Bericht vom Gewerkschafts-Kongress.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

Modell- und Fabriktschler sowie Modelldrechsler

Donnerstag, den 27. August, abends 8¹/₂ Uhr:

Branchen-Versammlung.

bei Schmidt, Gartenstraße 6.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Handke über: „Unternehmertum und Arbeiterchaft in der gegenwärtigen Krise“.
2. Branchen- und Verbandsangelegenheiten.

Jalousie-Arbeiter

Donnerstag, den 27. August, abends 8¹/₂ Uhr:

Branchen-Versammlung

bei Anton Becker, Weberstr. 17.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag: „Die wirtschaftliche Lage der Gegenwart“.
2. Diskussion.
3. Branchenangelegenheiten.
4. Verschiedenes.

Perlmutter-, Horn-, Steinnuß-Knopf-Arbeiter und -Arbeiterinnen

Donnerstag, den 27. August, pünktlich abends 6 Uhr:

Branchen-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal 5).

Tages-Ordnung:

1. Branchenangelegenheiten.
2. Diskussion.
3. Arbeitsnachweis.
4. Verschiedenes.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin, Hauptbureau: Col L Amt 3, 1239, Charitéstraße 3, Col III Amt 3, 1987.

Donnerstag, 27. August, abends 8¹/₂ Uhr:

Allgemeine Klempnerversammlung

in den Andreasfäsen, Andreasstr. 21.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Link.
2. Diskussion.
3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Steinarbeiter!

Berlin I.

Donnerstag, den 27. d. Mts., abends 8¹/₂ Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Gesellschaftshaus der Musiker, Kaiser-Wilhelm-Str. 13m.

Tages-Ordnung:

1. Der Gewerkschaftskongress in Hamburg. Referent: Kollege Gens.
2. Stellungnahme zu den Arbeitsverhältnissen in den Kunststeinbetrieben.
3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert! Die Kollegen der Kunststeinbranche sind besonders eingeladen. Die Ortsverwaltung.

Sozialistische Neudrucke.

Als II. Band dieser Sammlung ist jetzt erschienen: 247/3

Garantien der Harmonie und Freiheit

von Wilhelm Weitling.

Jubiläums-Ausgabe.

Mit einer biographischen Einleitung und Anmerkungen herausgegeben von Franz Mehring, Preis brosch. 2,50 M., geb. 3,- M.

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69 - Laden.

Ohne Anzahlung! Portieren, Stores, Gardinen, Stoppchen, Teppiche, Uhren, Bettwäsche und kleine Waren! L. Matzner, Auguststr. 50. Nur Volkstarie erbeten.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz, dicht am Hauptbahnhof. 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Küchenmöbelbranche

Donnerstag, den 27. August, abends 8¹/₂ Uhr:

Branchen-Versammlung

im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.

Die Kollegen von Weissenhof und Nixdorf sind hierzu besonders eingeladen. - Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

Stellmacher

Donnerstag, den 27. August, abends 8¹/₂ Uhr:

Branchen-Versammlung

im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Die Aufgaben der Gewerkschaften während der Krise“.
2. Wie stellen sich die Kollegen zur Wiedereröffnung der Zeichenschule?
3. Branchenangelegenheiten.
4. Verschiedenes.

Möbelpolierer, Beizer und Magazin Arbeiter

Donnerstag, den 27. August, abends 8¹/₂ Uhr:

Branchen-Versammlung

bei Walter, Andreasstr. 21.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Brückner über: „Sozialpolitische Gesetzgebung“.
2. Diskussion.
3. Stellungnahme zur Arbeitsvermittlung.
4. Verbandsangelegenheiten.

Kunstgeigenbauer E. Toussaint

BERLIN C. Joachimstraße 11c, liefert Reparaturen, auf Wunsch zugleich mit vorzgl. Lackverfärbung. Spezialität: Erzeugung des altitalienischen Lindred für große Böden an alten und neuen Geigen. - Maßiges Honorar. * Soeben erschienen: Die preußische Polenpolitik in Ihren Ursachen und Wirkungen. Von Herm. Wendel. Preis 60 Pf. Expedition des „Vorwärts“, Lindenstraße 69 (Laden).



Engelhardt-Malz bier

Preis 10 Pf. pro Flasche.

Brauerei Ernst Engelhardt Nachf., Pankow.

Größte Malzbier-Brauerei Deutschlands.



Sehen Sie nur heute und morgen ist der Schluss des Total-Räumungsausverkaufs

in Frühjahrs- u. Sommer-Moden bei Westmann.

Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstr. 37a (kein Eokhaus, 2. Haus v. d. Jerusalemer Straße, und Gr. Frankfurterstr. 115 (kein Eokhaus, 2. Haus von d. Andreasstraße.

für 1/4 des Wertes werden die schicktesten, vornehmsten und gediegensten Sommermäntel, Sommerkostüme, Sommerblusen, Röcke etc. einzeln an Privats abgeben.

früher M. 60.- jetzt nur M. 15.- früher M. 75.- jetzt nur M. 18.50 früher M. 100.- jetzt nur M. 25.-

Ein be-Prüfungs- u. Einsegnungskleider ausnahmsweise billig!

Besuch möglichst in d. Vormittagsstunden erbeten, da nachm. d. Andrang zu stark ist.

Neue Herbst- und Winter-Modelle, teilw. kopiert, sind bereits im Preise bedeut. herabgesetzt.

Dankfagung.

Sage allen Verwandten, Freunden und Bekannten, den Mitgliedern der Firma Paner u. Geniesel sowie den Mitgliedern des Verbandes der freien Gast- und Schankwirts Berlins für die rege Beteiligung und zahlreichen Kränzpenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters und Vaters den herzlichsten Dank. 12345 Hedwig Hansen nebst Sohn.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters lagen mir hierdurch allen Bekannten, Kollegen und Genossen sowie der Firma Ziele unseren besten Dank. 12225 Witwe Thomas nebst Kindern.

Dankfagung.

Sagen allen Verwandten, Freunden und Bekannten die herzlichsten Dank für die rege Beteiligung und die reichen Kränzpenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters unseren besten Dank. 12225 Witwe Leonhardt u. Kinder.

Dankfagung.

Sagen allen Verwandten, Freunden und Bekannten die herzlichsten Dank für die rege Beteiligung und die reichen Kränzpenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters unseren besten Dank. 12225 Witwe Leonhardt u. Kinder.

Westmanns Trauermagazin

Quartiergeschäft Berlin W., Mohrenstraße 37a, kein Eokhaus, und Berlin NO., Gr. Frankfurter Str. 115, kein Eokhaus, erreicht seine Leistungsfähigkeit und seine billigen Preise durch Raumersparnis u. geringe Ausgaben. Geschmackvolle Auswahl in fertiger Trauer-Garderobe für Damen und Mädchen.

Zurückgekehrt. Dr. Chajes.

Haben Sie Stoff? Als fertige davon Anzug od. Paletot nach Mass, schick, dauerh. Zutaten, von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade II. (Süd. Börsen).

Sparen Sie

gern im Haushalt, dann bereiten Sie sich Ihren Bedarf an Essig selbst aus Reichel's

Essig-Essen

Marie „Rühberg“. Eine Originalsaftische gibt 12 Weinsflaschen feinsten u. milden, feinstreuen

Speise- u. Einmach-Essig.

Damit eingelegte Früchte sich nicht vor dem Verderben geschützt und schmecken großartig! 1/2 l. R. L., 1/2 l. R. 55 Pf. - Edo in Drogerien u. Geschäften nicht erhältlich, direkt von der Fabrik

6tto Reichel, Eisenbahnstr. 4.

Berlin SO. 43. Fernspr.-N. IV, 4751, 4752, 4753. Nur echt u. rein b. unverl. Lichttherz. leht. Kapselversch. m. Marke

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.

Todes-Anzeige. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Gärtler Friedrich Lenze (Regist. 16a) 236/11

verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 5¹/₂ Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Friedhofes (Mariendorfer Weg) aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Fritz Lenze

nach schwerem Leiden im Alter von 61 Jahren verstorben ist. Dies zeigt, um stille Teilnahme bittend an 40782

Wwe. Marie Lenze u. Kinder.

Rixdorf, Pring Ganderstraße 23. Die Beerdigung findet am Freitag, den 28. August, nachmittags 5¹/₂ Uhr, von der Halle des neuen Rixdorfer Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein Mariendorf.

Am Sonnabend, den 22. August, verstarb plötzlich (Unglücksfall bei Spielerei u. Comp.) im Alter von 20 Jahren unser lieber Genosse Robert Kamenz.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 26. August, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Mariendorfer Kirchhofes, Friedenstr. 10, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung bittet 250/10 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gärtler Alfred Hirt

am 24. d. M. an Lungenschwindsucht gestorben ist. 119/9

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 27. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Kirchhofes in Rixdorf aus statt. Rege Beteiligung erwartet Die Ortsverwaltung.

Deutscher Textilarbeiter-Verband.

Filiale Berlin.

Sektion der Posamentiers.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege Albert Jaerke

verstorben ist. 12365

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 26. d. Mts., nachmittags 4¹/₂ Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt. Um rege Beteiligung bittet Der Vorstand.

Deutscher Textilarbeiter-Verband.

Filiale Berlin.

Sektion der Posamentiers.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege August Gnädig

am 27. Lebensjahre. Dies zeigen tiefbetrübt an

Staaßen, 24. August 1908 Sozialdemokr. Wahlvereins. Freie Turnerschaft. Arb.-Gesangverein „Einigkeit“. Arb.-Radfahrerv. „Solidarität“.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 27. August, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhaus, Berlin-Str. 44, aus statt. 200/7

August Gnädig

am 27. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetrübt an Staaßen, 24. August 1908 Sozialdemokr. Wahlvereins. Freie Turnerschaft. Arb.-Gesangverein „Einigkeit“. Arb.-Radfahrerv. „Solidarität“.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 27. August, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhaus, Berlin-Str. 44, aus statt. 200/7

August Gnädig

am 27. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetrübt an Staaßen, 24. August 1908 Sozialdemokr. Wahlvereins. Freie Turnerschaft. Arb.-Gesangverein „Einigkeit“. Arb.-Radfahrerv. „Solidarität“.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 27. August, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhaus, Berlin-Str. 44, aus statt. 200/7

Hugo Gries

am 22. Lebensjahre am 22. August

normittags 2 Uhr, im Trauerhaus am Friedhofshaus nach kurzem, aber schwerem Leiden an Lungenerkrankung plötzlich verstorben ist.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 26. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Rixdorf aus statt.

Um stille Teilnahme bittet Berlin O. 112, Simon-Dachstr. 22. Familie Gries.

